Aus dem Nachlaß von Frau Emma Theurer (1979)

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Dr. Anton Reithinger
Überlegungen zu einer möglichen deutschen Außenpolitik

Reinhard Opitz
Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft"

Bernt Engelmann
Die Bildungsfeindlichkeit der CDU-Führungsspitze

Sidney Lens
Die Auslandstätigkeit der amerikanischen Gewerkschaften

2,50 DM **X. Jahrgang** **September 9 1965**

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats August 1965 S. 723

Berichte und Kommentare
„Genf" – Stunde der Wahrheit
Nützliche EWG-Krise
Konzil vor der Entscheidung
Brief aus Griechenland S. 726

Die Lage
Dr. Anton Reithinger
Überlegungen zu einer möglichen deutschen Außenpolitik S. 737

Reinhard Opitz
Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft" S. 750

Bernt Engelmann
Die Bildungsfeindlichkeit der CDU-Führungsspitze S. 778

Sidney Lens
Die Auslandstätigkeit der amerikanischen Gewerkschaften S. 785

Fernseh-Spalte
Anläßlich „Sacco und Vanzetti" S. 802

Bücher
Jules Moch, Histoire du réarmement allemand depuis 1950
Neuerscheinungen S. 803

Rolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 806

Dokumente zum Zeitgeschehen
Vorschläge der DDR für einen Kernwaffenverzicht . . .
US-Entwurf eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen S. 807

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

X. Jahrgang | September 1965 | Heft 9

Chronik des Monats August 1965

1. 8. — Griechenland. Nach der vertagten Vertrauensabstimmung am 30. 7. läßt der vom König eingesetzte Regierungschef Athanasiades-Novas erneut das Parlament einberufen. Die am 2. 8. eröffnete Debatte muß mehrfach unterbrochen werden. — Am 5. 8. lehnt das Parlament mit 176 gegen 131 Stimmen eine Investitur des neuen Kabinetts ab. Der König, der die Demission von Athanasiades-Novas entgegennimmt, beauftragt am 20. 8. ein weiteres Mitglied der von Papandreou geführten Zentrumsunion mit der Regierungsbildung. — Am 29. 8. erhält auch Tsirimokos nicht die erforderliche Mehrheit und gibt seinen Auftrag zurück. (Vgl. „Berichte und Kommentare".)

3. 8. — Vietnam. Der jugoslawische Staatspräsident Tito und Präsident Sékou Touré von Guinea nennen in einem Kommunique über ihre Besprechungen auf der Adriainsel Brioni drei Bedingungen für eine Regelung des Vietnamkonflikts: (1.) Jeder Fortschritt bei dieser Regelung setze die unverzügliche Einstellung der amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam voraus; (2.) die Genfer Indochina-Verträge von 1954, die jede ausländische Einmischung verbieten, müssen eingehalten werden; (3.) die Südvietnamesische Befreiungsfront müsse zu allen Gesprächen über eine politische Lösung der Krise hinzugezogen werden. Sékou Touré reist von Jugoslawien auch nach Kairo, um mit Präsident Nasser eine gemeinsame Initiative der bündnisfreien Staaten vorzubereiten. — Am 12. 8. bezeichnen acht Friedensnobelpreisträger in einem gemeinsamen Appell den Krieg in Vietnam als „eine Herausforderung an das Gewissen der Welt" und fordern einen sofortigen Waffenstillstand und die Einleitung von Verhandlungen. Der Aufruf ist u. a. von Albert Schweitzer (Nobelpreisträger 1952), Pater Pire (1958), Philip Noel-Baker (1959), Albert Luthuli (1960), Linus Pauling (1962 und Martin Luther King (1964) unterzeichnet. — Am 24. 8. heißt es in einer Stellungnahme der nordvietnamesischen Botschaft in Moskau, die Regierung in Hanoi bestehe nach wie vor auf dem Abzug der amerikanischen Truppen vor der Aufnahme von Friedensverhandlungen.

4. 8. — USA. Vor der zuständigen Senatskommission erläutert Verteidigungsminister McNamara die Pläne Präsident Johnsons für die weitere Aufrüstung der amerikanischen Streitkräfte. Danach soll mittels verdoppelter monatlicher Rekrutierungen der Truppenbestand um 340 000 Mann auf fast drei Millionen Mann erhöht werden. Für die zivile Organisation des Verteidigungsministeriums sind 36 000 neue Planstellen vorgesehen. Die zusätzlichen Kosten für das laufende Haushaltsjahr werden auf 1,7 Mrd. Dollar geschätzt. Die Erhöhung, so verlautet in Washington, werde die Vereinigten Staaten in die Lage versetzen, die Zahl ihres in Vietnam stationierten Expeditions-

korps bis zum Sommer nächsten Jahres auf 250 000 zu verstärken. — Ebenfalls am 4. 8. meldet das „Wallstreet Journal", es seien neue Aufträge für Helikopter, Kampfflugzeuge, Napalmbomben und Nachrichtengeräte erteilt worden.

5. 8. — Abrüstung. Der Beobachter des Auswärtigen Amtes in Genf, Botschafter Schnippenkötter, beginnt eine Serie von Gesprächen, um den Delegationsleitern der Abrüstungskonferenz den Standpunkt der Bundesregierung vorzutragen. Schnippenkötter konferiert zunächst mit dem amerikanischen Delegierten Foster und wird am 13. 8. von Sowjetbotschafter Zarapkin empfangen. — Am 9. 8. übermittelt eine in Genf weilende DDR-Regierungsdelegation unter Leitung des stellvertretenden Außenministers Stibi der 18-Staaten-Konferenz ein Memorandum, in dem ein Kernwaffenverzicht und Rüstungsstopp für beide deutsche Staaten vorgeschlagen wird. — Am 10. 8. erklärt die schwedische Delegierte Myrdal, der Verzicht der nichtnuklearen Staaten auf Herstellung und Erwerb von Atomwaffen sollte mit konkreten Abrüstungsschritten der Nuklearmächte verbunden werden. Besonders vordringlich sei die Einbeziehung auch der unterirdischen Kernwaffentests in das schon bestehende Versuchsverbot. — Am 17. 8. unterbreitet die US-Delegation den Entwurf eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen. Regierungskreise in Bonn äußern „starke Bedenken" über das amerikanische Projekt; der CDU-Vorsitzende Adenauer spricht am 19. 8. auf einer Wahlkundgebung von einer „grauenvollen, gefährlichen und grundfalschen Theorie". — Am 31. 8. setzt sich der sowjetische Delegationschef Zarapkin kritisch mit dem amerikanischen Entwurf auseinander. (Vgl. „Berichte und Kommentare" und „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

— China/Frankreich. Der französische Kultusminister André Malraux beendet einen zweiwöchigen Besuch in der Volksrepublik China. Malraux hatte dem Vorsitzenden der KP Chinas, Mao Tse-tung, ein Schreiben Präsident de Gaulles überbracht und war mehrfach zu längeren Gesprächen mit den führenden Politikern in Peking zusammengetroffen.

6. 8. — USA. Präsident Johnson unterzeichnet ein neues Wahlrechtsgesetz (Voting Rights Act), das die noch bestehenden Beschränkungen für die farbige Bevölkerung (Kopfsteuern und Wählertests) aufhebt. — Am 11. 8. revoltieren die Bewohner des Negerviertels von Los Angeles. Eine drei Tage und drei Nächte tobende Straßenschlacht zwischen den Farbigen und der Polizei sowie Einheiten der Nationalgarde von Kalifornien fordert mehr als 30 Todesopfer.

— Afghanistan / Sowjetunion. Während eines Staatsbesuches des afghanischen Königs Mohammed Zahir in Moskau wird der zwischen beiden Ländern am 24. Juni 1931 geschlossene Neutralitäts- und Nichtangriffspakt um weitere 10 Jahre verlängert.

7. 8. — Kaschmir. Aus dem pakistanisch-indischen Grenzgebiet wird ein schwerer Grenzzwischenfall gemeldet, dem sechs pakistanische und drei indische Soldaten zum Opfer fallen. Ein „Revolutionsrat von Kaschmir" ruft zum bewaffneten Kampf gegen Indien auf. — Am 11. 8. heißt es in Neu Delhi, Einheiten Pakistans seien auf indisches Territorium vorgedrungen.

8. 8. — Sowjetunion. Die Moskauer „Prawda" konstatiert in einem Artikel über die Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik eine beträchtliche Zunahme der internationalen Spannungen in letzter Zeit und bezeichnet als deren Ursache die Verstärkung des Wettrüstens durch „die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika". Die Sowjetunion sehe „nach wie vor eine ihrer wichtigsten außenpolitischen Funktionen in der Verbreitung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und in der Bewahrung der Menschheit vor der Gefahr eines Weltkrieges". Sie werde jedoch dem nationalen Befreiungskampf der Völker jede Unterstützung gewähren.

— CDU. In der Dortmunder Westfalenhalle leitet die Christlich-Demokratische Union unter der Losung „Es geht um Deutschland" ihren Wahlfeldzug mit einer Massenkundgebung ein. Bundeskanzler Erhard wendet sich gegen eine „große Koalition" mit der SPD.

9. 8. — Berlin. Zwischen Senatsrat Korber und dem neuernannten Vertreter der DDR, Staatssekretär Dr. Michael Kohl, beginnen im Ostberliner „Haus der Ministerien" Gespräche über die Fortstzung des am 24. Sptember auslaufenden Passierscheinabkommens. Die beiden Unterhändler tagen abwechselnd in Ost- und West-

Berlin. — Am 16. 8. unterbreitet Staatssekretär Kohl den Protokollentwurf für eine „Übergangsregelung" bis zum 31. Januar 1966, der die Ausgabe von Passierscheinen an Westberliner für Weihnachten und Neujahr vorsieht. Über Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages kommt es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Senat und der Bundesregierung.

— Indonesien. Parlamentspräsident Arudji Kartawinata bestätigt Pressemeldungen, nach denen sein Land beabsichtige, „in naher Zukunft" eine eigene Atombombe zur Explosion zu bringen.

— Malaysia. Überraschend erklärt die frühere britische Kronkolonie Singapur ihren Austritt aus der Föderation Malaysia und proklamiert sich zum unabhängigen Staat. Die Premierminister beider Territorien kommen überein, die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten fortzusetzen und einen gemeinsamen Verteidigungsrat zu bilden. Singapur wird u. a. von Großbritannien, Indonesien und Japan diplomatisch anerkannt und beantragt die Mitgliedschaft im Commonwealth. — Am 12. 8. betont der neuernannte Außenminister Rajaratnam, seine Regierung werde es nicht dulden, daß die verbleibenden britischen Militärstützpunkte in Singapur für Zwecke des Südostasienpaktes (SEATO) benutzt werden.

11. 8. — Bundesrepublik / Israel. Der erste Botschafter der Bundesrepublik in Israel, Dr. Rolf Pauls, trifft zur Übernahme seines Postens in Tel Aviv ein. Am gleichen Abend findet eine von der Cherut-Partei einberufene Kundgebung mit anschließender Demonstration statt, auf der sich mehrere tausend Personen gegen die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen wenden.

13. 8. — Jemen. Vertreter der seit drei Jahren kriegführenden Parteien (der Republikaner und der Royalisten) vereinbaren die Einstellung der Kampfhandlungen und die Bildung einer Übergangsregierung. Eine Versammlung, bestehend „aus 80 nach den Sitten und Gebräuchen des Landes gewählten Mitgliedern", soll aus ihren Reihen einen achtköpfigen Hohen Rat bestimmen, der den Ministerpräsidenten ernennt. Die Regierungen von Saudi-Arabien und der VAR werden aufgefordert, ihre bisherige militärische Hilfe für eine der beiden Seiten einzustellen. Die Vereinbarung ist in einer „Charta der Nationalen Einheit" niedergelegt.

14. 8. — SPD. Mit einem „Deutschlandtreffen" in Dortmund eröffnet die Sozialdemokratische Partei offiziell den Wahlkampf. Im außenpolitischen Teil seiner Rede erklärt der SPD-Vorsitzende Brandt, die Ausarbeitung der Grundzüge eines Friedensvertrages werde zu den vordringlichen Aufgaben einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gehören.

19. 8. — NS-Verbrechen. Im Auschwitz-Prozeß verkündet das Frankfurter Schwurgericht nach 182 Verhandlungstagen die Urteile. Das Gericht verhängt gegen sechs Angeklagte lebenslänglich Zuchthaus und elf weitere Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und 14 Jahren. Drei Angehörige der Wachmannschaft des ehemaligen Konzentrationslagers werden freigesprochen. Der Prozeß hatte am 20. Dezember 1963 nach vierjähriger Vorbereitungszeit begonnen.

21. 8. — Rumänien. Die Große Nationalversammlung verabschiedet eine neue Verfassung. Der Staat erhält den Namen Sozialistische Republik Rumänien.

25. 8. — NATO. Das britische Verteidigungsministerium bestätigt die dem NATO-Rat zugegangenen Umrüstungspläne für die in der Bundesrepublik stationierte Rheinarmee, die von 1966 an nicht mehr über Nuklearwaffen verfügen werde. Dieser Beschluß basiere nicht nur auf wirtschaftlichen Überlegungen, sondern gehe auch von der Überzeugung aus, daß ein nuklearer Krieg in Europa höchst unwahrscheinlich sei.

29. 8. — Weltraum. Die beiden amerikanischen Astronauten Cooper und Conrad stellen mit 120 Erdumkreisungen einen neuen Rekord für den Aufenthalt im Weltraum auf. Trotz einiger technischer Defekte verlaufen Flug und Landung der am 21. 8. gestarteten Gemini-Raumkapsel ohne Zwischenfall.

31. 8. — UNO. Die UN-Kommission für Friedensoperationen, der 33 Staaten angehören, beendet ihre Arbeit mit einem Bericht an die bevorstehende Herbstsession der Vollversammlung. Die Kommission hatte eine Erklärung des amerikanischen Chefdelegierten Goldberg zur Kenntnis genommen, seine Regierung werde nicht länger auf Sanktionen gegen diejenigen Mitglieder bestehen, die eine Beitragszahlung für die militärische Präsenz der Vereinten Nationen im Nahen Osten und im Kongo nicht leisten wollten.

Berichte und Kommentare

„Genf" — Stunde der Wahrheit

Altbundeskanzler Dr. Konrad Adenauer hat dem Bundestagswahlkampf 1965 kurz vor Toresschluß noch die lange vermißte außenpolitische Pointe gegeben. Man muß das begrüßen, ist doch nun unmißverständlicher denn je klar geworden, welche außen-, und vor allem militärpolitischen Zukunftsvorstellungen in der Spitze der CDU/CSU gepflegt werden; und was der deutsche Wähler von dieser „Sicherheit" verheißenden Partei zu erwarten hat.

Denn Dr. Adenauer ist keine schrullig-skurrille Randfigur, sondern eine der Hauptpersonen des diesjährigen Wahlkampfes. Und steht er schon mit seinen aufsehenerregenden Äußerungen zur Genfer Abrüstungs-Konferenz in seiner Partei nicht allein, so erst recht nicht mit seinen Auffasungen. Wie denn überhaupt die vieldiskutierten inneren Gegensätze in der CDU/CSU nicht über- und die Gemeinsamkeiten im Entscheidenden nicht unterschätzt werden sollten; es handelt sich weitgehend um Differenzen persönlicher oder methodisch-taktischer Art. Was der CDU-Vorsitzende zur Abrüstungsfrage s a g t e, ist der Substanz nach das, was „man" in Bonn d e n k t, aber so offen auszusprechen ihm überließ — aus naheliegenden Gründen. „Hat er sich in Gegensatz zur Bundesregierung, die dem amerikanischen Vertragsentwurf der Konzilianz wegen einigermaßen freundlich hinterherwinkt, begeben? Auf den Anschein braucht man in diesem Falle nicht allzu viel zu geben. Adenauer ist von Rücksichten frei, die Erhard und Schröder zu nehmen haben." (FAZ v. 21. VIII. 65.)

Die Genfer Abrüstungs-Konferenz bemüht sich um bindende internationale Vereinbarungen, die die drohende Gefahr einer weltweiten Verbreitung der Kernwaffen abwenden können. Sie bemüht sich recht und schlecht, aber sie bemüht sich. Einer der Hauptpunkte der Diskussion ist ein amerikanischer Plan, der einen Versuch darstellt, im Grunde Unvereinbares zu vereinbaren. Er soll die Weitergabe von atomaren Waffen von seiten der bisherigen Atommächte an bisherige Nicht-Atommächte verhindern; die Nicht-Atommächte sollen ausdrücklich darauf verzichten, die Überlassung atomarer Waffen in nationale Kontrolle, „sei es direkt oder indirekt über ein Militärbündnis", anzustreben. Der Plan ist aber doch auch so formuliert, daß er gewissermaßen eine Hintertür offen läßt für eine NATO-Atomstreitmacht im Sinne des amerikanisch-deutschen MLF-Projektes.

Nicht allein die sowjetische Regierung hat Anstoß genommen an dieser offensichtlichen Zweideutigkeit des amerikanischen Vorschlages. Der britische Chefdelegierte, Lord Chalfont, bedauerte, daß der Entwurf eine Weiterverbreitung von atomaren Waffen über eine MLF nicht ausschließe, und verwies auf den in dieser Hinsicht dem gemeinsamen Entspannungs-Interesse von West und Ost eher entsprechenden britischen Plan einer atlantischen Atommacht. Der kanadische Chefdelegierte, General Burns, schlug Sonderverhandlungen zwischen Washington, London und Moskau über das MLF-Projekt vor. Er verwarf dieses Projekt nicht grundsätzlich, erklärte aber, es sei zweckmäßig, auch das verständliche Sicherheits-Interesse der Sowjetunion zu berücksichtigen und darum Moskau in dieser Frage zu konsultieren.

Nachdem die Bundesregierung zu dem amerikanischen Plan zunächst halbherzig „ja" gesagt hatte — vermutlich in der Hoffnung, er werde ohnehin am Einspruch der Sowjets scheitern,

und wenn nicht, dann doch den Weg zu der erhofften MLF frei lassen —, gab Dr. Adenauer auf einer CDU-Wahlkundgebung in Münster am 19. August die Parole aus „Deutschland ist in Gefahr!" Die Tatsache, daß die Amerikaner sich überhaupt auf eine Diskussion über Nicht-Weitergabe von Atomwaffen eingelassen und eigene Vorschläge ausgearbeitet haben — unter stillschweigendem Verzicht auf das jede Abrüstung und Entspannung blockierende Junktim zwischen dieser und der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands —, alarmierte ihn und veranlaßte ihn, zur „Gegenoffensive" zu rufen. Er wünschte die ganze Konferenz zum Teufel, nannte sie mehrfach zynisch die „sogenannte Abrüstungs-Konferenz", sprach von einem „Klub", der sich zum „Herrn der Welt" machen und darum das Kernwaffen-„Monopol" der bisherigen Atommächte sichern wolle. Der amerikanische Plan aber sei „so schrecklich, daß er Europa, auf die Dauer gesehen, den Russen überantwortet". Und nach all diesen absichtsvollen, der Stimmungsmache dienenden Ungereimtheiten kam dann heraus, worum es Adenauer eigentlich geht: er forderte angesichts der „600 auf die Bundesrepublik gerichteten russischen Mittelstreckenraketen" eine atomare Mitverfügungsgewalt Bonns.

Die CDU und verschiedene namhafte CDU-Politiker stimmten Adenauer sofort zu. Auf der CDU-Präsidiums-Tagung am 23. August, unter dem Vorsitz des Altbundeskanzlers, einigte man sich auf die partei-offizielle Formulierung, der Bundesrepublik dürfe „ein angemessenes Mitspracherecht in der Frage der Atomwaffen nicht vorenthalten werden". Dazu die „Frankfunter Rundschau" am Tage darauf: „Auch dieser Anspruch geht über die von der Bundesregierung geübte Zurückhaltung hinaus. Bisher hieß es lediglich, die Bundesregierung strebe nicht nach einer Verfügungsgewalt über Atomwaffen." Das CDU-Präsidium erklärte weiter, es dürfe „in der NATO nicht zwei Klassen von Mitgliedern mit verschiedenen Rechten geben".

Inzwischen ist die CDU/CSU-Prominenz ausgezogen, landauf landab die „Gleichberechtigung" der Bundesrepublik in der Atomwaffen-Frage zu fordern. Von einem Franz Joseph Strauß wird dieser Anspruch bereits mit der kaum noch versteckten Drohung angemeldet, die Bundesregierung müsse ihren feierlichen Verzicht auf Herstellung eigener Kernwaffen und auf nationale Verfügungsgewalt über solche Waffen überprüfen — wenn ihrem Verlangen nach „angemessener" Mitsprache in einer „europäischen" Atomstreitmacht nicht entsprochen werde. (Vgl. Rheinischer Merkur v. 27. August.) Adenauer und Erhard, Strauß und Gerstenmaier, Barzel und Baron Guttenberg, sie alle haben in diesen Wochen anläßlich der Genfer Abrüstungs-Konferenz zu verstehen gegeben, daß für s i e die Abrüstungs-Frage vor allem eine — A u f r ü s t u n g s - Frage ist. Die „Frankfurter Allgemeine" spricht schon von den „technologischen Perspektiven der deutschen Industrie", die die Bundesregierung in der Atomwaffen-Frage mitberücksichtigen müsse (21. August). Und Herr von Hassel verkündete am 28. August in Husum die frohe Botschaft, die Bundesrepublik werde in zwei Jahren neben den USA „die bestausgerüstete Armee der Welt" haben. (Vgl. Frankfurter Rundschau v. 2. September.)

Einmal mehr ist es die vermeintliche „sowjetische Gefahr", die den nun ganz unverhüllten „Griff nach der Atommacht" rechtfertigen soll. Doch kaum je war das Argument fadenscheiniger als heute. Der Unmut Bonns über den Beschluß der britischen Regierung, die bisher der Rheinarmee zugeteilten Raketen-Bataillone durch leichte Feldartillerie zu ersetzen, läßt sich verstehen. Erklärte doch das britische Verteidigungsministerium bei der Bekanntgabe dieses Beschlusses, London halte einen Atomkrieg in Europa jetzt für unwahrscheinlich und eine „Entnukleari-

sierung" seiner Truppen in der Bundesrepublik aus diesem Grunde für möglich. Man weiß, daß auch die USA Europa nicht mehr als weltpolitischen Krisenherd Nr. 1 betrachten — gewiß nicht aus Leichtsinn. Und ein so namhafter, weil politisch erfahrener Kenner der sowjetischen Außenpolitik wie der frühere amerikanische Botschafter in Moskau, George F. Kennan, hat Ende August in einem Interview mit der norwegischen Zeitung „Dagbladet" die Meinung vertreten, der Westen habe schon früher die Gefahr eines sowjetischen Angriffes auf Europa überschätzt. Auch dies sagte Kennan: „Die Deutschen wollen die Wiedervereinigung, und das mache ich ihnen nicht zum Vorwurf. Es klingt aber nicht gut, wenn sie wiederaufrüsten und gleichzeitig von der Wiedervereinigung reden."

Von „Politik in der Tradition eines Wahnes" hat kürzlich Heinz Abosch im Hinblick auf die ständig wachsenden militärischen Ambitionen Bonns gesprochen. (Vgl. „Stimme der Gemeinde", 1. September) Und in der Tat, die „Kontinuität des Irrtums" (Fritz Fischer) ist erschreckend. Fatale Analogien drängen sich auf. Nur auf eine, vielleicht weniger bekannte, soll hier hingewiesen werden.

Seit Ende des vorigen Jahrhunderts war die deutsche Auenpolitik nahezu ausschließlich von dem, wie sich zeigen sollte, verhängnisvollen Streben nach einer militärisch untermauerten Weltmacht-Position bestimmt. Internationale Bemühungen um Abrüstung und Völkerverständigung kamen ihr ungelegen. Das deutsche Desinteresse an solchen Bestrebungen wurde vor allem angesichts der von Zar Nikolaus II. einberufenen Ersten Haager Friedenskonferenz im Jahre 1899 offenbar. Wilhelm II. hätte am liebsten das bloße Zusammentreten der Konferenz verhindert. Daß sie dann in der Abrüstungs-Frage erfolglos blieb, war nicht allein, aber doch nicht zuletzt deutsches „Verdienst": „Der deutsche Militärbevollmächtigte brachte auf der Konferenz die Entschließung ein, welche die Abrüstung rundweg ablehnte." (Erich Eyck: Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches 1890/1914. Erlenbach/Zürich 1948. S. 249) Das von der Haager Versammlung beschlossene Ständige Schiedsgericht bezeichnete der Kaiser als „Unsinn"; er kommentierte den Beschluß in der ihm eigenen Art: „Aber werde in meiner Praxis auch für später mich nur auf Gott und mein scharfes Schwert verlassen und berufen! Und sch . . . auf die ganzen Beschlüsse." (Eyck, S. 250)

Das beschämende Schauspiel deutscher Obstruktion wiederholte sich auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz einige Jahre später. Eine zunehmende moralische — und, wie man weiß, je länger desto mehr auch politische — Isolierung Deutschlands war die Folge. Vor dem Zusammentreten der Konferenz hatte der Kaiser im August 1906 dem britischen Botschafter erklärt: „Im Falle des Auftauchens der Abrüstungsfrage in irgend einer Form unterbleibt die Teilnahme Deutschlands." (Eyck, S. 448) Der Marburger Historiker Erich Dickmann kommt in einer Untersuchung über „Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919" (München 1964) zu einer beklemmenden Bilanz des für die Vorkriegs-Machtpolitik des Reiches besonders typischen deutschen Verhaltens auf dieser Haager Konferenz von 1907: „Keine Macht zeigte so wenig Verständnis für den Gedanken einer Rechtsordnung unter den Völkern wie gerade Deutschland . . . Die Versuche, durch Abrüstung, obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit (wenn auch in noch so bescheidenen Anfängen) und Schaffung eines ständigen internationalen Gerichtshofes als ersten Organs eines Weltstaatenbundes den Krieg allmählich überflüssig zu machen, mochten bedeutungslos erscheinen und stießen von Fall zu Fall auch bei anderen Staaten auf Widerstand, bei Deutschland aber in jedem Falle, und immer riß es die Führung

der Opposition an sich. Offenbar verkannte man in Deutschland vollständig das moralische Gewicht jedes auch noch so bescheidenen Fortschritts des Völkerrechts." (S. 13) Man bestand stattdessen auf unbeschränkter militärischer Entscheidungsfreiheit und berief sich dabei auf das „Sicherheitsinteresse" des Reiches. Prof. Dickmann sagt, der deutschen Politik der Wilhelminischen Ära habe völlig der Sinn dafür gefehlt, „daß die Welt sich gewandelt hatte, die Beziehungen der Völker zueinander enger, ihre Interesensolidarität infolgedessen größer und der Friede ihrer aller gemeinsames Interesse geworden war." (S. 13)

Ein Denken ausschließlich in militärisch-machtpolitischen Kategorien machte blind für die moralisch-politischen Notwendigkeiten des Zeitalters. Das Augenmaß für das machtpolitisch Mögliche ging verloren. Das bittere Ende ist bekannt. Die Bonner Reaktionen aber auf „Genf" und andere zaghafte, unvollkommene erste Schritte zur Eindämmung der atomaren Weltgefahr sind nichts anderes als Geist von diesem Geiste oder vielmehr Ungeiste: Sechs Jahrzehnte später, n a c h den furchtbaren Erfahrungen zweier von Deutschland total verlornener Weltkriege, angesichts einer Teilung Deutschlands, die die Frucht besinnungsloser deutscher Machtpolitik ist.

Dr. Adenauer meinte in Münster: „Ich möchte, daß es in Deutschland zu einem Aufschrei kommt wegen dieser Geschichte." Wird es in Deutschland zu einem a n d e r e n Aufschrei kommen? Einem, der ihn und seinesgleichen zum Verstummen bringt? AvB

Nützliche EWG-Krise

Die dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier nahestehende Wochenzeitung „Christ und Welt" hat vor kurzem unter dem Titel „Europa hißt schwarze Fahnen" beachtenswerte Ausführungen über die EWG gemacht. Klipp und klar sagt das Blatt, daß nun die Saat der Unaufrichtigkeit aufgegangen sei, die bei der Gründung der EWG Pate gestanden habe. Wörtlich heißt es unter anderem: „Die Bundesregierung sagte weder den deutschen Bauern, daß sie auf dem Altar Europas geopfert werden, noch den Schweden und den anderen Getreideländern, daß sie in Zukunft mit uns als Kunden kaum noch rechnen dürfen. Sie fürchtete den Zorn der Bauern und Repressalien der Getreideländer gegen unseren Industrieexport. Jahrelang feierte man die Vorteile des Gemeinsamen Marktes. Die mit ihm unweigerlich verbundenen Nachteile schwieg man tot. Die Bundesregierung schluckte geduldig die Schikanen, die dem deutschen Industrie-Export in den Weg gelegt wurden, weil weder Franzosen noch Italiener eine einzige ehrwürdige Fabrik auf dem Altar des Gemeinsamen Marktes opfern wollten. Das Handikap der steuerlichen Wettbewerbsverzerrung wurde wie eine freundschaftliche Geißelung hingenommen."

Solche Erkenntnisse könnten zweifellos sehr nützlich sein, wenn sie nicht mit dem Fingerzeig auf Frankreichs eigenwilligen Standpunkt vorgebracht würden. Denn der Ursprung der jetzigen EWG-Zerreißprobe liegt nicht originär in Frankreichs übertriebenem volkswirtschaftlichen Egoismus, sondern viel eher in dem endlich offen zutagetretenden Kampf zwischen den die EWG bewegenden „atlantischen" und „europäischen" Kräften. Indem durch de Gaulles profilierte Selbständigkeitspolitik die unabhängigen gesamteuropäischen Gesichtspunkte wieder stark in den Vordergrund treten konnten, drängten sie das „atlantische Ränkespiel" und die fein eingefädelte Heuchelei der Amerikaner gegenüber der EWG zurück. Letztlich stammt die EWG nicht von europäischen Eltern. Sie ist eine Erfindung der amerikanischen Politik, die den Kalten Krieg gegen den Osten im Sinne der US-Amerikaner wirtschaftlich untermauern und

die Plattform für eine Invasion der US-Interessen in Europa sein sollte. Kein Wunder, daß der langjährige getreue Paladin der US-Politik in Bonn, der „Ural"-Kämpfer und Mitverhinderer einer eigenen deutschen Ostpolitik, weiland Staatssekretär Professor Hallstein, zum Statthalter einer solchen Politik ausersehen wurde. Kein Wunder auch, daß man all die Jahre die EWG-Erfindung der USA als eine große Errungenschaft pries, daß man alles tat, um auch die übrigen Länder West-Europas in den Gleichschritt der EWG und damit unter das US-Kommando zu bringen.

Diesem Kampf de Gaulles gegen den atlantischen Imperialismus in Europa und gegen die mit politischem Zwang und durch die willfährigen politischen Figuren der Amerikaner durchgeführte Interessenpolitik zu Lasten Europas kann nur unsere Sympathie gelten. Je mehr die EWG in eine Krise zwischen „Atlantikern" und „Europäern" gerät, um so besser für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der europäischen Länder. Es sollte daher auch begrüßt werden, daß man heute laut und vernehmlich die Frage stellt, wann endlich die Personalpolitik der EWG und der EWG-Führungsspitze unter die Lupe genommen wird und Hallstein und andere „Atlantiker" von der Bühne einer uneuropäischen Politik abtreten. Dadurch würde auch den westdeutschen Interessen gedient werden. Sie würden besser zum Tragen kommen — man denke z. B. an den Osthandel und den Interzonenhandel — wenn das Geblinzel nach Washington und die eingebildete Kraftmeierei-Politik am Arm der USA gegenüber Frankreich und anderen Ländern von einem soliden Interessens-Standpunkt mitteleuropäischer Provenienz und gesamteuropäischer Verantwortlichkeit abgelöst würde. Auch die anderen europäischen Länder außerhalb der EWG hätten Nutzen davon, und nicht zuletzt auch wir selber.

Es geht nicht darum, die wirtschaftliche Verflochtenheit zwischen den Firmen der EWG-Länder, die vielfachen administrativen Erleichterungen und integrationistischen Maßnahmen, die dem allseitigen Nutzen entsprechen, zu negieren, sondern einzig und allein um die Beseitigung der prioritären politischen Zielsetzung der USA. Hängt sich Bonn weiterhin an die Rockschöße von Washington, werden auch die positiven praktischen Ergebnisse der EWG in Gefahr geraten, weil die anderen Länder insgesamt bemüht sind, eine selbständige Politik und Handelspolitik zu treiben, sich also auch gegen Bonn richten müssen. Wer diese Konsequenzen nicht sieht, dem ist dringend zu empfehlen, die gesamte Problematik einmal unvoreingenommen durchzudenken. Auch die EFTA-Länder stehen heute nicht mehr unter dem Zwang eines Arrangements mit der EWG, wie dies noch vor wenigen Jahren den Anschein hatte. Denn es haben sich außerhalb der EWG allein schon durch die Forcierung des Osthandels der EFTA-Länder größere europäische Formierungen gebildet, und es wäre unrealistisch, wenn der politische Konkurs der EWG in Brüssel auf diese Entwicklung nicht einen noch größeren Einfluß nehmen würde. Beispielsweise wäre es denkbar, daß Frankreich seine verstärkte Aktivität mit den osteuropäischen Ländern und mit China demnächst auch auf Skandinavien und andere EFTA-Staaten ausdehnt und dadurch einen Ausgleich für die im Bereich der EWG nicht mehr zu realisierenden Interessen sucht. Dadurch würden Verlagerungen eintreten, die die EWG auch von innen her systematisch aushöhlen müßten. Welchen Sinn hätte dann Brüssel noch, falls es sich nicht endlich bereit findet, dem Namen gerecht zu werden und sich von den amerikanischen Gängeleien und einer falschen Konzeption zu lösen? Ein wirklich zukunftsträchtiges Programm zum Nutzen aller kann nur eine gesamteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft sein, nicht als Affront gegen die USA, aber ohne ihre Bevormundung!

Dr. Emil Hoffmann

Konzil vor der Entscheidung

Daß die am 14. September beginnende vierte Session des Konzils die letzte sein soll, hat Papst Paul VI. mehrfach erklärt, jüngst noch an seinem Namenstag beim Empfang des Kardinalskollegiums: „Jetzt sind Wir in der Erwartung und der eifrigen Vorbereitung der vierten und letzten Sitzungsperiode des Konzils, in der verschiedene Schemata und Dekrete, die nicht diskutiert worden sind, zu diskutieren sind, während die anderen erneut oder endgültig zu prüfen sind."

Zur Entscheidung stehen alle gesellschaftlich relevanten Fragen an. Was bisher vom Konzil geleistet wurde, vor allem die Liturgiereform, betrifft die innere kirchliche Ordnung, beziehungsweise, in dem bedeutungsvollen Ökumenismus-Dekret, das Verhältnis zu den anderen christlichen Kirchen, bei dem erstmals nicht das Trennende akzentuiert wird — wie auf vorangegangenen Konzilen —, sondern die Gemeinsamkeit im Glauben an Christus als Verpflichtung zum Dialog ausgelegt wird (ohne allerdings den Anspruch des Papstes, das Oberhaupt der Christenheit zu sein, auch nur im geringsten zu modifizieren). Immerhin besteht jetzt ein offizieller Kontakt zwischen dem Vatikan und dem Weltkirchenrat, der die meisten nichtkatholischen christlichen Kirchen, neben den Protestanten auch die Orthodoxen, umfaßt. Damit ist im Geist von Johannes XXIII., dem verstorbenen Papst, der das Konzil einberief, ein Schritt (Kritiker meinen: ein halber Schritt) zu einer größeren Brüderlichkeit unter Christen verschiedener Bekenntnisse getan. Erwähnung verdient in dem Zusammenhang auch, daß, vor allem dank der Vorarbeit des katholischen Bibelinstituts unter Kardinal Bea, die Bibel unter den „Quellen der Offenbarung" eine weit zentralere Bedeutung durch das Konzil erhalten hat. Aber worüber man sich bislang nicht einig wurde — und was nun im Eiltempo bis Weihnachten geregelt werden soll —, das ist das Verhältnis der Kirche zu den gesellschaftlichen Realitäten des zwanzigsten Jahrhunderts.

Gerade diese Fragen aber waren es, auf die Johannes XXIII. konzilare Antworten haben wollte. In seiner Enzyklika „Pacem in terris" hat er klar gesagt, in welchem Geist er diese Antworten erhoffte: Überwindung jedes Kreuzzuggedankens, konstruktive Mitarbeit an der Erhaltung und Stabilisierung des Weltfriedens, Bejahung der notwendigen sozialen Reformen im Kampf gegen Hunger, Elend und Unfreiheit. Wozu Johannes XXIII. als wirksamstes Mittel eine entschiedene Ächtung aller Vernichtungswaffen und eine internationale Abrüstung forderte.

Sein Nachfolger Papst Paul VI. hat, als er in Bombay beim Eucharistischen Weltkongreß sich dem Elend in den Slums der indischen Millionenstadt konfrontiert sah, tief erschüttert im Geiste Johannes XXIII. einen ähnlichen Appell an alle Verantwortlichen gerichtet, die Ausgaben für militärische Zwecke einzuschränken und die dadurch frei werdenden Gelder zur Unterstützung der Hungernden und Kranken in der Welt zu verwenden. Das war nicht nur die Regung jener Stunde. Paul VI. hat im Juli vor dem Kardinalskollegium diesen Appell nachdrücklich wiederholt und mit einem ernsten Wort der Mahnung zum Frieden verbunden, das nicht allgemein, sondern dringlich gehalten war. Er. sagte: „Es möge niemandem auf die Nerven gehen, wenn Wir erneut die Sache des Friedens vertreten: Er ist immer noch in Gefahr. Es ist nötig — das möchten Wir den Verantwortlichen sagen —, sich damit zu befassen, solange noch Zeit ist. Der nicht gelöschte Funke kann einen Brand entfachen, dessen Ausmaße allein in der Vorstellung schrecken. Die Menschheit, der das Unglück eines allgemeinen Konfliktes noch lebendig in Erinnerung ist und die dessen Wunden noch in ihrem Fleische

trägt, schaut mit Bangen auf die Ereignisse und wünscht, daß ihr neue traurige Prüfungen erspart bleiben."

Paul VI. verband das grundsätzliche Wort mit einem akzentuierten Hinweis auf die Notwendigkeit, für das leidgeprüfte Volk in Vietnam eine Friedensregelung anzustreben und nicht dieses Land zu einem Modell machtmäßiger Auseinandersetzungen zu machen, die Weltkriegsgefahren heraufbeschwören könnten. Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß Paul VI. einem hohen amerikanischen Politiker sehr entschieden mitgeteilt hat, er werde es verhindern, daß sich amerikanische Militärs und Politiker noch einmal auf die katholische Minderheit in Vietnam zwecks Fortsetzung des Krieges berufen könnten. Der Vatikan hat nachdrücklich die Friedensbemühungen General de Gaulles in Südostasien unterstützt.

Aber nicht der Papst, sondern die Konzilsväter haben zu entscheiden über das Schema, das die ominöse Zahl 13 erhielt, das Schema über das Verhältnis von Kirche und moderner Welt, das nun verabschiedet werden soll und bei dem es vordringlich darum geht, ob das Konzil ein Verbot von Atomwaffen, bakteriologischen und chemischen Kampfmitteln fordert oder nur eine unverbindliche Empfehlung, diese Waffen nicht zu verwenden, abgibt. Schon haben amerikanische Bischöfe unter Führung von Kardinal Spellman einen Gegenantrag eingebracht, zumindest zu Kompensationszwecken, um die Forderung nach Verbot der Atomwaffen zu verhindern: Sie fordern vom Konzil in feierlicher Form eine Verurteilung des Kommunismus und aller Kontakte mit Kommunisten.

Wird das Konzil zwischen diesen beiden Standpunkten — Preisgabe alles Kreuzzugdenkens und Verbot der Atomwaffen einerseits, neue Kreuzzugideologie im Sinne von Pius XII. andererseits — den „mittleren Weg" wählen, auszuweichen in platonische Unverbindlichkeit?

Vor dem Diözesankomitee der Katholikenausschüsse des Erzbistums Köln hat im Juni der maßgebliche deutsche Konzilstheologe, Prof. Dr. Ratzinger, ein Referat gehalten „Der Christ und die Welt von heute — Das Grundproblem des Schemas XIII des Konzils." Das Schlußwort dieser internen Versammlung sprach Kardinal Frings. Dabei erklärte der Kardinal, er müsse freimütig bekennen, daß er „in mancher Hinsicht abhängig und beeinflußt" von den Gedanken Ratzingers sei.

Im deutschen Episkopat neigt man offensichtlich zu der Lösung, die keine ist, nämlich sowohl das Verbot der Atomwaffen wie auch das Verbot aller Kontakte zum Kommunismus zu umgehen und stattdessen mahnende Erklärungen nach beiden Seiten zu formulieren, die alles offen lassen. Einerseits will man Rücksicht nehmen auf die Amerikaner (und auf Adenauer), zum anderen will man Rücksicht nehmen auf die Katholiken in der DDR. Der Papst jedenfalls kann nicht damit rechnen, daß deutsche Bischöfe aus der Bundesrepublik entschieden das Verbot der Atomwaffen ohne einschränkende Zusätze im Schema XIII verfechten werden. Der damit verbundene Vorstoß gegen die These vom „gerechten Krieg" wird natürlich, als noch weitgehender, ebenfalls keine Unterstützung der deutschen Bischöfe finden, außer vielleicht der Bischöfe Bengsch (Ostberlin) und Spülbeck (Meißen). In anderen Fragen des Schemas „Kirche und Welt" — Geburtenregelung, Maßnahmen gegen Hunger und Elend, Bekenntnis zu Sozialreformen — ist allerdings mit einem positiven Votum der deutschen Bischöfe zu rechnen.

Aber das Konzil steuert nun einmal auf die Frage Krieg und Frieden, Verständigung oder Kreuzzugsideologie zu, vor allem bei dieser dramatischen Abkürzung, die sein Verlauf erfahren soll. Und da wird sich zeigen, ob die katholische Kirche auf dem Weg von Johannes XXIII. weitergeht, der beispielsweise in der Kubakrise sehr ener-

gisch und gewiß nicht ohne Eindruck bei Kennedy vorstellig wurde und der auch um das Gespräch mit der Sowjetunion über die Errichtung einer vernünftigen Friedensordnung bemüht war. Niemand soll sich täuschen, daß gerade in diesen Fragen Paul VI. durchaus in den Vorstellungen von Johannes XXIII. denkt, wenn er sich auch anderer, mehr konventionell-diplomatischer Methoden zu ihrer Verwirklichung bedient.

Es dürfte darum sicher sein, daß der Papst mit großem Unbehagen die amerikanischen Kreuzzugs-Vorstöße sieht. Sein Verhältnis zu Spellman ist reichlich abgekühlt. Ratzinger nannte die Kreuzzugsideologie unter den verschiedenen Spielarten, eine „katholische Sonderwelt" in der Welt aufzurichten, gegen die der Papst allergisch sei. Er hofft, das Konzil werde solchen politischen Demonstrationen des Fanatismus den Boden entziehen, indem es grundsätzlich im Schema über Kirche und Welt feststelle: „Was unsere Situation von früheren unterscheidet, ist die Grundeinsicht in die Machbarkeit der Welt, wie sie vor allem seit der technischen Revolution des 19. Jahrhunderts erkannt wurde. Die Welt ist nicht mehr einfach ars Dei, sondern Menschenwerk der Technik." Diese Erfahrung sei mit der anderen verbunden, sagt Ratzinger, „der Erfahrung der Einheit der Welt und ihrer wesenhaften Wirklichkeit". Die Erfahrung der Machbarkeit und der Einheit der Welt, zwei säkulare Erkenntnisse, verbieten dem Christen, aus einem Glaubensfanatismus heraus eine bestimmte „christliche Ideologie" zum Maßstab der Weltgeschäfte zu setzen, und verweisen ihn konstruktiv auf die Aufgabe, mitzuhelfen, daß der einen Welt eine vernünftige Lebens- und Friedensordnung gegeben werde. Daß sich dabei — im Gegensatz zu dem mittelalterlichen Kreuzzugsdenken — auch Berührungspunkte zum Dialog mit den Marxisten ergeben, hat der Wiener Kardinal König in Salzburg beim Gespräch mit Marxisten positiv angemerkt, und die internationale Zeitschrift „Frieden und Sozialismus" hat es in einem in Rom mit Interesse registrierten Beitrag „Die Sozialdoktrin des Vatikans und das 20. Jahrhundert" von ihrer Warte aus bestätigt. Verlangt Spellman also, wenn er konsequent sein will, auch die Maßregelung von Kardinal König, der solche Gespräche eingeleitet hat, und zwar im Auftrag von Papst Paul VI., der ihm die Kontakte zu Osteuropa besonders anvertraut hat?

Das Schema Kirche und Welt könnte, nach den Vorstellungen zweier Päpste, der Angelpunkt eines neuen Weltverhaltens der katholischen Kirche sein und damit dem, vom Konzil bereits beschlossenen, Bischofsat eine bedeutende Rolle geben. Der deutsche Theologe Prof. Hans Küng hat in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 28. 8. 1965 in seinem Beitrag „Und nach dem Konzil?" Vorschläge entwickelt, die gezielt eine Woche vor dem Zusammentritt der deutschen Bischofskonferenz in Fulda erschienen. Küng hat darauf hingewiesen, daß der Bischofsrat, wenn er nicht nur eine Geste, sondern wirklicher Ausdruck eines neuen kollegialen Verhältnisses von Papst und Bischöfen sein solle, aus jeweils für einen bestimmten Zeitraum gewählten Vertretern der nationalen Bischofskonferenzen bestehen müsse und somit dann in regelmäßigen Zeitabständen wie ein Parlament zusammentreten und über die Fragen von Kirche und Welt sich äußern solle. Das ist ein sehr weitgehendes, aber letztlich das konsequent reformerische Verständnis vom Sinn einer solchen Institution. Küng führt dazu Paul VI. an, der den Bischofsrat befürwortete, weil er „nach weiteren übernationalen Kriterien zusammengesetzt" sein wird als jetzt die römische Kurie. Die Einschaltung der Gesamtkirche hat schon auf diesem Konzil gezeigt, daß dadurch gewisse kuriale Traditionen hinfällig werden, weil sie sich vor dem Weltaspekt nicht mehr behaupten können, der sich in Rom bei

den Konzilsdebatten aufgetan hat und auf den traditionalistische Kurienkardinäle wie Ottaviani oder Siri einfach nicht vorbereitet waren. Für ein solches Weltforum ist ein Stil kurialer Machtpolitik nach „abendländischen" Gesichtspunkten kaum mehr möglich, wie ihn zuletzt Pius XII. praktizierte.

Das Konzil wird bei seinen Beratungen über das Schema XIII sicherlich wieder wesentliche Impulse von den Konzilsvätern aus den jungen Kirchen Afrikas und Asiens erhalten und auch aus Südamerika. Spellman ist schlecht beraten, wenn er mit seinem Widerstand gegen ein Verbot von Atomwaffen diesen Konzilsvätern als Anhänger einer Machtpolitik begegnet, deren Verbindung mit der Mission der Ausbreitung des Christentums in diesen Regionen in der Zeit des „abendländischen" Kolonialismus so große Hindernisse schaffte. Denn die Konzilsväter aus Afrika und Asien kämpfen auf dem Konzil um die Glaubwürdigkeit der christlichen Friedensbotschaft in ihren Regionen. Für die deutschen Bischöfe geht es bei diesen Erörterungen auch darum, nicht durch Unterstützung des Spellman-Kurses die Hilfswerke der deutschen Katholiken „Misereor" und „Adveniat" für Afrika, Asien und Südamerika ins Zwielicht zu setzen.

Aber über alle diese Erwägungen hinweg wird, wie Ratzinger treffend bemerkte, „die Weltöffentlichkeit von den Entscheidungen dieser Konzilssession eine Antwort erhalten auf die Frage, ob sich die katholische Kirche nur institutionell reformieren will oder ob sie erkennt, wo und wie sie heute dem Frieden der Welt wirksam dienen kann". Das Rätsel des Konzilsausgangs liegt in der Doppeldeutigkeit des Wortes Anpassung beschlossen. Es läßt sich formaltaktisch auslegen, aber auch inhaltlich-substantiell. Von Christus her verstanden heißt Anpassung das Kreuz wahrhaftiger Friedensliebe auf sich nehmen. Angepaßt an die Nöte der Zeit, um sie zu überwinden.

Josef Oertgen

Brief aus Griechenland

Am 5. August 1965 veröffentlichte die hierzulande angesehene unabhängige Athener Zeitung ‚Ethnos' (Nation) ein höchst aufschlußreiches Dokument: Die Fotokopie eines am 18. Juni 1965 geschriebenen Briefes der Kanzlei des amerikanischen Militärattachés bei der Botschaft der Vereinigten Staaten in Griechenland an den Assistenten des Stabschefs für Erkundung im Armeeministerium in Washington.

Das Dokument bedarf nur einiger erläuternder Worte, um dem, wie ich meine, mit Nachrichten nicht allzu verwöhnten deutschen Leser ein Bild jener Hintergründe und Zusammenhänge zu vermitteln, die die Ursache der Krise des Landes sind.

Was sagt der Brief des amerikanischen Attachés?

1) Er läßt auf die Verantwortung der Vereinigten Staaten am Tod von 13 Griechen schließen, die bei den Gedenkfeierlichkeiten an der historischen Gorgopotamos-Brücke am 29. November 1964 durch einen Bombenanschlag ums Leben kamen. An diesem Tage waren über 20 000 Griechen aus allen Teilen des Landes zusammengekommen, um der größten griechischen Partisanen-Aktion gegen die deutsche Besatzung zu gedenken, der Zerstörung der für den deutschen Afrika-Nachschub strategisch wichtigen Brücke im Jahre 1942. Als die Feierlichkeiten im Gange waren, explodierte inmitten der Versammelten die Bombe; es gab 13 Tote und 110 Verletzte.

2) Nach der in dem Brief gegebenen Darstellung erfolgte der Bombenanschlag mit dem Ziel, die vom griechischen Volk gewählte Regierung zu stürzen, um an deren Stelle ein Regime zu errichten, das den amerikanischen NATO-Zypern- und Mittelmeer-Interessen dient. Nach Lage der Dinge bot sich im Winter 1964/65 und bietet sich auch heute nur eine kryptofaschistisch-

monarchistische Regierung als Alternative zur Regierung Papandreou an. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Versuch zur Umkehrung der innergriechischen Verhältnisse, wäre er mit dem Bombenanschlag an der Gorgopotamos-Brücke damals gelungen oder würde er den USA und ihren griechischen Freunden heute oder später auf andere Weise gelingen, der liberalen griechischen Demokratie (Papandreou ist ein Liberaler mit einigen maßvollen sozialreformerischen Ideen, ohne deren Verwirklichung das Land auf die Dauer nicht leben kann) und gleichermaßen den anders gelagerten Interessen des Landes unermeßlichen Schaden zufügen müßte.

In dem Brief des amerikanischen Militärattachés (dessen Echtheit von der griechischen US-Botschaft natürlich bestritten wird), heißt es unter anderem: „Zweifellos wäre das Unternehmen (gemeint ist der Bombenanschlag an der Gorgopotamos-Brücke — d. Verf.) viel erfolgreicher verlaufen, wenn sich unsere Freunde die im Lande entstandene Lage richtig zunutze gemacht hätten." Damit wird die im Winter 1964/65 — und offensichtlich auch heute — gehegte Absicht der Dirigenten der Bluttat deutlich, die griechische Öffentlichkeit gegen Papandreou aufzubringen, die Fähigkeit der Regierung Papandreou in Zweifel zu ziehen, das Land länger zu regieren, und den antidemokratischen Kräften eine günstige Lage zum Sturz Papandreous zu schaffen.

In dem Brief des amerikanischen Militärattachés heißt es an anderer Stelle: „Ich bin fest davon überzeugt, daß Herrn Papandreou der wahre Sachverhalt (gemeint ist auch hier der von den Amerikanern inspirierte und ausgeführte Bombenanschlag — d. Verf.) unbekannt ist, und versichere Ihnen, daß die griechischen Behörden gegen die Vereinigten Staaten keine ernsten Indizien vorweisen können." Was soll das heißen? Im Lande waren Vermutungen aufgekommen, der Mordanschlag könne möglicherweise in Verbindung mit einer interessierten ausländischen Macht verübt worden sein. Die Dienststellen der USA hatten jedenfalls allen Grund, ihre Täterschaft zu verbergen. Mehr noch: im Sinne ihres Plans lag es, die Regierung Papandreou und vor allem Papandreou selbst zu belasten. Deshalb war es für die Amerikaner nützlich, die Schuldfrage von vornherein in eine Richtung zu lenken, die das Prestige der von Papandreou geleiteten Regierung möglichst weitgehend kompromittieren mußte. Wenn es schon nicht möglich schien, Papandreou mit dem Bombenanschlag unmittelbar in Verbindung zu bringen, dann mußte logischerweise danach Ausschau gehalten werden, ihn über seine angeblichen „kommunistischen Sympathien" zu mißkreditieren.

Bei dieser Zielsetzung kam den Akteuren des Unternehmens „Pfeil-1" ein Umstand zugute, den man nur als glücklich bezeichnen kann — und von dem sich heute sagen läßt, daß er wahrscheinlich inszeniert wurde: Die Anordnung des Innenministers, zu den Feierlichkeiten an der Gorgopotamos-Brücke ehemalige Partisanen nicht zuzulassen. Achtzehn als Kommunisten bezeichnete ehemalige Partisanen wurden dann auch sehr bald verhaftet, vor Gericht gestellt und beschuldigt, die Bombe zum Zwecke der Anzettelung eines Volksaufstandes gelegt zu haben. Die Indizienkette schien damit geschlossen; sie richtete sich gegen die Kommunisten und den „kommunistischer Sympathien" verdächtigten Papandreou. Eine offizielle Untersuchung brachte dann sehr bald die Haltlosigkeit der Anschuldigungen zu Tage. Die Behörden hinderte das allerdings nicht, eine neue Legende in Umlauf zu setzen: die Explosion, so hieß es jetzt, sei nicht durch eine Bombe, sondern durch eine alte Mine aus der Bürgerkriegszeit hervorgerufen worden. Der Brief des amerikanischen Militärattachés hat — unter großer Empörung der griechischen Öffentlichkeit — auch dieser Legende ein Ende gesetzt.

Hier der Wortlaut der von „Ethnos" verbreiteten Fotokopie:

Kanzlei des Militärattachés
USA-Botschaft
Athen, 18. Juni 1965
M-217-65
Betrifft: Unternehmen „Pfeil-1"
An den
Assistenten des Stabschefs
für Erkundung,
Armeeministerium,
Washington 25,
Distrikt Columbia, 20 315.

1. Nach einer gemeinsamen Analyse und Konsultation mit . . . (Auslassung in dem Schriftstück — d. Red.) und unseren Kollegen von der CIA sind wir zu dem Schluß gelangt, daß der soeben abgeschlossene Kommunistenprozeß in Lamia unsere Tätigkeit in Griechenland nicht ernstlich beeinträchtigen kann. Jedenfalls kann er dem von Ihnen gutgeheißenen Unternehmen „Pfeil-1" nicht schaden oder sich auf die Lage unserer Freunde in Armee und Marine ungünstig auswirken. Das hat uns der Verteidigungsminister, Herr Garoufalias, ausdrücklich versichert; er vertritt die Ansicht, daß der Prozeß in Lamia ein gewöhnliches Rechtsverfahren darstellt, wie es im Gesetz gegen Leute vorgesehen ist, die sich den Behörden widersetzt und sie an der Ausübung ihrer Obliegenheiten behindert haben.

2. Was das Unternehmen vom November v. J. bei G. (Gorgopotamos-Brücke — d. Red.) betrifft, so kann ich Ihnen versichern, daß in Griechenland ein Durchsickern der Information nicht vorkommen konnte. Die Personen, die an dem Unternehmen teilnahmen, hatten ausführliche Instruktionen und gingen unter strenger Kontrolle von CIA-Beamten vor. Sie sind in keinerlei Kontakte mit Einheimischen oder mit ihren Verwandten getreten und wurden sofort auf einen Stützpunkt in Deutschland geflogen. Außer dem Botschafter wissen die Herren Anschuets, Brewster und eventuell Parker Einzelheiten.

3. Ich bin fest davon überzeugt, daß Herrn Papandreou der wahre Sachverhalt unbekannt ist, und versichere Ihnen, daß die griechischen Behörden gegen die Vereinigten Staaten keine ernsten Indizien vorweisen können. Zweifellos wäre das Unternehmen viel erfolgreicher verlaufen, wenn sich unsere Freunde die im Land entstandene Lage richtig zunutze gemacht hätten. Das schmälert aber das Verdienst der Personen nicht, die laut Plan gehandelt haben, und sie verdienen die Belohnung, um die sie ersuchen.

4. Die Ereignisse der Untersuchung und Säuberungsaktion in der griechischen Armee werden sofort mitgeteilt, sobald wir den Bericht der Vereinigten Militärmission der USA in Griechenland erhalten.

O. K. Marshall
Oberst
U.S.Militärattaché

Hatten die USA und — wie man vermuten darf — ihre griechischen Freunde mit dem Unternehmen „Pfeil-1" Papandreou nicht stürzen können, so tauchte schon sehr bald ein neuer Plan mit analogem Ziel auf. Der Palast und die extreme Rechte entdeckten nun eine „kommunistische Unterwanderung" der Armee, eine „geheime Verschwörung" von Offizieren, mit der Andreas Papandreou, der Sohn des Premiers und langjährige Harvard-Professor, konspirative Verbindungen unterhalte. Eine eingeleitete Untersuchung führte zur völligen Gegenstandslosigkeit auch dieser Anschuldigung. Damit war der Versuch gescheitert, das Ansehen des Ministerpräsidenten herabzusetzen — diesmal über seinen Sohn.

Papandreou und sein Anhang holten daraufhin zum Gegenschlag aus. Der Ministerpräsident verlangte eine Untersuchung der „Idea", einer sehr offen operierenden Gruppe von hohen Offizieren mit profaschistischen Zielen. König Konstantin und der in dem Schreiben des amerikanischen Militärattachés erwähnte Verteidigungsminister Garoufalias lehnten jedoch eine Untersuchung dieser dem Hof genehmen Offiziersgruppe entschieden ab. Papan-

dreou forderte daraufhin den sofortigen Rücktritt des Verteidigungsministers. Der König lehnte Papandreous Forderung ab. Nun war klar, daß der König es auf eine Machtprobe mit Papandreou und der Parlamentsmehrheit ankommen lassen wollte. Gestützt auf die große Mehrheit seiner Partei, auf die Gewerkschaften und die linksdemokratische EDA, nahm Papandreou die Herausforderung des Königs und der hinter ihm stehenden Reaktion an.

Was sich nach dieser Entwicklung in Griechenland ereignete, dürfte dem deutschen Leser bekannt geworden sein. Der Hof und die Rechtskräfte gingen jetzt dazu über, die Zentrumsunion durch Ministerangebote und Machinationen anderer Art systematisch aufzuspalten, um auf diese Weise eine regierungsfähige Parlamentsmehrheit zustandezubringen. Jedoch nacheinander mißlangen die Bemühungen, mit Hilfe der Zentrums-Abtrünnigen Novas und Stephanopoulos ein vom Parlament getragenes Kabinett zu bilden. Wenige Stunden vor der Abfassung dieser Zeilen scheiterte auch das Regierungsexperiment mit dem Abtrünnigen Tsirimokos. Somit ist Papandreou auch aus dieser dritten großen Auseinandersetzung als unbestrittener Sieger hervorgegangen. Das Prestige des Königs dagegen ist angeschlagener denn je. Wenn Konstantin die Verfassung nicht offen mit Füßen treten und sein Prestige und damit die Monarchie ganz aufs Spiel setzen will, bleibt ihm kaum etwas anderes, als der Forderung Papandreous nach Neuwahlen zu entsprechen. Für die Übergangszeit könnte ein Kabinett unabhängiger Persönlichkeiten, wie es Papandreou vorschwebt, die Regierungsgeschäfte übernehmen. Dem Hof, der Rechtspartei und den Zentrums-Abtrünnigen geht es darum, Zeit zu gewinnen. Papandreou, der Zentrumsunion, der linksgerichteten EDA, allen Liberalen und sozialreformerischen Kräften im Lande liegt an baldigen Neuwahlen.

Miltiades Mitropoulos, Athen

Die Lage

Dr. Anton Reithinger

Überlegungen zu einer möglichen deutschen Außenpolitik[1])

Es ist nicht Aufgabe des Kritikers, der die Irrtümer einer Regierungsaera darlegt, Vorschläge zu unterbreiten, wie man es besser machen könnte. Denn er ist weder mit der Verantwortung belastet, noch stehen ihm die Inside-Kenntnisse und Informationen zur Verfügung, aus denen der Regierungsapparat schöpfen kann. Dazu kommt, daß Politik nicht im luftleeren Raum lebt, sondern in einem Spannungsnetz von einander widerstrebenden innen- und außenpolitischen Trieb- und Widerstandskräften verwirklicht werden muß, und daß deshalb nicht nur Ausgangspunkt und Ziele, sondern auch die Wahl der Mittel zu ihrer Realisie-

[1]) Im Aprilheft ist unter dem Titel „15 Jahre Bonner Außenpolitik" die Kritik erschienen. Hier wird versucht, die Möglichkeiten einer deutschen Außenpolitik zu diskutieren.

rung je nach dem geistigen oder politischen Standort unter verschiedenen Aspekten gesehen werden[2]). Der Kritiker, der über die ihm zugemessene Aufgabe (der Klärung der Fakten und der Analyse ihrer Ursachen) hinausgeht und eigene Überlegungen (über politische Möglichkeiten oder Zweckmäßigkeiten) formuliert, begibt sich mutwillig in Lebensgefahr, in der er in der Regel umkommt. Das beginnt schon bei der Ableitung politischer Schlußfolgerungen aus gegebenen Fakten, die von den verantwortlichen Politikern entweder aus Voreingenommenheit ignoriert oder zur Verschleierung ihrer Fehler und Versäumnisse verschwiegen oder falsch dargestellt werden. Trotzdem ist das Wagnis — bei dem man natürlich versuchen wird, nicht von dem Weg einigermaßen gesicherter Tatsachen und Erkenntnisse abzuweichen — aus zwei Gründen gerechtfertigt. Einmal, weil die Bonner Außenpolitik so aussichtslos festgefahren ist, daß keine Diskussion von Alternativmöglichkeiten die Situation weiter verschlechtern könnte, und zweitens ist das Problem *wichtig genug, um die Anstrengung des geistig immer* wieder neu Überdenkens zu riskieren. Wenn auch die parteigebundenen Außenpolitiker dem Gespräch über solches Umdenken aus dem Weg gehen, so gibt es doch genügend interessierte Mitbürger, die ihm um so aufgeschlossener gegenüberstehen.

Eingrenzung des Themas

Versuchen wir zunächst, den Gegenstand unseres Interesses vorsichtig vom negativen her einzugrenzen. Es besteht weitgehende Übereinstimmung, daß das oberste nationale Ziel der deutschen Politik die Wiedervereinigung der beiden getrennten Teile in Frieden und Freiheit ist. Hier müssen einige Vokabeln genau präzisiert werden. Der Ausdruck „in Frieden" schließt die Möglichkeit einer Überwindung der Trennung durch Waffengewalt oder die Anwendung von Mitteln aus, die in letzter Konsequenz zur Gewaltanwendung oder zum Krieg führen können[3]). Die Wiedervereinigung ist in unserer Situation das wichtigste nationale Anliegen, aber nicht in einer Rangordnung, daß sie um den Preis einer atomaren Verwüstung Europas oder anderer Teile der Welt verwirklicht werden könnte. Das ist ein Handicap für die politische Handlungsfreiheit, muß aber für die Bundesrepublik wie für die internationale öffentliche Meinung unmißverständlich klar sein. Übrigens ist auch bei der gegebenen Machtkonstellation kein anderer Weg sichtbar, den ein wiedervereinigtes Deutschland überleben könnte. Für den Begriff „in Freiheit" gibt es viele Stufen und praktische Auslegungsmöglichkeiten, wie es auch viele Abstufungen, Grade und Begriffe der Freiheit bei den einzelnen Völkern gibt. Die Wiedervereinigung steht hier in einer Rangordnung, um derentwillen praktische Kompromisse und selbst Abstriche von dem theoretischen Begriff der Freiheit in Kauf genommen werden können, solange ein Mindestmaß an Selbstbestimmung gewahrt bleibt[4]).

Wer das oberste Ziel der Wiedervereinigung nicht mit diesen Einschränkungen anerkennt, sondern es auch um den Preis eines atomaren Krieges verwirklichen würde (extrem nationalistische Theorie, die nach dem internationalen Kräfteverhältnis keinerlei Aussicht auf Realisierung hat), oder sich mit dem möglichst ungestörten materiellen Gütergenuß in der Bundesrepublik als westdeutscher Endlösung zufrieden geben möchte (extrem spießbürgerliche Haltung, die ebenso unwirklich ist, weil sie von der Präsenz des ostdeutschen Teilstaates, dem Berlinproblem, und einer mit Sicherheit wiederkehrenden nationalistischen Welle unterlaufen wird), braucht sich mit diesen Ausführungen nicht weiter zu beschäfti-

[2]) Das reicht in der Bundesrepublik leider bis in kirchliche und Glaubenssphären hinein.
[3]) Bis hierher geht der Bundeskanzler in seinen Reden, ohne daß daraus praktische Konsequenzen gezogen würden.
[4]) Hier steht die offizielle Politik erst am Anfang eines Weges, den sie sich durch Fehleinschätzung und Fehlpropaganda selbst vernebelt hat.

gen. Das gleiche gilt für Ideologen, Perfektionisten und Weltanschauungsfanatiker, die durch Aufstellung unrealistischer Vorbedingungen einer praktischen Konfrontierung mit dem Wiedervereinigungsproblem aus dem Wege gehen. (Ihr mangelndes Augenmerk für Kompromisse hat wiederholt größtes Unheil in der deutschen Geschichte angerichtet!)

Wenn über diese Prämissen Klarheit besteht, können wir einen Schritt weitergehen. Die nächste Priorität gehört der Sicherung Westberlins; das dritte, zeitlich und sachlich mit der Wiedervereinigung eng zusammenhängende Problem ist die Frage der künftigen gesamtdeutschen Grenzen in einem Friedensvertrag; an vierter Stelle könnte noch die Sicherheit der Bundesrepublik angeführt werden, die jedoch gegenwärtig am wenigsten problematisch ist. Alle Fragen sind auf das engste ineinander verflochten und hier nur der gedanklichen Klarheit wegen einzeln aufgegliedert.

Aus vielerlei Gründen kann Bonn nicht unbeschränkt die Verantwortung für seine außenpolitischen Probleme auf die Viermächte abschieben, die selbst kein einheitliches Konzept in der Deutschlandfrage mehr haben. Eher ist zu vermuten, daß die Zeit drängt, weil Paris und Moskau daran interessiert sind, die aus den Vereinbarungen von Jalta und der Bedingungslosen Kapitulation entstandene Neuordnung in eine vertragliche Gleichgewichtslage zu überführen[5]). Dadurch wird die Bundesrepublik zu einer eigenen Stellungnahme gezwungen und kann ihren abwartenden Immobilismus nur noch begrenzte Zeit weiterführen[6]). Möglicherweise wird auch Pankow die Frage der Wiedervereinigung im geeigneten Zeitpunkt hochspielen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß sich daraus eine Reihe von harten Konsequenzen ergeben, und sollten im Auge behalten, daß außenpolitische Konzeptionen, die ihre Motive aus Haß- und Trotzreaktionen herleiten, keine guten Ratgeber sind. Die Situation wird dadurch noch verschlimmert, daß sich auch die Hoffnung, der Lösung der deutschen Frage über den Zusammenschluß zu einer größeren europäischen Gemeinschaft näher zu kommen, in ungewissen Fernen verliert, während die Rückkehr zu einer nationalen Lösung durch die bisherige Politik verbaut worden ist.

Eine Zwischenbemerkung zur Klärung der Ausgangslage

Hier muß eine Zwischenbemerkung allgemeiner Natur eingeschaltet werden. Jede Außenpolitik verfolgt gewisse Ziele, deren Prioritätenskala durch die nationalen Lebensinteressen des Staates bestimmt ist[7]). Die Grundlinien sind meist durch geopolitische Lage und Geschichte, historische Traditionen und den Volkscharakter fixiert, wenn auch die zeitbedingten Positionen mit den Veränderungen der weltpolitischen Machtverhältnisse und dem Wandel völkerrechtlicher Vorstellungen stark variieren[8]). Letzteren muß sich auch die Wahl der jeweils möglichen Mittel zur Durchsetzung der außenpolitischen Ziele anpassen[9]).

[5]) mit unterschiedlicher Zielsetzung: Paris in der Absicht den USA-Einfluß in europäischen Angelegenheiten zu verdrängen, Moskau mit dem Ziel, die Nachkriegspositionen seiner Satelliten und seinen Einflußbereich im europäischen status quo vertraglich zu zementieren.

[6]) Er ist aus der Furcht der Politiker aller Parteien zu erklären, mit der Verantwortung für die Vergangenheit belastet zu werden (Dolchstoßlegende), wenn die Rechnung beglichen werden muß.

[7]) beispielsweise stand nach 1918 an erster Stelle der Prioritätenskala in Frankreich „Sicherheit", in England „Erhaltung des Empire", in Deutschland „Lösung von den Fesseln des Versailler Vertrags", in Rußland Sicherung des sozialistischen Aufbaus gegen die Interventionen der kapitalistischen Mächte". Gegenwärtig sind die analogen Prioritäten für USA „militärische und politische Sicherung der freien Welt gegen ein weiteres Vordringen des Kommunismus", für England „Wiederherstellung des äußeren Gleichgewichts", für Frankreich „Stabilisierung der europäischen Führungsrolle", für die Bundesregierung de facto „Erhaltung der Regierungsmacht für die CDU/CSU".

[8]) Nicht nur auf Grund verschiedener Interessenlage, sondern eben der genannten Eigenschaften reagieren in bestimmten politischen Lagen die Amerikaner anders als die Engländer oder Franzosen, die Araber anders als die Inder usw.

[9]) Eine Weltmacht mit überlegenem militärischen Potential vertritt ihre Lebensinteressen mit anderen Mitteln wie ein Mittel- oder Kleinstaat. Die relativ unkomplizierten Machtverhältnisse und die internationalen Anschauungen haben um 1900 und noch um 1930 eine andere Wahl der Mittel und Art der Intervention gestattet, wie die Gegenwart mit der organisierten Einflußnahme der Vereinten Nationen, dem weltweiten Gegensatz zwischen Kommunismus und Kapitalismus, den antikolonialen und antiwestlichen Emotionen der farbigen Welt und der allgemeinen Furcht vor atomarer Kriegführung.

Wo dies versäumt wird, sind häufig nationale Katastrophen die Folge[10]). Auf alle Fälle kann man Außenpolitik erfolgreich nur betreiben, wenn man die realen Gegebenheiten genauestens kennt und kalkuliert, die verfügbaren Mittel und ihre voraussichtlichen Wirkungen nüchtern abwägt und mit den zeitbedingten Möglichkeiten sorgfältig abgestimmt zum Einsatz bringt. Dabei ist eine gewisse Ordnung der innerpolitischen Machtverhältnisse zur Sicherung der außenpolitischen Handlungsfreiheit nach sachlichen Gesichtspunkten und nicht nach innerpolitischen Rücksichten unerläßlich. Solche Feststellungen mögen denjenigen mißbehagen, die Politik als Kunst und den Staatsmann als aus dem Instinkt oder dem Ingenium handelnd begreifen. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Kompliziertheit der modernen Welt eine enorme Fülle gedanklicher Kleinarbeit und praktischer Erfahrung voraussetzt, ohne die auch überlegene Staatskunst oder staatsmännische Begabung keine außenpolitischen Früchte zur Reife bringen können. Die innerpolitische Voraussetzung zur Sicherung der außenpolitischen Handlungsfreiheit kann nicht durch die bürokratische Organisation des auswärtigen Dienstes geschaffen werden, sondern muß durch den Lebensinstinkt des Gesamtvolkes und den Willen der staatstragenden Parteien (auch der Opposition)[11]) gewährleistet oder gegebenenfalls durch einen starken Staatsmann erzwungen werden[12]). Das Tohuwabohu aus Haß- und Furchtgefühlen (antikommunistische Propaganda), infantilen Schutz- und Treuekomplexen (Immobilismus im westlichen Bündnis), machtpolitischem Ehrgeiz (Aufrüstung und Griff nach dem Atom) und selbstgebastelten Völkerrechtsillusionen (Heimatrecht, Münchner Abkommen, Gebietsansprüche der Flüchtlingsorganisationen), aus innerdeutschen Emotionen und Querelen (Propagandakrieg gegen Ostzone und Ulbricht), laufenden Parteirivalitäten (Atlantiker, Gaullisten, Elipsentheoretiker usw.) und innerpolitischen Tabus (Vertuschung politischer Fehlleistungen, Falschinformation, mangelnde Aufklärung) haben in der Bundesrepublik einen Zustand geschaffen, in dem eine konsequente Außenpolitik unmöglich geworden ist. Die westdeutsche Außenpolitik steckt nicht nur in einer Sackgasse (Wiedervereinigung, Verhältnis zu Frankreich und USA, Nahostpolitik), sie ist in völliger Auflösung begriffen (Hilflosigkeit des Regierungschefs, geschwächte Stellung des Außenministers, Verquickung innerer Streitigkeiten mit der Außenpolitik, allgemeines Palaver statt Handlung). Sofern die Wahlen keine Entscheidung für neue Ansatzpunkte bringen, treibt die Bundesrepublik als hilfloses Wrack — mit einem seltsamen Gemisch von Wirtschaftsmacht, politischer Ohnmacht und militärischer Stärke an Bord — im weltpolitischen Ozean unbekannten Ufern entgegen.

Die Fakten im Vorfeld der Wiedervereinigung

Alle Überlegungen zu diesem Problem müssen von der Stellung der Bundesrepublik im Konzert der Großmächte wie der übrigen Welt ausgehen. Denn nur hier können die Kräfte ansetzen, die einer späteren Wiedervereinigung den Weg bereiten. Dabei ist die Verflechtung der Bundesrepublik mit den Westmächten politisch in der NATO (oder was davon künftig überbleibt) und wirtschaftlich in der EWG ebenso als Faktum gegeben, wie ihre historische Mittelstellung zum Osten, ihre geopolitische Lage zu den mittel- und südosteuropäischen Räumen und ihre vielfältige Verbundenheit mit den Wirtschaftsinteressen der dritten Welt. Versuchen wir auch hier wieder, die außenpolitischen Möglichkeiten und

[10]) Die deutsche Politik der letzten 50 Jahre gibt für solche historisch-politischen Anachronismen eindrucksvolle Beispiele. Ein französisch-englisches Beispiel war das übereilt eingeleitete Suez-Abenteuer. Neuestes Beispiel einer Fehlhandlung ist das mitärische Engagement der USA in Vietnam, das der amerikanische Präsident jedoch durch politische Mittel zu korrigieren versucht.

[11]) Die SPD handelt deshalb durchaus staatsbewußt, wenn sie in der Außenpolitik immer wieder gemeinsame Bestandsaufnahme anbietet.

[12]) Adenauer, was immer man gegen seine politische Linie vorbringen kann, hat sie sich geschaffen, sein Nachfolger in kürzester Zeit wieder verspielt.

Mittel vom negativen her abzutasten. Alle Bemühungen um die Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands über Viermächtekonferenzen, Deutschlandinitiativen, freie Wahlen, Sympathiekauf durch Entwicklungshilfe usw. sind an dem harten Willen der UdSSR gescheitert, die eine Wiedervereinigung unter den bestehenden weltpolitischen Voraussetzungen nicht zuläßt. Sie ist militärisch und politisch stark genug, um den status quo unbegrenzt zu halten, und die westlichen Verbündeten sind nicht bereit, um einer Änderung willen den Weltfrieden zu gefährden oder sich politisch zu exponieren. Eine Verschiebung dieser Machtkonstellation — selbst unter der Voraussetzung eines ernsthaften Konflikts zwischen der Sowjetunion und China — ist nicht in Sicht. Eher ist von den Annäherungsgesprächen zwischen Paris und Moskau eine Abtrift im negativen Sinn zu erwarten. Man kann als Axiom unterstellen, daß eine Wiedervereinigung gegen den Willen und das Interesse Moskaus nicht erreichbar ist. Die Politik der Bundesregierung, die DDR weltpolitisch zu isolieren, hat sich totgelaufen. Kernstück dieser Politik ist die Hallsteindoktrin, deren Aufrechterhaltung nicht nur normale Beziehungen zur Zone und den Ostblockstaaten behindert, sondern auch das Verhältnis zur dritten Welt je länger desto mehr belastet. Hier muß hinzugefügt werden, daß eine Aufgabe der Hallsteindoktrin noch in keiner Weise einen Schritt in Richtung auf Anerkennung des Pankower Regimes oder eine Präjudizierung hierzu bedeutet. Sie würde zunächst nur die Aufgabe einer unhaltbaren Position und damit eine Bereinigung des Vorfeldes im Sinne einer größeren Eigenbeweglichkeit der westdeutschen Politik zur Folge haben. Hierzu ein Beispiel:

Das französische Beispiel zur Wiedergewinnung außenpolitischer Handlungsfreiheit durch Aufgabe überholter Bindungen

In der Regierungspartei gibt es eine Gruppe der Gaullisten, deren Sympathie für ihren Schutzpatron allerdings in letzter Zeit harten Belastungsproben unterworfen wird. Merkwürdigerweise scheinen diese Politiker, die sich in den buntesten Illusionen ergehen, was der General in bezug auf die Bundesrepublik gegebenenfalls tun oder nicht tun würde, weder seine Memoiren gelesen, noch seine politischen Handlungen mit Aufmerksamkeit verfolgt zu haben; sonst müßten sie nämlich wissen, daß der französische Staatschef französische und nicht deutsche Politik macht. Als der General in einer Schicksalsstunde der Republik von der Armee an die Spitze des Staates gestellt wurde, hat er gegen den heftigsten Widerstand der Militärs und der Nation die zu schwer gewordene Bürde des Kolonialreichs abgeworfen. Algerien wurde aus dem Staatsverband entlassen[13]) und die afrikanischen Kolonien in selbständige Staaten umgewandelt. Diese Entscheidung, die zur Aussiedlung von Millionen Franzosen zwang und den innerpolitischen Frieden heftig erschütterte, ist dem Staatschef sicher schwerer gefallen als die Aufgabe einer überholten Doktrin. Er hat sich dazu durchgerungen, weil Frankreich durch die Kolonialkriege politisch bewegungsunfähig geworden war. Mit der Aufgabe der Kolonien machte er sich den Rücken für neue weltpolitische Beweglichkeit frei. Der General riskierte in nüchterem Realismus die Diffamierung als Zerstörer des französisch-afrikanischen Staatsverbandes und hat dafür noch bei Lebzeiten den historischen Nimbus des großen Staatsmannes eingetauscht. Die Stellung Frankreichs im internationalen Kraftfeld ist heute stärker als je zuvor, und seine politischen Aktionen werden in der Welt mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Man könnte hier auch die rasche Reaktion Englands beim Abbruch des Suez-

[13]) Algerien war staatsrechtlich keine Kolonie, sondern in drei Departements des Mutterlandes gegliedert. Zu dieser Zeit war der Algerienkrieg militärisch bereits gewonnen (aber politisch nicht mehr zu gewinnen).

abenteuers als weiteres Beispiel anführen; als die politische Ausweglosigkeit der übereilt eingeleiteten Aktion erkennbar wurde, hat das Common sens des Inselvolkes ohne Rücksicht auf das Prestige der Regierung oder eines Ministers sofort die Konsequenzen gezogen[14]). Die Nutzanwendung beider Beispiele ist eindeutig. Nur die entschlossene Aufgabe unhaltbar gewordener Positionen kann die eingefrorene Lage in Bewegung bringen und aus der Sackgasse herausführen.

Wirklichkeit und Illusion im Vorfeld der Wiedervereinigung

Die Zone ist ein Staat mit eigener Regierung und allen Merkmalen der Regierungsfähigkeit, auch wenn ihre Souveränität durch die russischen Besatzungsarmeen und die Eigenart der kommunistischen Parteibindungen an die Moskauer Zentrale beschränkt ist. Ähnliches gilt auch für andere Ostblockstaaten, deren völkerrechtliche Eigenstaatlichkeit unbestritten ist. Die DDR ist von den Mitgliedern des kommunistischen Blocks anerkannt und wird mindestens von der dritten Welt als selbständiger Staat betrachtet. Die These der Bundesregierung, es handle sich um ein völkerrechtlich nicht existentes Gebilde, wird mit seiner fortschreitenden politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung immer schemenhafter; damit löst sich auch die Theorie vom Alleinvertretungsrecht des deutschen Volkes zunehmend in verbalen Dunst auf. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß demnächst auch der Zonenstaat unter Hinweis auf seinen gesellschaftlichen Charakter das Alleinvertretungsrecht des deutschen Volkes für sich in Anspruch nimmt[15]). Die Konsequenz einer nüchternen Realpolitik wäre, gleichzeitig mit der Aufgabe der Hallsteindoktrin auch die verkrampfte Theorie von einer Besatzungszone ohne eigenstaatlichen Charakter stillschweigend zu begraben. Die Regierung der DDR hat die faktische Herrschaft über das Zonengebiet und übt sie unbehindert aus; sie hat nach demokratischen Spielregeln vielleicht kein „Recht" zur Vertretung des Volkes, aber die Macht und auch die Pflicht zur Fürsorge für 17 Millionen deutsche Staatsbürger. Nur wenn dieser faktische Zustand von der Bundesrepublik zugegeben wird, kann der Weg zur Behandlung gesamtdeutscher Angelegenheiten zwischen beiden Teilen Deutschlands freigemacht werden. Die Bundesregierung hat bisher außer dem Drängen nach immer neuen Deutschlandinitiativen und verbalen Kundgebungen in diesen Fragen nichts unternommen. Sie stellt sich tot, einmal, weil sie sich innen- und außenpolitisch zu schwach fühlt, mit den auf sie zukommenden Konsequenzen fertig zu werden, und zweitens, weil sie kein durchdachtes Konzept hat. (Eine von der politischen Wirklichkeit losgelöste „Alles-oder-Nichts"-Haltung ist kein Konzept.)

Beiderseits der Zonengrenze wohnen Deutsche und sie bleiben Deutsche, ob sie ihre Gesellschaft-Verfassung frei gewählt haben oder nicht, und gleichgültig, ob ihre Regierungen sich gegenseitig diffamieren oder vertragen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß — wenn den USA, England oder Frankreich das Unglück einer Teilung zugestoßen wäre — diese Völker zulassen würden, daß ihre Landsleute diesseits und jenseits der Grenze ähnlich unwürdigen Schikanen ausgesetzt würden, wie dies im Verkehr zwischen beiden Teilen Deutschlands der Fall ist. Auch die Bundesrepublik hat hier kein reines Gewissen[16]). Allein der Entschluß, die Existenz eines deutschen Staates jenseits der Zonengrenze als politische Realität zu nehmen und mit ihm in normale Beziehungen einzutreten, würde vermut-

[14]) Die Bundesregierung wäre nach Tradition und innerpolitischer Struktur zu solchen Manifestationen des politischen Realismus kaum in der Lage. Die notorische Unfähigkeit der Deutschen zu schnellen Reaktionen in lebensgefährlichen Lagen (aus dem Lebensinstinkt des Gesamtvolkes) hat in ihrer Geschichte immer wieder Katastrophen größten Ausmaßes verursacht.

[15]) Was für den Westen freie Wahlen bedeuten, ist in der Dialektik des Ostens die „Gesellschaftsverfassung".

[16]) Vgl. den Propaganda-Krieg der Bundeswehr an der Zonengrenze.

lich eine Kettenreaktion von Folgewirkungen auslösen, die das Verhältnis der Bundesrepublik sowohl zu ihren westlichen Verbündeten wie zu den östlichen Nachbarn nachhaltig beeinflussen dürften. Hier ist einer der seltenen Ansatzpunkte, an denen Bonn aus eigener Initiative handeln könnte, um den eingefrorenen status quo in Mitteleuropa anzuwärmen und politische Unterströmungen des europäischen Kraftfeldes in Fluß zu bringen.

Die Frage ist natürlich, ob die UdSSR heute noch einen solchen Schritt honorieren würde. Es ist möglich, daß Moskau sich nach vergeblichen Versuchen in der Vergangenheit auf eine andere Linie festgelegt hat und seine politischen Auswirkungen zu neutralisieren versuchen würde. Aber eine deutsche Initiative könnte den bestehenden Zustand kaum noch verschlechtern, und es besteht mindestens die Möglichkeit, daß die Fronten in Bewegung geraten und eine neue Phase des politischen Spiels eröffnet wird. Natürlich hätte das zur Voraussetzung, daß auch in anderer Hinsicht eine Auflockerung in den Beziehungen mit der Sowjetunion erfolgt, und vor allem, daß die Bundesregierung in diesem Zeitpunkt und in diesem Spiel genau weiß, welche politischen Nah- und Fernziele sie ansteuert. Es erscheint im Rahmen der englisch-russischen und französisch-russischen Entspannungsbemühungen durchaus möglich, auch eine deutsch-russische Entspannung in den Rahmen der atlantischen Bündnisse einzubauen und dadurch mehr Eigenbeweglichkeit zu gewinnen. Ein weiterer Punkt wäre die Abstimmung mit den Absichten des französischen Partners, der gewisse Führungsrechte bei der Neuordnung der europäischen Angelegenheiten für sich beansprucht. Alle diese Fragen würden einer gründlichen Vorklärung und eingehender Konsultationen bedürfen.

Einige Gesichtspunkte zur Problematik der Wiedervereinigung

Eine kurze Skizzierung der im Falle einer Wiedervereinigung entstehenden Problematik läßt erkennen, welche fast unüberwindlichen Schwierigkeiten sich heute einer realistischen Inangriffnahme entgegenstellen, die vor 15 Jahren kaum ins Gewicht gefallen wären, aber seither von Jahr zu Jahr zugenommen haben (und weiter zunehmen werden).

1. Angesichts des ausgeglichenen Kräfteverhältnisses der „Schutzmächte" und der gegensätzlichen Entwicklung der Gesellschaftsordnung ist eine Wiedervereinigung in der Weise, daß einer der beiden Teilstaaten den anderen in sich aufnimmt und ihm seine Sozialverfassung aufzwingt, unmöglich. Die Wiedervereinigung könnte daher nur in Form einer stufenweisen Annäherung durch die Bildung von Gemeinschaftsorganen eingeleitet werden. Vermutlich würde auch die paritätische Besetzung solcher Gemeinschaftsorgane eine schwer zu umgehende Voraussetzung sein. Wieweit Fußangeln darin verborgen liegen, aber auch wieviel politische Möglichkeiten, ist nicht ohne weiteres zu erkennen. Sicher würde sie höchstes politisches Geschick und eine lange Durststrecke mühevoller Verhandlungen für alle Beteiligten voraussetzen. Wer sie von vornherein ablehnt, lehnt die Diskussion über reale Möglichkeiten der Wiedervereinigung und damit diese selbst ab.

2. Die Aufgaben, die von solchen Gemeinschaftsorganen wahrgenommen werden müßten, reichen in alle Gebiete des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens: Währungs- und Geldpolitik, Verkehr, außenwirtschaftliche Beziehungen, Rechtsangleichung, Sozialpolitik, Bildungs- und Gesundheitswesen, usw. Gleichgültig, ob man hier mit der Politik der kleinen Schritte von unten oder organisierten Programmen von oben anfangen wollte, man kann sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß am Ende des Annäherungsweges solche Gemeinschaftsorgane als Koordinatoren des politischen und wirtschaftlichen Lebens stehen würden.

3. Die Bundesrepublik hat eine Reihe von Verpflichtungen in der NATO, der EWG und anderen internationalen Verträgen übernommen. Das gleiche gilt für die DDR im Rahmen des Warschauer Paktes und innerhalb der planwirtschaftlichen Arbeitsteilung des Ostblocks. Die Problematik der Möglichkeiten reicht hier von der vorläufigen Aussparung dieser Abkommen aus dem Wiedervereinigungsprogramm über eine stufenweise Harmonisierung oder Herauslösung bis zum Fernziel des Abbaus der beiderseitigen Bündnispositionen im Rahmen einer weltweiten Entspannung. Die Koordinierung der gegensätzlichen Vertragslagen beider Staatengebilde im Falle einer Wiedervereinigung dürfte überhaupt nur lösbar sein unter der Voraussetzung, daß eine neue gesamteuropäische Ordnung geschaffen wird. Hier setzen die Visionen des französischen Staatschefs ein, von denen heute niemand sagen kann, worauf sie abzielen und wohin sie führen.

4. Die Bundesrepublik hält mit ihren Verbündeten an der völkerrechtlichen Auffassung fest, daß die Regelung der Grenzen einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorbehalten ist. Die DDR hat in Verträgen mit ihren Nachbarn bereits eine Anerkennung ihrer Ostgrenzen getroffen, und ihre militärische Schutzmacht hat diese Grenzabkommen in weiteren Verträgen garantiert. Auch die Bundesrepublik hat Abkommen über ihre westlichen Grenzen vorweggenommen (Saargebiet und Grenzberichtigungen mit Holland) und sich dabei auf ihre Hypothese vom Alleinvertretungsrecht des deutschen Volkes gestützt. Solche Schönheitsfehler gegenüber der Gesamtkonzeption könnten zwar in einer ersten Phase der kleinen Schritte ausgespart werden, aber bei stufenweisen Fortschritten zur Wiedervereinigung nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Die Konsequenzen einer praktischen Gleichstellung beider Teilstaaten werden hier in ihrer vollen Bedeutung sichtbar[17]).

5. Schon die ersten Schritte einer Annäherung mit dem Ziel der Wiedervereinigung bringen also zwangsläufig den gesamten Fragenkomplex eines Friedensvertrags, der endgültigen Grenzen, des äußeren und inneren Reparationsausgleichs usw. in Bewegung, dem alle Beteiligten bisher sorgfältig ausgewichen sind. Darüber hinaus wären Rückwirkungen auf die Stellung und Politik der Schutzmächte — das amerikanisch-russische Verhältnis, die russische Politik gegenüber Mittel- und Westeuropa, die französischen Aspirationen als europäische Führungsmacht, die Beziehungen der Satellitenstaaten im Ostblock und mit dem neuen Deutschland — unvermeidlich. Die Reaktionen der beteiligten europäischen Staaten sind noch unbekannte Größen mit vielen Fragezeichen, die in eine Gesamtkonzeption der Wiedervereinigungsbemühungen einkalkuliert werden müssen. Sie werden vermutlich je nach politischen Aspirationen und zeitbedingten Umständen stark variieren.

6. Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten würde in Mitteleuropa ein wirtschaftliches Machtzentrum mit 80 Millionen Menschen und einem Industriepotential — nach den USA und der UdSSR die drittgrößte Industriemacht der Erde — entstehen, das den gegenwärtigen status quo in Europa entscheidend verändern würde. Das Kräfteverhältnis in NATO wie EWG und auch im Warschauer Pakt würde grundlegend umgestülpt. Die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, die sich daraus für die anderen europäischen Länder — ja selbst für die beiden atomaren Weltmächte — ergeben, die Sicherheitsmaßnahmen, mit denen sie sich gegen eine neue Vormachtstellung Deutschlands abdecken würden, und andere Reaktionen sind in ihren vielseitigen Folgewirkungen kaum ernsthaft genug zu nehmen. Mit Sicherheit kann unterstellt werden, daß als erste Voraussetzung Abrüstung und Neutralisierung eines wiederver-

[17]) Angesichts dieser Konsequenzen ist verständlich, daß sich die Bundesregierung dagegen verzweifelt wehrt.

einigten Deutschland bzw. sein Einbau in ein vertragliches europäisches Sicherheitssystem gefordert würden[18]).

Es ist verständlich, daß angesichts dieser Vielzahl von ungeklärten Fragen auch die westlichen Verbündeten die Befürwortung der Wiedervereinigung mehr als Lippendienste für ein nicht akutes Problem betrachten, denn als Verpflichtung zur Einleitung praktischer Schritte für die Herstellung der deutschen Einheit. Die Bundesregierung blockiert durch ihre Einstellung selbst jede Annäherung an praktische Lösungen. Seitdem mit der isolierten Währungsreform für die Westzonen 1948 die Weichen der Teilung gestellt, später durch die Wiederaufrüstung zementiert und im weiteren Verlauf alle Möglichkeiten einer Korrektur ausgeschlagen wurden, hat sich die Wiedervereinigung zu einem unübersehbaren Problemberg ausgewachsen. Wie in der Grenzfrage, so hat auch in der Wiedervereinigungsfrage die „Macht des Faktischen" in der Geschichte und die „rechtsbildende Kraft der Zeit" neue Linien gezogen und die alten fast bis zur Unkenntlichkeit eingeebnet.

Trotz dieser unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten kann sich die Bundesregierung ihrer wichtigsten nationalen Aufgabe nicht entziehen. Als Alternative gäbe es nur Gewalt oder Resignation, und beides verspricht keine Lösung. Spätere Generationen werden die Regierungen Adenauer—Erhard und jede folgende Regierung, die sich dieser Aufgabe, aus welchen Gründen auch immer, entzieht, ohne Würdigung anderweitiger Verdienste gnadenlos verurteilen.

Das Problem Westberlin

Die Sicherheit Westberlins liegt vergleichsweise einfacher als die soeben behandelte Problematik. Sein Sonderstatus und die politische und militärische Präsenz der Westmächte ist durch Viermächteabkommen zementiert. Diese beinhalten, daß die Stadt oder das Land Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik, sondern auf Grund seiner Lage und der aus der Kapitulation entstandenen Folgen ein Relikt des ehemaligen Reichsgebiets mit Sonderstatus ist. Die Bundesrepublik hat hier weder Rechte, noch wäre sie in der Lage, die Zugangswege gewaltsam offen zu halten. Das ist eine Angelegenheit der drei Westmächte, die mit ihrer Präsenz gleichzeitig den status quo garantieren. Mit der eingespielten Praxis der Währungseinheit, der nachziehenden Rechtsangleichung, der Anwesenheit nicht stimmberechtigter Berliner Abgeordneter im Bundestag und der Selbstenthaltung des Regierenden Bürgermeisters in Fragen der Außenpolitik sind die praktischen Möglichkeiten des Einheitsbewußtseins mit der Bundesrepublik im großen und ganzen erschöpft. Alle darüber hinausgehenden Versuche, diesen status durch Manipulationen der Rechtslage oder Demonstrationen wie die Abhaltung von Bundestagssitzungen in der geteilten Stadt zugunsten der Bundesrepublik zu verschieben, sind deshalb ebenso unrealistisch wie gefährlich. Jede Verwässerung der Verantwortlichkeit der Westmächte für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Westberlins durch solche Praktiken kann nur die gesicherte Rechtslage der Stadt schwächen und Gegenaktionen hervorrufen. Selbst gesetzt den (fiktiven) Fall, man könnte auf diese Weise erreichen, daß Westberlin ein Teil der Bundesrepublik würde, wer sollte die Enklave und ihre verletzlichen Zugangswege schützen?

Sogar die von östlicher Seite wiederholt ins Gespräch gebrachte Umwandlung in eine Freie Stadt mit Garantie der Schutzmächte könnte ohne Preisgabe nationaler Interessen geprüft werden, sofern nur die Garantie der Zugangswege nicht verwässert und Vorsorge getroffen würde, daß der Hauptstadtcharakter im Falle

[18]) hier wird sichtbar, daß die bisherige Aufrüstung ein nachhaltiges Hindernis für die Wiedervereinigung ist.

einer späteren Wiedervereinigung nicht tangiert wird. Immer aber muß die unmittelbare Verantwortung und Präsenz der Garantiemächte im Vordergrund bleiben. Wenn diese keine Neigung zu einer Veränderung des Status zeigen, sind auch seitens der Bundesrepublik keine voreiligen Schritte angebracht. Ein abwartender Immobilismus ist hier im Gegensatz zur Wiedervereinigungsfrage die einzige Möglichkeit, zumal im Falle einer späteren Wiedervereinigung das Problem Berlin sich von selbst lösen würde. Mit Demonstrationen ist dieses Thema nicht aufzuwerten; ihr wahrscheinliches Ergebnis wird eher eine Abstumpfung des internationalen Interesses an dem Schicksal der Stadt sein. (Und für einen Mißbrauch zu innerpolitischen Wahlzwecken ist die Lage zu ernst.)

Die Sicherheit der Bundesrepublik

Wenn man von der Prämisse ausgeht, daß die Wiedervereinigung „in Frieden", d. h. also ohne den Hintergedanken von Gewalt oder Drohung mit Waffengewalt erreicht werden soll, und daß sie voraussichtlich ein sehr langfristiger Prozeß sein wird, dann gewinnen die verschiedenen Abrüstungsinitiativen und Pläne zur militärischen Verdünnung oder der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone einen neuen Sinn. Die Bundesregierung hat sich bisher einer Prüfung solcher Vorschläge widersetzt, weil sie sich offenbar noch nicht von der „roll-back"-Psychologie der Dullespolitik „am Rande des Krieges" lösen konnte. Sie schiebt dieses Problem weiter vor sich her — vermutlich auch aus innerpolitischen Rücksichten — und kann sich zu keiner neuen außenpolitischen Linie durchringen. Dabei ergibt eine nüchterne Überlegung, daß die amerikanischen und englischen Truppenverbände nicht ewig in der Bundesrepublik stationiert bleiben werden[19]) und daß eine Verdünnung oder der Abzug der russischen Truppen aus der Zone und den benachbarten Ländern auch vom gesamtdeutschen Interesse Vorteile hätte. Man könnte auch zu der Überzeugung kommen, daß die Sicherheit der Bundesrepublik bei einer militärischen Verdünnung oder atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa besser gewährleistet wäre, als wenn sich beiderseits der Zonengrenze hochgerüstete Truppenverbände mit Atomwaffen gegenüberstehen. (Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob im Falle eines Atomkrieges die Überreste der Bundesrepublik überhaupt noch einer Verteidigung wert wären.)

Die militärischen Fachleute haben verschiedene Theorien über die Voraussetzungen der Heranschaffung von Truppen auf dem Luft- (West) und Landweg (Ost) im Ernstfall aufgestellt. Aber das Problem ist weniger militärischer als vielmehr politischer Natur. Anknüpfungspunkte zur Wiedervereinigung werden sich im Klima der Entspannung eher entwickeln als in der rauhen Zugluft des Kalten Krieges. Wer die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege ernsthaft erstrebt, darf sich der Diskussion auch dieser Pläne — einschließlich der Vorschläge des polnischen Außenministers — nicht von vornherein verschließen. Denn auch eine militärische Verdünnung bringt das politische Kraftfeld in Mitteleuropa in Bewegung. Dazu kommt, daß auch das Drängen der neutralen Länder nach einem europäischen Sicherheitssystem immer dringlicher wird (vgl. die skandinavische Initiative). Kompromisse ablehnen und sich alle Ansprüche vorbehalten, ist besonders in der prekären Lage der Bundesrepublik keine Politik, sondern die Bankrotterklärung des politischen Vermögens. (Das politische Geschehen wird dann eben ohne deutsche Mitwirkung weitergehen.)

[19]) Die Kündigungsfrist für die Nato rückt rasch näher, die Absichten de Gaulle's sind unbekannt. Solange Adenauer die Wiedervereinigung als „nahe bevorstehend" bezeichnete (soferne er daran glaubte), hatte das Hinausschieben einen Sinn. Mit der Erkenntnis des Wiedervereinigungsproblems als eines langen Prozesses entfällt dieser Sinn.

Zur Problematik der Grenzen in einem Friedensvertrag

Bei den Heimattagungen der Vertriebenenverbände werden Tafeln mit der Darstellung des Reichs in den Grenzen von 1937 und der „unter fremder Verwaltung" stehenden Provinzen gezeigt[20]). Dazu die Aufschrift „Niemals"! In den Kartenwerken der amtlichen Publikationen wiederholt sich die gleiche Darstellung weiter: ehemals deutsch besiedelte Gebiete, die z. Z. unter russischer oder polnischer Verwaltung stehen. Und in den zahllosen Schriften, die sich mit diesem Thema befassen, kehrt in der Regel das „Niemals" als Ausdruck einer unbewältigten nationalen Katastrophe wieder. Nun sind solche Spruchbandparolen in der derzeitigen Situation der Bundesrepublik eine negative Emotion rein verbaler Natur, die nicht das geringste darüber auszusagen vermögen, wie sie in die politische Realität übertragen werden könnten. Man kann sich generationenlang mit solchen Emotionen Selbstbefriedigung verschaffen und dabei die zeitbedingten Möglichkeiten des Handelns versäumen, ohne daß die Außenwelt davon Notiz nimmt oder verändert wird. Das größte nationale Opfer, das gleichzeitig höchste nationale Einsicht verlangt, wird uns durch die Erkenntnis abgefordert, daß diese Gebiete in der Bedingungslosen Kapitulation nach einem verbrecherisch geführten Krieg durch eigene Schuld verloren gegangen sind und daß eine allgemeine Revision dieses historischen Faktums ohne Krieg nicht mehr möglich ist. Solange die Wiedervereinigung der beiden getrennten Teile in ihren „vorläufigen" Grenzen erst als eine vage Hoffnung am politischen Horizont steht, bleibt die völkerrechtliche Existenz des Reiches in den Grenzen von 1937 eine unwirkliche Schimäre. Sie wird selbst als historische Erinnerung um so unwirklicher, je weiter die Zeit fortschreitet, ohne daß praktische Fortschritte in der Wiedervereinigung zustandekommen. Das Problem der Grenzen von 1937 entgleitet immer mehr dem Bewußtsein der Welt und schrumpft bestenfalls zur Frage kleiner Grenzberichtigungen an der Oder-Neiße-Linie zusammen. Ihre vertragliche Fixierung würde in einem Friedensschluß zur Sprache kommen. In diesem Zeitpunkt wird sich eine dann amtierende Bundesregierung der Anerkennung der territorialen Folgen der totalen Niederlage nicht mehr entziehen können. Es ist verständlich, daß jede Regierung den Zeitpunkt, an dem die Bücher offengelegt und die Schulden des verlorenen Krieges beglichen werden müssen, solange wie möglich hinauszuschieben trachtet. Aber je länger dies dauert, desto geringer werden die positiven Möglichkeiten und um so schlimmer wird das Erwachen, weil die „rechtsbildende Kraft des Bestehenden" die „historische Rechtsposition" von Jahr zu Jahr weiter aushöhlt, aber die Bevölkerung inzwischen die Bedingungslose Kapitulation völlig aus dem Gedächtnis verdrängt hat. Das Ergebnis wird ein neuer nationalistischer Fanatismus sein (in gewissen Kreisen), der die Bundesrepublik erneut isoliert und die Wiedervereinigungsbestrebungen weiter erschwert. Aus diesem circulus vitiosus gibt es kein Entrinnen. Die Bundesregierung steht unter dem historischen Diktat, daß sie sich zwischen einem mühseligen Ringen um die Bewahrung des nationalen Erbes der gesamtdeutschen Vergangenheit oder der satten Wohlstandsideologie des Augenblicks entscheiden muß und dabei in Gefahr gerät, in den Abfalleimer der Geschichte geworfen zu werden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die Welt nach der Bereinigung der Grenzfragen in einem Friedensschluß (oder auch ohne ihn) Deutschland eine innerpolitische Agitation erlauben würde, mit der sich die erste Republik nach den Gebietsverlusten des Versailler Vertrags den Weg in die nächste Katastrophe freigelogen hat. Vermutlich würde die Bereitschaft zu einem offenen Verzicht auf die verlorenen Gebiete die internationale Stellung Bonns stärken; aber es ist keine Regierung in Sicht, die sich zutrauen könnte, der unaufgeklärten Bevölkerung eine solche Geste

[20]) Neuerdings auch auf den Parteitagen der SPD.

mundgerecht zu machen. (Das Argument, man dürfe eine Position nicht preisgeben, die für ein späteres „bargaining" Verhandlungsobjekt sein könne, ist barer Unsinn, weil es diese „bargaining position" in der politischen Wirklichkeit nicht mehr gibt.)

Hier wird eine Eigenschaft des deutschen Nationalcharakters sichtbar, die die Deutschen im Laufe ihrer Geschichte katastrophenanfälliger gemacht hat als andere Völker — eine nationale Introvertiertheit, die aus geschichtlichen Vorgängen wenig lernt und emotionelle Phrasen mit Politik verwechselt. Bewußte nationale Verzichtleistungen nach großen Katastrophen sind durchaus keine Seltenheit in der Geschichte anderer Länder. Die Aufgabe der spanischen, portugiesischen und holländischen Kolonialreiche im 18. und 19. Jahrhundert, der Rückzug des osmanischen Reichs nach dem Ersten Weltkrieg auf das asiatische Festland (durch Kemal Pascha), die Auflösung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie 1918, der Verlust der britischen, holländischen, belgischen und französischen Kolonialreiche im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg oder die Umstrukturierung der japanischen Politik von der äußeren (Kolonisation) auf die innere Expansion (Industrialisierung) sind Katastrophenbeispiele vergleichbarer Art. Die betroffenen Völker (und ihre führenden Staatsmänner!) haben die geschichtliche Herausforderung jeweils angenommen und ohne Trotz- und Haßreaktionen neue Wege des Überlebens gesucht. Dabei sind ihre Katastrophen im 20. Jahrhundert überwiegend Folgen deutscher politischer Fehlhandlungen gewesen. Die deutsche Tragödie ist also kein Einzelfall besonderer historischer Ungerechtigkeit, wie sie sich im Volksbewußtsein darstellt[21]; sie ist durch eigene Schuld verursacht worden und kann nicht durch lautstarke Emotionen, sondern nur durch politischen Realismus überwunden werden. Man muß diese Tatsachen im Gedächtnis behalten, um das geringe Echo zu verstehen, das die Bundesrepublik mit ihren territorialen Klagen bei den anderen Völkern findet. Sie steht wie 1918 am Scheideweg, sich in jahrzehntelangen Haß- und Trotzreaktionen zu verbrauchen, oder sich dem Schicksal zu stellen und unter Abkehr von verlorenen Positionen und verlogenen Illusionen eine neue Zukunft zu gestalten.

Das Gesicht der bundesdeutschen Außenpolitik und ihrer führenden Vertreter ist antiquiert. Es ist rückwärts ins 19. Jahrhundert gerichtet (Erinnerung an verspielte Macht und Größe des Bismarck-Reichs, Übergewicht militärischer Vorstellungen, Aufrüstung, schwarz-weißes Freund-Feind- und Bündnisdenken, Überbetonung weltanschaulicher Postulate) und hat die Problematik des 21. Jahrhunderts (revolutionäre Umformung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen in weiten Teilen der Welt, Übergewicht humanitärer und zivilisatorischer Forderungen über transzendentale Bindungen, rasch wachsender Einfluß der wissenschaftlichen Forschung auf das praktische Leben) noch nicht zur Kenntnis genommen. Aller Voraussicht nach werden die anstehenden Weltprobleme und auch das deutsche Schicksal nicht durch Krieg und Atomraketen, sondern auf dem Weg der geistigen Auseinandersetzung und des wissenschaftlichen Fortschritts entschieden werden. Die derzeitige Politik der Bundesregierung hat dazu wenig oder nichts beizutragen.

Eine mögliche Alternative?

In der jüngeren deutschen Geschichte gibt es Parallelen, die für unsere politische Gegenwartsproblematik eine Lehre sein können, auch wenn man sie den zeitbedingten Umständen entsprechend umchiffrieren muß.

Nach dem Zusammenbruch 1918, den Wirrnissen des Ruhrkampfes und den Auseinandersetzungen über die Reparationsleistungen begann mit der Aufnahme

[21]) Verstärkt durch Zweckpropaganda interessierter Stellen.

Deutschlands in den Völkerbund und dem Vertrauensverhältnis zwischen Briand und Stresemann eine kurzfristige Aera der deutsch-französischen Verständigung[22]). In dieser Zwischenphase, in der das „christliche" Besitzbürgertum innerpolitisch mit allen Mitteln die Ergebnisse der Revolution zurückdrehte, suchte das Reich außenpolitisch einen neuen Standort im Konzert der europäischen Mächte und eine tragfähige Basis für seine wiedererstarkte wirtschaftliche Aktivität. Von weitsichtigen Politikern, die Deutschland im Völkerbund vertraten, wurden damals Überlegungen für eine Alternative zur verloren gegangenen Weltmachtstellung des Deutschen Reichs diskutiert:

Die Voraussetzungen für eine Weltpolitik auf der Ebene der früheren Großmächte USA, England, Frankreich und Japan[23]) waren nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges nicht mehr gegeben; doch bestand für das Reich die Möglichkeit, durch freundschaftliche Zusammenarbeit mit den ost-, mittel- und südosteuropäischen Staaten[24]) sich zum Wortführer der wirtschaftlichen Anliegen der mittleren und kleineren europäischen Länder zu entwickeln. Diese waren zwar militärisch im Bündnis mit Frankreich, aber wirtschaftlich auf den Handel mit Deutschland angewiesen. Die Außenhandelspolitik konnte deshalb als Hebel zur Lockerung des um Deutschland gelegten Ringes eingesetzt werden. Das Reich sollte sich dabei jedoch bewußt mit der Stellung einer friedlichen europäischen Mittelmacht bescheiden. Der nicht aussichtslose Versuch scheiterte daran, daß die Reichswehrführung mit Einverständnis des damaligen Reichspräsidenten v. Hindenburg die Außenpolitik an sich zog, mit der Sowjetunion im Sinne ihrer geheimen Aufrüstungspläne paktierte, gemeinsam mit den Organisationen der Großlandwirtschaft die Handelsbeziehungen mit den Oststaaten blockierte[25]) und schließlich zusammen mit der Ruhrindustrie (und mit Zustimmung des Besitzbürgertums) die Verständigungspolitiker stürzte[26]). Die deutsche Außenpolitik war damals genau so nach rückwärts gerichtet wie heute; die These von General Seeckt, daß die Existenz Polens mit den Interessen des Deutschen Reichs unvereinbar sei, hatte sich durchgesetzt. Nur der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, eine Gründung der Großindustrie, konnte auf rein wirtschaftlicher Ebene einen Teil dieser Ideen in Zusammenarbeit mit den mittel- und südosteuropäischen Ländern verwirklichen. Schon damals hat sich die Wirtschaftspraxis weitsichtiger erwiesen als die politischen Illusionäre. Das klägliche Ende der neuen Großmachtpolitik hat unsere Generation anschaulich erlitten.

Heute liegt eine in manchen Punkten vergleichbare Situation vor. Die politische Stellung der Bundesrepublik ist schwach, und ihre außenpolitischen Möglichkeiten sind gering, aber ihre wirtschaftliche Potenz ist von imponierender Stärke. Die weltpolitischen Probleme sind heute in weit größerem Umfang wirtschaftlicher Natur als zu Beginn unseres Jahrhunderts. Entweder haben sie in wirtschaftlichen Fragen ihren Ursprung (Übervölkerung, Armut, Unbildung), oder der wirtschaftliche Fortschritt kann zu ihrer Lösung beitragen (Entwicklungshilfe). Auch in der geistigen Vorstellungswelt der Völker hat die rein politische Problematik gegenüber den gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Fragen an Bedeutung abgenommen. Das gilt vor allem für die großen Entwicklungsräume in Asien, Afrika und Südamerika. Die wirtschaftlichen Energien sind in Deutschland in der Regel fortschrittlicher und erfolgreicher als die politischen Aktivitäten, deren Gesichtskreis und Geschichtsbild häufig um eine Generationenspanne nachhinkt.

[22]) Die historische Parallele zum Verhältnis Adenauer—de Gaulle ist sichtbar, möglicherweise das Ende ähnlich.
[23]) Rußland war damals mit seinen inneren Schwierigkeiten beschäftigt.
[24]) die aus dem Zusammenbruch Rußlands und Österreichs entstanden waren oder ihre Gebiete vergrößert hatten und mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten.
[25]) besonders die landwirtschaftliche Einfuhr aus Polen, den Baltenstaaten und Südosteuropa. Der Handelsvertrag mit Polen scheiterte daran und der anschließende Handelskrieg brachte schwere Rückschläge.
[26]) Parallelen zur gegenwärtigen Entwicklung sind sichtbar.

Sie sind auch von innerpolitischen Rücksichten weniger behindert. Fast könnte man sagen, daß nach den Erfahrungen der letzten 100 Jahre die Wirtschaft das positive und die Politik das negative Fatum der deutschen Geschichte verkörpert haben. Auf alle Fälle haben die Deutschen wesentlich mehr Erfahrung und Geschick in wirtschaftlichen und technischen Dingen bewiesen, als in politischen und soziologischen Angelegenheiten.

Die innere Expansion (Industrialisierung) und der Einsatz des wirtschaftlichen Potentials auf den Weltmärkten (Außenwirtschaft) versprechen nicht nur ein erfolgreiches Betätigungsfeld für die deutsche Aktivität, sondern auch einen Ausgleich für die Verkleinerung des Lebensraumes durch die territorialen Verluste. Eine Voraussetzung wäre aber auch hier eine klare Absage an alte Relikte oder neue Ansätze von Machtpolitik und die bewußte Bescheidung mit der Position einer friedlichen europäischen Mittelmacht (der alle anderen Ziele z. B. militärische Stärke, territoriale Revisionsbegehren usw. unterzuordnen wären[27]). Dazu gehört auch der Abbau des (aus weltanschaulichen Gründen unnatürlich) hochgespielten Freund-Feind-Verhältnisses und die Befreiung des Außenhandels (Entwicklungshilfe) von politischen Gesichtspunkten dieser Art. Die erneute Konzentration auf den Ausbau des militärischen Apparates erscheint unter diesem Gesichtspunkt als atavistischer Rückfall in eine historische „Vergangenheitslage" — ähnlich wie die Vormachtsträume des Dritten Reichs oder die Flotten- und Kolonisationspläne des zweiten Kaiserreichs „unzeitgemäße" Rückblenden in eine damals nicht mehr existente „Vergangenheitslage" gewesen sind[28]). Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Entwicklungsländern ausschließlich unter wirtschaftlichen und zivilisatorischen Gesichtspunkten würde auch der Gewinnung einer tragfähigen politisch-moralischen Basis für die Geltendmachung der deutschen Anliegen in der Wiedervereinigungsfrage zugute kommen. Wirtschaft und Politik können sich hier vernünftig ergänzen. Ein solches langfristiges Konzept setzt aber auf der politischen Seite klare Vorstellungen über die vorangehend behandelte Problematik der Wiedervereinigung, eines künftigen Friedensvertrags und aller damit zusammenhängenden Nah- und Fernziele der deutschen Außenpolitik voraus.

[27]) Das vergeßliche Selbstbewußtsein der Wohlstandsbürger ist hier ein Handicap. Es ist unschwer vorauszusagen, daß ein erneuter Versuch zu einer Großmachtpolitik (die wirtschaftliche Potenz verführt dazu) in einem neuen Debakel enden wird.
[28]) Vestigia terrent.

Reinhard Opitz (Besprochen in ADJ 19/65, S. 2)

Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft"

I

Mag es auch oft so scheinen, als sei die CDU-Spitze für die Erfolglosigkeit ihrer Außenpolitik blind: intern wird natürlich nüchtern bilanziert. In den Führungskreisen der CDU und der ihr nahestehenden Industrie weiß man so gut wie in den Reihen der Kritiker des Regierungskurses, daß die „Politik der Stärke" keine günstigeren Ausgangspositionen für die Wiedervereinigung und die Durchsetzung der weitergesteckten ostpolitischen Ziele erwirkt hat; daß die weltpolitische Entwicklung die Voraussetzungen für eine Änderung des mitteleuropäischen Status quo vielmehr zunehmend paralysiert und die Stunde des Kurswechsels für die Bundesrepublik eigentlich längst gekommen ist. Anders als ihre

Kritiker zieht die CDU aus diesem Sachverhalt jedoch nicht die Folgerung, daß die notwendige Umorientierung zu vollziehen sei, sie folgert, daß die Konstellationen, die über kurz oder lang zum Kurswechsel zwingen, zu durchbrechen und die heutigen internationalen Entwicklungen in ihrer Richtung zu ändern seien.

Abgesehen von dem Ruf nach mehr militärischer Stärke und dem Bemühen, über den EWG-Markt eine politische Gleichschaltung der westeuropäischen Nachbarstaaten zu erreichen, war jedoch eine ernsthafte Auskunft der CDU darüber, auf welchem Wege ihr eine derartige Konstellationsveränderung erreichbar scheine, lange Zeit nicht zu erhalten. Seit dem 31. März 1965 ist indessen das Rätselraten, das aus diesem Grund über die Absichten und den eigentlichen Charakter der CDU-Politik herrschte, zu großen Teilen gegenstandslos geworden. Die CDU hat eine umfassende Antwort gegeben. Die auf dem Düsseldorfer CDU-Bundesparteitag von Ludwig Erhard vorgetragene Konzeption von der „Formierten Gesellschaft" gibt über die wesentlichsten außen- und innenpolitischen Wegvorstellungen Auskunft.

Die CDU hat mit diesem Plan — der in der Öffentlichkeit meist nur am Rande beachtet worden ist und der vielfach als „Wahlpropaganda" oder als eine bloße Fortsetzung der üblichen Erhardschen Maßhaltereden mißdeutet wurde — eine politische Gesamtkonzeption vorgelegt, wie sie in dieser Geschlossenheit gegenwärtig wohl keine andere Partei besitzen dürfte. Der Plan ist umfassend durchdacht, durchaus auf Langfristigkeit angelegt und als das strategische Grundkonzept künftiger CDU-Politik ernsthafter Kenntnisnahme zu empfehlen. Zweierlei geht aus ihm hervor: Erstens: daß es der CDU und den mit ihr verbundenen Industriekonzernen und Bankkreisen(diese Liaison tritt im Formierungsplan vollends ans Licht) unverändert um den europäischen Osten geht, also um eine Veränderung des mitteleuropäischen status quo der Art, daß am Ende ein der industriellen Großmacht Gesamtdeutschland zugeordneter osteuropäischer Staatengürtel stünde. Zweitens: welche Wege man für gangbar hält, um dieses alte, nach menschlichem Ermessen längst unerreichbare Ziel doch noch erreichbar zu machen.

Es herrscht offenbar Klarheit darüber, daß die Kraft der Bundesrepublik, ja selbst die Kraft eines vereinigten Westeuropa nicht ausreichen würde, den östlichen Widerstand gegen eine Verschiebung der heutigen System- und Machtproportionen zu brechen. Ludwig Erhard neigte im Gegensatz zu den Anhängern abendländisch-kleineuropäischer Vorstellungen schon immer zu der Auffassung, daß es dazu einer im Bündnis mit den USA betriebenen Globalstrategie bedürfe, die vor allem auch die Entwicklungsländer miteinbezieht und den Kommunismus in Asien, Afrika und Lateinamerika zu einer weltweiten Konkurrenzschlacht herausfordert. Rüdiger Altmann, heute nicht zufällig einer der Mitverfasser des Erhard-Plans, entwickelte diese Idee bereits in seinem 1960 geschriebenen Buch „Das Erbe Adenauers" und trug dort auch schon die gesellschaftspolitischen Konsequenzen in den Grundzügen vor.

Heute ist diese Strategie, zu deren Sprecher sich seinerzeit Altmann machte, zur offiziellen Politik Ludwig Erhards geworden. Die „Gesellschaftspolitischen Kommentare" berichteten am 15. Mai 1965, daß die Wahlkampfleitung der CDU davon abgeraten habe, den in Düsseldorf vorgetragenen Formierungsplan vor den Bundestagswahlen öffentlich zu diskutieren. Intern und in Blick auf ausgewählte gesellschaftliche Gruppen ist seine Propagierung jedoch im Gange. Die neue Konzeption wird die Richtlinien der nächsten Bundesregierung, sollte sie wiederum von der CDU gestellt werden, bestimmen — sie dürfte damit praktische Relevanz erhalten und von unmittelbarem Interesse sein.

Die Ausgangsüberlegung, die dem Plan von der „Formierten Gesellschaft"

zugrunde liegt, ist die folgende: Soll es gelingen, die auseinanderstrebende nichtöstliche Welt auf eine antikommunistische Globalstrategie nach eigenen Vorstellungen festzulegen, dann bedarf es dazu einer außenpolitischen „Ausstrahlungskraft", wie sie die Bundesrepublik heute nicht besitzt. Die Bundesrepublik müßte imstande sein, sich durch Marktausdehnung und Entwicklungshilfe, durch Waffeneinkäufe einerseits, Militärhilfe andererseits und besonders auch durch eine möglichst weitgehende Übertragung des eigenen wirtschaftspolitischen Modells auf andere Länder so in die westliche und neutrale Welt zu integrieren, daß von daher ein politischer Gleichschritt möglich wird. Das gegenwärtige industrielle und militärische Potential gestattet Bemühungen in dieser Richtung bisher nur in begrenztem Umfang. Zwar sei die Bundesrepublik, wie Erhard in Düsseldorf sagte, „außenpolitisch stärker geworden", da sie „eine der bedeutendsten und leistungsfähigsten Wirtschafts- und Handelsmächte der Welt" sei und sich ihr „militärisches Potential" im Rahmen der NATO „erheblich verstärkt" [1]) habe. Aber diese „außenpolitische Erstarkung" ist für eine Gleichschaltung des politischen Willens der Verbündeten und der Entwicklungsländer bei weitem nicht ausreichend. Ist außenpolitische Stärke ein Produkt aus industrieller Leistungsfähigkeit und militärischer Macht (wovon die Verfasser des Formierungsplanes offenkundig überzeugt sind), dann bedarf es, um die notwendige formierende Ausstrahlungskraft zu erlangen, in den nächsten Jahren einer außerordentlichen, ja geradezu gigantischen Steigerung der industriellen Leistungskapazität, desgleichen einer weiteren Verstärkung der militärischen Potenz.

Eine derartige Kraftsteigerung wird nur für möglich gehalten, wenn eine Bündelung aller gesellschaftlichen Gruppen der Bundesrepublik auf dieses Ziel hin erfolgt und konkurrierende gesellschaftliche Interessen radikal ausgeschaltet werden. Die auf lange Sicht angelegte Strategie der ‚Formierung' Westeuropas und der übrigen nichtöstlichen Welt erfordert also zunächst die ‚Formierung' der eigenen Gesellschaft. Die Bundesrepublik muß sich von ihrer heutigen, pluralistisch-demokratischen und förderalistischen Gesellschaftsverfassung lösen und sich umwandeln in eine Leistungsgemeinschaft, in der alle Kräfte in Kooperation auf die Steigerung der industriellen Produktionskapazität bzw. der militärischen Macht hinwirken. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen darin übereinstimmend das Interesse des „Ganzen" (der „Allgemeinheit", des „Gemeinwohls") erkennen und anerkennen und ihm ihre eigenen, andersgerichteten Forderungen nachordnen.

Der Vorsatz, eine solche Leistungsgemeinschaft zu schaffen, sortiert die heutige Gesellschaft der Bundesrepublik automatisch in zwei deutlich voneinander unterscheidbare Teile. Einmal in diejenigen Gruppen, die in der militärischen oder industriellen Erstarkung schon immer die höchste Aufgabe sahen, der die anderen gesellschaftlichen Interessen zu subordinieren seien. Sie bringen die „gemeinwohlorientierte" Haltung sozusagen von Hause aus mit. (Es ist sicher kein Wunder, daß sie den Formierungsplan auch als erste begrüßt haben. Es sei verwiesen auf den Düsseldorfer Wirtschaftstag der CDU/CSU, auf dem die Notwendigkeit der Formierten Gesellschaft von den Sprechern namhafter Industriekonzerne ausführlich und höchst aufschlußreich begründet wurde, und auf von Hassels Nürnberger Rede vom 27.5.65 vor dem Evangelischen Arbeitskreis der Unionsparteien, in der er den Durchbruch zu einer „wahrhaft neuen Gesellschaft" als Voraussetzung der „Sicherheit" bezeichnete.) Der Haltung dieser, originär mit den Interessen des „Ganzen" verbundenen Gruppen soll sich nun möglichst die gesamte übrige Gesellschaft aus „Einsicht" anschließen. Ihr zweiter Teil besteht dementsprechend aus jenen Gruppen, die diese Einsicht nicht aufzubringen vermögen, die die Vorrangigkeit des Gesichtspunkts der Machtsteigerung vor demokratischen, so-

zialen oder kulturellen Gesichtspunkten nicht anerkennen wollen, die weiterhin ihre andersgerichteten Forderungen geltend machen und sie sogar als gleich- oder höherwertig hinzustellen versuchen. Sie sind die nicht-gemeinwohlorientierten Teile der Gesellschaft, die egoistischen Interessengruppen.

Der Formierungsprozeß („Weg in die Formierte Gesellschaft") ist der Prozeß der Ausschaltung des politischen Einflusses dieser Gruppen durch ihre Integration in ein kooperatives, dem Gemeinwohl verpflichtetes System. Schon aus der Proklamation dieses Ziels ließe sich folgern, daß der Weg in die Formierte Gesellschaft auch eine Umwandlung des parlamentarischen Systems und einen Funktionswandel des Parteienwesens erforderlich macht. Erhard und die Kommentatoren des Formierungsplans weisen auf diese Konsequenz jedoch selbst nachdrücklich — und programmatisch — hin. Erhard widmete große Teile seiner Düsseldorfer Rede dem Thema „Reform der deutschen Demokratie". . . . „Wir können es uns nicht leisten, auf eine Reform der deutschen Demokratie zu verzichten. Unsere politischen Institutionen — und das gilt für die CDU als Partei ebenso wie für Parlament und Regierung, Bund und Länder — müssen in die Lage versetzt werden, der Dynamik des politischen und öffentlichen Lebens in höherem Maße gerecht zu werden. Nur eine Verfassung der Gesellschaft, in der wir alle Kräfte weitschauend einsetzen können, wird den Wohlstand, die soziale Sicherheit und die kulturelle Blüte unseres Volkes gewährleisten. . . . Wir sollten uns klar darüber sein, daß auch unsere politische Ordnung einem natürlichen Entwicklungsprozeß unterworfen ist." [1]

Das Ergebnis des Formierungsprozesses soll eine Gesellschaftsordnung sein, deren Effektivität die hochentwickelten Industrienationen wie die Entwicklungsländer veranlaßt, sie bei sich selbst ebenfalls einzuführen. Wie der Plan zur gesellschaftspolitischen Infiltration der westlichen und neutralen Welt mit der innergesellschaftlichen Formierung zusammenhängt, sei an folgendem Zitatenüberblick dargestellt:

„Es geht um die neuen Aufgaben unserer Politik. Nach der Phase des Aufbaus ist das Ziel der nächsten Jahre die Reform der deutschen Demokratie." [1]

„Wenn ich zum innenpolitischen Teil unseres Programms für Deutschland von der Notwendigkeit gesprochen habe, bewußt den Schritt zu einer Formierten Gesellschaft zu tun, dann habe ich dabei zugleich und nicht minder an die Grundlagen unserer Außenpolitik gedacht . . . Eine wirksame deutsche Außenpolitik bedarf . . . heute mehr denn je der inneren Geschlossenheit unseres Staatswesens und einer hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Je deutlicher sich die Bindung des deutschen Volkes an seinen Staat, an sein Vaterland ausprägt, je gesammelter und geschlossener sich Deutschland der Welt präsentiert, um so mehr wird diese bereit sein, uns zu verstehen." [1]

„Die Formierte Gesellschaft ist auch kein Modell, das etwa nur im Gehäuse des Nationalstaates funktioniert. In ihr kann sich vielmehr das Bild eines geeinigten Europa prägen. Sie ist darüber hinaus geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdteils wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein. Wenn uns dieser Schritt gelingt, dann wird sich die Anziehungskraft einer so gegliederten Gesellschaft anderen Formen gegenüber als weit überlegen erweisen. Zugleich wird sie den Sozialismus — auch dieser Prozeß ist bereits im Gange — ideologisch und politisch aufzehren." [1]

„In diesen Prozeß ist eingeschlossen die Fortentwicklung unserer Beziehungen zu den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Alle diese Länder suchen ein Leitbild, das ihnen Synthesen ermöglicht von „Freiheit" und Ordnung, von moderner, technisierter Wirtschaftsstruktur und der Bewahrung ihrer kulturellen Eigenheit." [2]

„Dieses Modell ist nicht mehr der liberale Verfassungsstaat mit seinem parlamentarischen System." [3])

II

Um die Überführung der Bundesrepublik in einen neuen Verfassungszustand zu rechtfertigen, ist ein Stab von Wissenschaftlern und Publizisten am Werk, von denen einige auch offiziell als geistige Väter oder Mitverfasser des Formierungsplans vorgestellt werden. Zu diesem Gehirntrust zählen vor allem die Professoren Goetz B r i e f s (Washington/Berlin) und Eric V o e g e l i n (ehemals Washington, jetzt Ordinarius für politische Wissenschaften an der Universität München), des weiteren der Publizist Rüdiger A l t m a n n und Dr. Josef-Hermann U n l a n d. Als Instrument für die Ankurbelung der internen und halboffiziellen Diskussion des Formierungsgedankens fungieren die „Gesellschaftspolitischen Kommentare", ein theoretisches Organ der CDU, deren Redakteure Leo Schütze und Werner Riek ihrerseits erläuternde Aufsätze zum Thema der Formierten Gesellschaft veröffentlichen. Mehr oder minder hängen alle an der Erarbeitung des Formierungsplanes Beteiligten mit diesem ideologischen Steuerungsorgan der CDU für den sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich zusammen, Goetz Briefs ist z. B. ständiger Mitarbeiter des Blattes, und die Arbeiten Prof. Voegelins werden hier regelmäßig ausführlich gewürdigt. Die Redaktion teilt denn auch mit, daß der Formierungsplan Erhards im wesentlichen auf den Arbeiten von Briefs und Voegelin beruhe, deren Untersuchungen über das Kapitalismus-Problem, die Machtkonzentration der Gewerkschaften und die politischen Massenbewegungen die nunmehr vorgelegte Konzeption vorbereitet hätten [4]).

Im ersten Juli-Heft unternahm die Redaktion der „Gesellschaftspolitischen Kommentare" erstmals den Versuch, den Charakter der Formierten Gesellschaft näher zu präzisieren und ihn in zwölf Thesen, denen jeweils eine kurze Erläuterung folgte, darzustellen. Da es sich um eine authentische Interpretation handelt, sei in diesem Kapitel zunächst diese Darstellung referiert.

Unter dem Terminus „Formierte Gesellschaft" sei ein durch eine bestimmte Form charakterisierter Gesellschaftstyp zu verstehen (These 1), nämlich (These 2) die Gesellschaft der „dritten Phase der modernen nicht-kommunistischen Industriegesellschaft". Die erste Phase sei die „Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts" gewesen, die dadurch gekennzeichnet war, daß in ihr „machtvolle Gruppen mit gegensätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Interessen im Kampfe um die die Sozialordnung bestimmenden Grundprinzipien" verfangen gewesen seien. Sie sei etwa seit der Zeit des Ersten Weltkrieges nach und nach durch die zweite Phase, die „pluralistische Verbandsgesellschaft" abgelöst worden. Kennzeichen dieses zweiten Typs der nicht-kommunistischen Industriegesellschaft seien ‚befestigte' Verbände, die nicht mehr grundsätzlich um die Sozialordnung, wohl aber um die Verteilung des Sozialprodukts miteinander im Kampf liegen. Die befestigten Verbände orientieren sich also nicht am Gemeinwohl, sondern sind darum bemüht, Staat und Gesellschaft ihren Gruppeninteressen dienstbar zu machen. Für die Pluralistische Verbandsgesellschaft sei daher die ‚Aufsplitterung und Isolierung der einzelnen Gruppen' (Erhard) „oder anders ausgedrückt der Pluralismus widerstreitender organisierter Interessen, die nicht auf den Generalnenner des Gemeinwohls gebracht sind, charakteristisch . . ." Das Ziel, auf das die moderne Industriegesellschaft von selbst hindränge, sei daher die dritte Phase, die „Formierte Gesellschaft". In der Sozialen Marktwirtschaft seien die Ansätze der Formierung, die im Grunde bis in die Weimarer Zeit zurückreichten, schon zu erkennen; seit der Währungsreform im Jahre 1948 sei der Formierungsprozeß in Gang.

Gegenwärtig befinde sich die Bundesrepublik (These 4) [5] im Übergang von der

„Pluralistischen Verbandsgesellschaft" zur „Formierten Gesellschaft", sie sei keine formierte, sondern eine „sich formierende" Gesellschaft. Das Zustandekommen der Formierten Gesellschaft sei ein viele Jahre dauernder geschichtlicher Prozeß, allerdings sei er kein Naturprozeß, er sei also, wie alle „zielgerichteten geschichtlichen Prozesse" Gefahren ausgesetzt und von der Möglichkeit des Scheiterns bedroht. Die gesellschaftliche Formierung sei in der Bundesrepublik einerseits bereits weiter vorangeschritten als in allen vergleichbaren westlichen Industrienationen, was zurückzuführen sei auf die „besonderen geschichtlichen Ereignisse und Erfahrungen des deutschen Volkes", auf der anderen Seite sei er jedoch dadurch gehemmt, daß „die Gewerkschaften zu einer Zeit, nämlich in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, mächtig wurden, in der ‚der Staat schwach, die Unternehmer gelähmt und die Demokratie durch Besatzungsmächte restauriert war'". (Goetz Briefs)

In den folgenden Thesen (5—12) werden acht Merkmale der ‚formierten Gesellschaft' genannt und erläutert.

Merkmal 1: Die Formierte Gesellschaft sei ihrem Wesen nach kooperativ. Erläuterung: „Sie besteht nicht aus Gruppen, die in ihren Handlungen einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen — was, längere Zeit betrieben, zur Desintegration der Gesellschaft führen muß —, sondern beruht auf dem freien Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen in Unterordnung unter gesamtgesellschaftliche Ziele. Sie ist daher ‚nicht mehr von sozialen Kämpfen geschüttelt und von kulturellen Konflikten zerrissen'. Weiter heißt es, Erhard ginge es, wenn er die Verwirklichung dieses Merkmals der Kooperation verlangt, „um die Integration der ‚befestigten' Gruppen in Gesellschaft und Staat, um ihre Bindung an das Gemeinwohl, um die Überwindung der zerstörerischen Kräfte des Pluralismus weltanschaulicher und verbandsorganisatorischer Prägung, da er sehr wohl die Gefahren sieht, die auch eine ‚Formierte Gesellschaft' bedrohen". (These 5)

Merkmal 2: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft mit „gemeinwohlorientierten ‚befestigten' Gruppen". Erläuterung: Die ‚befestigten' Gruppen — also die Interessenverbände, wie ausdrücklich definiert wird, „die einen optimalen Status ihres Umfanges und ihrer Organisation sowie einen legalen Status erreicht haben, indem sie vom Staat anerkannt sind und ihre Rolle von der Gesellschaft akzeptiert ist — verfügen auf Grund ihres befestigten Charakters „über mehr oder weniger erhebliche Macht". Die Bildung bzw. Aufrechterhaltung einer Formierten Gesellschaft sei jedoch nicht möglich, solange diese befestigten Gruppen „... ihre Mitglieder in wirklich wichtigen Fragen nur oder doch vorrangig auf dieGruppenziele hin zu orientieren suchen und der Meinung sind, daß das Schicksal ihrer Mitglieder durch Wahrnehmung der Interessen der Gruppe entschieden werde ..." Erforderlich sei daher „die Begrenzung und Kontrolle dieser Macht, und zwar nach Möglichkeit (Sperrung d. Verf.) auf Grund der eigenen Einsicht dieser Gruppen." (These 6)

Merkmal 3: die Formierte Gesellschaft sei eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Erläuterung: Sie formiere sich „... aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein wachsender Abhängigkeit". Jedoch: „Der gegenwärtige Zustand unseres parlamentarisch-demokratischen Systems entspricht in mancher Hinsicht nicht den Anforderungen einer Formierten Gesellschaft. Das Parlament darf so wenig wie die Regierung oder die Ministerialbürokratie den organisierten Interessen unterworfen sein." ... „Daher und auch aus anderen Gründen ‚ist das Ziel der nächsten Jahre die Reform der deutschen Demokratie', die die Entwicklung unserer Gesellschaft auf das Leitbild der Formierten Gesellschaft hin fördern soll. Wichtigste Voraussetzung für diese Reform dürfte es sein, daß in den Parlamenten und in den Parlaments-

ausschüssen, aber auch an der Spitze der Ministerien Männer die Politik bestimmen, die Bundeskanzler Erhard treffend ‚Spezialisten für allgemeine Interessen' genannt hat ..." Zu dieser Reform gehöre des weiteren, „daß der Wähler ‚nicht als Interessent', sondern als ‚Staatsbürger', also mit gesamtpolitischem Blick entscheiden soll." (These 7)

Merkmal 4: Der Formierungsprozeß vollziehe sich auf der Basis einer bestimmten Wirtschaftsordnung, nämlich der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Wirtschaftsordnung habe, wie es in der Erläuterung heißt, außer ihrem Sozialzweck „einen überwirtschaftlichen Sinn", da sie unter anderem „die partikulären Interessen aller Art in übergeordnete politische Entscheidungen einordnen solle". (These 8)

Merkmal 5: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft „des dynamischen Gleichgewichts zwischen der Dynamik der Wirtschaft und der sozialen Sicherheit und Stabilität". Aus der Erläuterung: „In einer formierten Gesellschaft soll der einzelne Mensch seine private Initiative gerade auch in der Selbstvorsorge für die Wechselfälle des menschlichen Lebens wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit im Alter (Invalidität) usw. frei entfalten." Wer „ohne eigene Schuld" über keine ausreichende Versorgung verfügt, für den werde die Formierte Gesellschaft allerdings weiterhin eine „Soziale Bürgschaft" übernehmen. Auch künftig müßten die nötigen Mittel für die erforderlichen sozialen Leistungen bereitgestellt werden. „Das hat aber selbstverständlich seine Grenzen, und zwar vor allem an der Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft." Zwischen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und den Erfordernissen der Sozialpolitik müsse ein „Gleichgewicht" gefunden werden. Dieses Gleichgewicht könne aber kein statisches sein, da sich die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft fortwährend ändere. „Die Herstellung dieses Gleichgewichtes ist also eine sich immer wieder stellende Aufgabe, und daher hat dieses Gleichgewicht keinen statischen, sondern dynamischen Charakter." (These 9)

Merkmal 6: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft des „sozialen Ausgleichs". Erläuterung: Lenin sei in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" davon ausgegangen, daß die kapitalistische Wirtschaft einen sozialen Ausgleich, wenn überhaupt, dann nur solange herbeiführen könne, wie sie über Kolonialbesitz verfüge. Er erwartete folglich, daß der Verlust der Kolonien die kapitalistischen Staaten in die sozialistische Revolution treiben würde. Deutschland, das mit dem Ende des Ersten Weltkriegs als erster großer Industriestaat seine Kolonien verlor, bewies jedoch, daß der Streit um das Sozialprodukt nicht in einen Kampf aller gegen alle auszuarten braucht, die gesellschaftlichen Gruppen fanden solche Kompromisse, „daß die deutsche Gesellschaft über der Verteilung des Sozialprodukts nicht auseinanderbrach." Dieser Prozeß des sozialen Ausgleichs sei nach 1945 weitergegangen und habe angesichts der „im großen und ganzen vernünftigen Haltung der Beteiligten" zu einer positiv verlaufenden Entwicklung geführt. (These 10)

Merkmal 7: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft von „hochgradiger Interdependenz". Erläuterung: „Die industriellen Produktionsmittel erfordern bei ihrem Gebrauch die Zusammenarbeit einer mehr oder weniger großen Zahl von Menschen. Diese für die industrielle Betriebsform charakteristische Abhängigkeit dehnt sich auf die Gesamtgesellschaft aus. Diese wird wird somit zu einem Gesamtbetrieb; eine freie Gesellschaft wird gewissermaßen zum ‚Gesamtbetrieb ohne Unternehmer', eine unfreie zum Gesamtbetrieb mit Unternehmer, und zwar so, daß ein Führungskollektiv oder ein Diktator die unternehmerische Leitung an sich reißt." (These 11.)

Merkmal 8: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft „mit einem

ausgeprägten gesamtgesellschaftlichen Bewußtsein". Erläuterung: Gibt es ein solches Bewußtsein in einer Gesellschaft nicht oder ist es „zu schwach ausgebildet", so sei dies „in Krisenzeiten ein erhebliches Schwächemoment; im ungünstigsten Fall besteht sogar die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Gesellschaft". Das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein sei das „entscheidende einheitsstiftende Moment einer Gesellschaft". Es drücke sich „u. a. in der öffentlichen Meinung, in Gesetzen, Verordnungen und in politischen Handlungen" aus. Es sei bei den meisten Menschen für gewöhnlich nur schwach entwickelt. „Eine Gesellschaft braucht aber, um handlungsfähig sein zu können, allgemeinverbindliche Ziele, d. h. solche, die für alle Angehörigen dieser Gesellschaft gelten. Solange eine Gesellschaft gesund ist, erwarten oder fordern diese daher mehr oder weniger deutlich, daß ihnen ihre führenden Politiker bzw. die politischen Führungsgruppen gesamtgesellschaftliche Ziele zeigen und ihnen sagen, an welchem geschichtlichen Ort die Gesellschaft steht." (These 12)

III

Diese für die interne und halboffizielle Propagierung der Formierten Gesellschaft formelhaft zusammengefaßten und knapp erläuterten Merkmale sind bei den „geistigen Vätern" und auch in Erhards Reden und Interviews ausführlicher dargestellt. Erst unter Hinzunahme auch dieser detaillierteren Hinweise ergibt sich ein volles Bild, es bedarf daher zu jeder der hier referierten Thesen einiger ergänzender Bemerkungen. Sie sollen in der folgenden kritischen Beleuchtung der acht Merkmale nachgetragen werden. Dabei sei angemerkt, daß außer den Reden und Interviews Ludwig Erhards und den Unterlagen des Wirtschaftstages der CDU/CSU bewußt nur diejenigen Materialien zur Auswertung herangezogen wurden, die von den „Gesellschaftspolitischen Kommentaren" ausdrücklich als maßgeblich für die Entwicklung des Formierungsplanes genannt werden.

Merkmal 1 (Kooperation): Der Charakter der geforderten kooperativen Gesellschaft ergibt sich aus den weiteren Merkmalen. Hier sei deshalb nur auf einige der wichtigsten Aspekte im Vorgriff hingewiesen. 1. Der in der Forderung nach einer „integrierten" Gesellschaft enthaltene Widerruf der pluralistischen Demokratie erfolgt bewußt. Die in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik feststellbare Entfernung vom Pluralismus wird als ein positives Phänomen gewertet, in dem sich der „natürliche" Entwicklungstrend zur Formierten Gesellschaft hin zeige. Erhard über die augenblickliche Situation: „Mag diese Gesellschaft pluralistisch genannt werden, so ist sie es doch nicht mehr im Sinne der zwanziger Jahre. Sie ist vielmehr auf dem Wege zur Integration. In dieser Integration liegt die Zukunft unserer Demokratie"[6]). 2. Die Kooperation der gesellschaftlichen Gruppen soll nicht auf der Grundlage eines jeweils von ihnen selbst hergestellten pragmatischen Kompromisses erfolgen, sie soll aus der grundsätzlichen Anerkennung gemeinsamer Fernziele und eines entsprechenden politischen Prioritätenkataloges hervorgehen. 3. Daraus folgt, daß die Überwindung des weltanschaulichen Pluralismus ein zentraler Programmpunkt auf dem Wege in die Formierte Gesellschaft ist. Es geht dabei nicht nur um die Positionen der Gewerkschaften und anderer Auffassungen von unmittelbar sozialpolitischer Relevanz. Auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU wurde deutlich, wie die Angriffe auf die Gewerkschaften und Erhards Ausfälle gegen die Intellektuellen miteinander zusammenhängen und ein Stück Wegbereitung für die Formierte Gesellschaft sind[7]).

Merkmal 2 (gemeinwohlorientierte Gruppen): Das „Gemeinwohl", dem sich die Gruppen unterordnen sollen, ergibt sich nicht aus der Gesamtheit der gesellschaftlichen Interessen, was unter anderem zur Voraussetzung hätte, daß alle in der Bundesrepublik existierenden Gruppen in den For-

mierungsprozeß einbezogen und ihm unterworfen wären. Rüdiger Altmann stellt ausdrücklich fest, daß die Wirtschaft aus der Formierung ausgeklammert bleibt. „Die Dynamik der Wirtschaft, die Konzentration auf eine fortdauernde Erhöhung der Leistung und Nutzbarmachung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft darf nicht in die Formierung der Gruppen einbezogen, ihr nicht untergeordnet werden. Diese Tendenz liegt in der Vorstellung, eine umfassende Sozialpolitik solle die Wirtschaft in den Griff bekommen ... Die Strategie des sozialen Ausgleichs in der ‚Formierten Gesellschaft' muß gerade das vermeiden, muß gerade die Dynamik der Wirtschaft erhalten"[8]). Die Bindung der Gruppen an das „Gemeinwohl" erweist sich damit als Unterordnung unter die zur Erstarkung berufenen und aus dem Formierungsprozeß ausgeklammerten Gruppen. Die Androhung einer Begrenzung und Kontrolle des Einflusses der formierungspflichtigen Gesellschaftsgruppen ist in ihrer antigewerkschaftlichen Stoßrichtung eindeutig, die in diesem Zusammenhang stets abgegebene Versicherung, daß keineswegs die Gewerkschaften allein gemeint seien, sollte jedoch ebenfalls ernstgenommen werden. Auch für die Verbände der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft dürfte z. B. nach allem, was auf dem Düsseldorfer Wirtschaftstag zu hören war, der Formierungszwang gelten.

Die Bindung der ‚befestigten' Gruppen an das „Gemeinwohl" darf indes nicht nur im Sinn einer Drosselung ihres politischen Einflusses und der Zurückweisung ihrer Ansprüche an das Sozialprodukt verstanden werden. Die Formulierung, daß die Bildung der Formierten Gesellschaft nicht möglich sei, solange die ‚befestigten' Gruppen „... ihre Mitglieder in wirklich wichtigen Fragen nur oder doch vorrangig auf die Gruppenziele hin zu orientieren suchen", weist darauf hin, daß den integrierten, gemeinwohlorientierten Gruppen — die ja keineswegs aufgelöst werden sollen — nach Überführung in diesen Zustand wechselseitig kontrollierter Schutzhaft auch eine neue aktive Funktion zuwachsen solle: nämlich ihre eigenen Mitglieder statt auf die bisherigen Gruppenziele nun auf die gesamtgesellschaftlichen Ziele zu orientieren. Dies läßt sich nur vorstellen, wenn zuvor eine Funktionsumkehrung all dieser Gruppen stattgefunden hat: Die Gewerkschaften nicht mehr als Anwalt der sozialen Forderungen ihrer Mitglieder, sondern als gemeinwohlorientierter Verband zur Aufklärung der Mitglieder über die Unangemessenheit ihrer Forderungen; die Verbände der leistungsschwächeren Industriezweige oder der Landwirtschaft als Vereine zur Erläuterung des gesamtwirtschaftlichen Nutzens von Japan- und EWG-Importen[9]), die Presse nicht mehr als Kritiker, sondern Verkünder dessen, was der ‚Volkskanzler' als im Interesse des Gemeinwohls liegend dekretiert.

Merkmal 3 (freiheitlich-demokratisch): Schon die ersten beiden Merkmale lassen die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Demokratie erkennen. In einer Leistungsgemeinschaft, in der alle Kräfte zusammenwirken, können die politischen Parteien nicht streiten. Und die Parlamente würden hinter dem Bewußtsein der gesamten übrigen Gesellschaft hinterherhinken, wollten sie, da alles kooperiert, noch debattieren. Es kann auch kaum der Sinn einer Integration der Verbände sein, die Forderungen, die sie nicht mehr erheben können, an die Parteien und Parlamentsfraktionen übergehen zu lassen. Unter dem Stichwort „freiheitlich-demokratisch" werden denn folgerichtig nicht etwa die Inhalte, die sich mit diesen Begriffen verbinden, bestätigt, es wird die geplante „Reform" der Demokratie angedeutet. Erhard in Düsseldorf: „Eine solche Gesellschaft (nämlich die formierte) braucht „andere, modernere Techniken des Regierens und der politischen Willensbildung"[1]. Unland in seinem Kommentar: „Diese neue Gesellschaftsform fordert gebieterisch auch nach neuen Formen der staatlichen Herrschaft"[10]).

Hinter diesen Ankündigungen stehen — soweit bislang zu erkennen — folgende Projekte: Eine Parlamentsreform, eine Parteienreform, die Stärkung der Finanzgewalt des Bundes durch eine verfassungsändernde Finanzreform, die Überprüfung des Föderalismus.

Wenn es in unserer Gesellschaft keine Gruppen mehr gibt, die „einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen", wenn die gesamtgesellschaftliche Gesinnung eine kooperative ist, dann verliert das Parlament auf dem Wege in die Formierte Gesellschaft seinen Charakter als Arena gegensätzlicher politischer und gesellschaftlicher Interessen und das Prinzip der Majoritätsentscheidung eigentlich seine Grundlage. Denn dieses Prinzip hat ja nur unter der Voraussetzung unvereinbarer Ansichten Sinn, es ist nicht dazu da, vereinbare Meinungen von der faktischen Einigung abzuhalten, sondern dazu, trotz unvereinbarer Standpunkte Entscheidungen zu ermöglichen — und zugleich die Minorität vor dem Zwang zu bewahren, vor der Mehrheitsmeinung politisch und geistig kapitulieren zu müssen. Nun soll sich aber das Volk, wie Erhard in Düsseldorf sagte, „zu einer großen Willenseinheit zusammenschließen". Eine Willenseinheit entsteht nicht, indem Stimmen ausgezählt werden und die Minderheit bei ihrer ursprünglichen Meinung bleibt. Eine Einheit im Willen kann nur durch „Überzeugung", also durch Angleichung der Meinungen, zustandekommen — durch „Ausgleich". Erhard spricht von der Parlamentsreform häufig. Der bewußte Schritt in die Formierte Gesellschaft verlange eine „größere Autonomie unseres Parlamentarismus."[1] Unter ‚Autonomie' wird Unabhängigkeit vom Einfluß der „organisierten Interessen" verstanden. Deren Vertreter säßen nicht nur im Plenum, sondern vor allem in den Ausschüssen des Bundestages, was sich nachteilig für die gesamtpolitischen Aspekte bemerkbar mache, „denen das Parlament als Ganzes verpflichtet sein muß."[1] Hier ist bereits für die Gegenwart eine solche Bindung des Parlaments an übergreifende Gesamtinteressen politischer Art gefordert.

Die Kritik am Parlament läuft im Augenblick anscheinend nur auf die Forderung hinaus, die Arbeit der Bundestagsausschüsse zu entfachlichen, das heißt, die heute an ihr beteiligten Experten abzulösen durch „Spezialisten für allgemeine Interessen". Es ist jedoch interessant, daß sich Erhard in seiner Düsseldorfer Rede im Zusammenhang mit dem Thema ‚Reform der Demokratie' auf Eugen Gerstenmaier beruft („Wir wollen, um mit Eugen Gerstenmaier zu sprechen, mehr als ein Konsumverein sein"). Gerstenmaier hatte schon auf dem Kieler Parteitag des Jahres 1958 die Forderung nach einer Parlamentsreform zur Empörung des gewerkschaftlichen CDU-Flügels mit dem Hinweis begründet, daß sonst die Gefahr eines „Abgleitens in das Versorgungsdenken" bestünde. Sechs Jahre später, im Herbst 1964, stellte er in einem „Spiegel"-Interview allerdings klar, daß es ihm um mehr geht: „Wir müssen alle darüber nachdenken, ob man es sich bei einer völlig veränderten soziologischen Struktur noch leisten kann, ausgerechnet in der parlamentarischen Demokratie und ihrer Organisation so zu tun, als ob man noch in dem Gehrock der Jahre 1872—1880 herumliefe." Und, etwas weiter: „Man muß sich doch darüber klar sein, daß auch die Demokratie ihre Risiken hat." — Spiegel: „Auch die Freiheit ist ein Risiko." — Gerstenmaier: „Ich wage den Hinweis, daß Adolf Hitler durch den Stimmzettel an die Macht gekommen ist. Ich weiß, was die Zahl in der Demokratie bedeutet. Aber ich bin kein Zahlenfetischist, was in diesem Zusammenhang heißen soll, daß ich nicht der Meinung bin, daß die Mehrheit immer automatisch recht habe. Auch eine parlamentarische Mehrheit muß deshalb ein angemessenes selbstkritisches Bewußtsein haben. Wir haben ja gesehen, daß auch Völker mit Mehrheiten und Mehrheitsentscheidungen ins Unglück stürzen können."[11]

Das stimmt in der Tendenz mit dem Formierungsplan überein: Sicherung des

freiheitlichen Staates (zur Definition s. unten) durch dessen Abschirmung vor demokratischen Mehrheitsentscheidungen. Und dazu liegt für einen ersten politischen Teilbereich bereits ein konkreter Plan vor (s. unter 5).

Von der Parteienreform, wie sie sich aus der Idee der Formierten Gesellschaft zwingend ergibt, ist bislang nur in Andeutungen die Rede. Das Stichwort „modernere Techniken ... der politischen Willensbildung" greift die Parteien aber offenkundig mit ein. Ein weiterer Hinweis liegt darin, daß Erhard sagt, die Formierte Gesellschaft verlange neue Impulse „aus unseren politischen Parteien und dem Parlamentarismus selbst."[1] Das bedeutet zweifellos weniger eine Aufforderung, Anregungen zur Gestaltung der künftigen Ordnung beizusteuern, als ihrer Verwirklichung durch Schritte zur eigenen Um- und Neugestaltung voranzuhelfen. Für die CDU nimmt Erhard eine derartige Umwandlung schon in Anspruch: „Mehr denn je bedarf unsere Gesellschaft übergreifender politischer Willensträger und Willensentscheidungen. Insofern hat sich in diesem Wandlungsprozeß nicht der Charakter, wohl aber die Aufgabe der Union verändert."[1]

Diese neue Aufgabe, die bislang nur die CDU wahrnimmt, wächst in der Formierten Gesellschaft den anderen Parteien gleichermaßen zu. Der Zusammenschluß des Volkes zu einer „Willenseinheit" kann nicht allein von den Verbänden bewerkstelligt werden. Gemeinwohlorientierte, also auf ein- und denselben politischen Prioritätenkatalag eingeschworene Parteien sind notwendig, um in jeweils ihrem gesellschaftlichen Einflußbereich die Wähler von der Richtigkeit dessen, was der „Volkskanzler" als im Interesse des Gemeinwohls liegend betrachtet, zu überzeugen und damit den einheitlichen Volkswillen, den die Regierung bei ihren Entscheidungen schon jeweils voraussetzt, nachträglich tatsächlich herzustellen. Die Wahlen würden damit ebenfalls einen neuen Sinn erhalten. Sie würden sich, da alle Parteien das gleiche gemeinwohl-orientierte Lied singen, von politischen Richtungsentscheidungen in Prämiierungen der besten Vortragskunst wandeln, die Wahlkämpfe würden zum großen nationalen Sängerwettstreit, die Parlamente zu Chören, in die diejenigen aufsteigen, die das vom Volkskanzler ausgewählte Lied am publikumswirksamsten vorzutragen wissen. (Erhards Hinweis, daß der Prozeß der Formierung schon weiter vorangeschritten sei, als es vielen bewußt ist, sei an dieser Stelle in Erinnerung gerufen.) Wenn sich politische „Eliten" durch ein besonderes Verständnis für die Erfordernisse des „Gemeinwohls" auszeichnen (und es wäre leicht nachweisbar, daß Erhard die „Spezialisten für allgemeine Interessen" als „Elite" aufaßt), dann würde aus solchen Wahlen ein Parlament der Elite, d. h. ein im Sinne der formierten Gesellschaft kooperationsfähiges Parlament hervorgehen. Anders als auf dem Weg einer Umfunktionierung von Parlamenten und Parteien wäre die Verwirklichung der Erhard'schen Forderung, daß der Wähler in Zukunft „nicht als Interessent", sondern „als Staatsbürger" (These 7 erläutert: „also mit gesamtpolitischem Blick") seine Entscheidung treffen solle, wohl auch kaum denkbar.

In einer Gesellschaft, in der Parteien und Parlamente am Regierungswillen ausgerichtet sind, sind Interessendifferenzen zwischen Bund und Ländern zwar weit eher harmonisierbar, es ist dennoch nicht ausgeschlossen, daß die Durchsetzung des Gemeinwohls durch Kompetenzfragen in Gefahr gerät. Zwar fordert Erhard nicht die Aufhebung des Föderalismus — es heißt sogar, durch die Formierte Gesellschaft werde der Föderalismus nicht „zentralistisch überdeckt"[6] — wohl aber fordert Erhard: „Bund, Länder und Gemeinden müssen enger zusammenstehen und gemeinsam den Mut aufbringen, überwuchernden partiellen Wünschen die Zustimmung zu versagen."[1] Die Formierte Gesellschaft wäre schwer vorstellbar ohne eine Stärkung der Bundesgewalt, bei Erhard heißt es denn auch trotz aller Schutzerklärungen gegenüber den Ländern: „Das Grundgesetz hat den

Bund allzu stiefmütterlich behandelt. ... Eine Bundesreform wird sich aber nicht nur auf die Bundeskompetenzen stützen können, sondern sie muß dazu auf die vertrauens- und verständnisvolle Mitwirkung der Länder bauen können. Die Union erbittet vom deutschen Volk das Mandat, gemeinsam mit allen der Zukunft aufgeschlossenen Kräften gegen die hemmenden Gewichte des Verharrens und eines falschen Traditionalismus zeitgemäße Reformen durchsetzen zu können." [1] — Das Formierungsprinzip ist, wie sich zeigt, ein durchgängiges. Auch der Föderalismus soll nicht beseitigt werden, er soll in den Bundeswillen „integriert" werden.

Wenn Erhard trotz alledem von der Formierten Gesellschaft sagt: „Eine solche Gesellschaft ist nicht autoritär zu regieren; sie kann ihrem Wesen nach nur demokratisch sein" und die „Gesellschaftspolitischen Kommentare" die hier aufgeführten Maßnahmen unter dem Kennsatz summieren: „Die Formierte Gesellschaft ist eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft", so stellt das keinen Widerspruch dar, sondern erklärt sich aus dem Sprachgebrauch, der von den Verfassern des Formierungsplans konsequent durchgehalten wird. Demnach ist „freiheitlich" nichts anderes als ein Synonym für „privatwirtschaftlich organisiert", das Wort „demokratisch" hingegen wird durchgängig „im modernen" Sinne verwandt, d. h. die „Gehröcke des 19. Jahrhunderts" sind in ihm nicht mehr mitenthalten. Ein Leitartikler, Wolfgang Wagner vom „Trierischen Volksfreund", traf die Sache genau, als er am 10. 4. in Abwehr des Einwands, der Erhard-Plan passe „nicht in das Schema des Föderalismus und nicht in das Schema der parlamentarischen Demokratie" überlegen antwortete: „Der Einwand ist nicht eben stark. Denn es ist ja eben das Schema, das alt und reformbedürftig ist ..."

Die Entschlackung der Demokratie von all jenen Elementen, in denen sich der totgesagte gesellschaftliche Interessenpluralismus doch immer wieder spiegeln könnte, ist der Inhalt der ‚Reform der Demokratie'. Wir würden darin die Überführung der Gesellschaft in einen — sagen wir — parademokratischen Zustand sehen; Erhard nennt es „Modernisierung", Angleichung an die veränderten soziologischen und technologischen Bedingungen der zweiten Jahrhunderthälfte. Er plädiert demnach nicht für den Rückfall in die undemokratische Gesellschaftsordnung der Vergangenheit, er verlangt die Voranentwicklung in die nachdemokratische Gesellschaftsordnung der Zukunft.

Merkmal 4 (Soziale Marktwirtschaft): Eigentlich wird erst von hier aus der Charakter des gesamten Formierungsplanes erkennbar. Denn die Frage: in wessen Interesse soll denn die Gesellschaft zusammenrücken, wäre ja nicht zufriedenstellend beantwortet, wollte man auf die CDU oder die jeweilige Bundesregierung verweisen. Die CDU ist, wie sich schon zeigte, in den Formierungsprozeß vielfach miteinbezogen (CDU-Sozialausschüsse, Länderminister vom Schlage Meyers oder Altmaier), und der Bundeskanzler besitzt mit der Richtlinienkompetenz eine Vollmacht, die sich mit beliebigem Inhalt füllen läßt. Nach welchen allgemeinverbindlichen Kriterien die Entscheidungen auf den verschiedensten politischen Sektoren getroffen werden sollen, darüber gibt erst der Hinweis auf die Rolle der Wirtschaftsordnung die endgültig klärende Auskunft: Der „überwirtschaftliche Sinn", der der Sozialen Marktwirtschaft zugeschrieben wird, erfährt eine Charakterisierung, die mit der des Formierungsvorhabens identisch ist. Sie, die Soziale Marktwirtschaft, ist es, die die „partikularen Interessen aller Art in übergeordnete politische Entscheidungen einordnen sowie Aufbau und Bestand einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ermöglichen soll". Der Formierungsprozeß wird damit definierbar als die Vermarktwirtschaftlichung der Gesellschaft. Genau dies, die Verabsolutierung der Marktwirtschaft und ihrer Interessen zu dem für alle Bereiche der Politik geltenden obersten Maßstab wäre das innere Wesensmerkmal der Formierten Gesellschaft.

Die Verabsolutierung der Marktwirtschaft — das heißt aber nichts anderes als die Machtergreifung ihrer Interessenten. In der Forderung, alle gesellschaftlichen Belange den Interessen der Marktwirtschaft unterzuordnen, liegt der Anspruch, daß Staat und Gesellschaft der Manipulationsgewalt derer ausgeliefert werden, die heute das wirtschaftliche Geschehen bestimmn. Mit der Proklamation der Sozialen Marktwirtschaft zum Generalnenner der gesellschaftlichen Formierung wird in unpersönlich gehaltener Form die politische Vorherrschaft der tonangebenden, Erhards Wirtschaftspolitik tragenden Großindustrie ausgerufen.

Es ist hier bewußt von der Großindustrie und nicht allgemein von der Wirtschaft die Rede. Der Düsseldorfer Wirtschaftstag der CDU/CSU, der weniger im Zeichen des Wahlkampfes als der „Formierten Gesellschaft" stand, zeigte nämlich zweierlei. Daß sich zum einen die im Wirtschaftsrat der CDU vereinigten Konzern- und Bankkreise auf ihre Führungsrolle im Rahmen des Formierungsprozesses zielbewußt vorbereiten. „Der Unternehmer muß sich als Schlüsselgestalt der künftigen gesellschaftlichen Ordnung empfinden . . . ", die Unternehmen hätten die Aufgabe, zu „kraftvollen Zellen einer sich neu bildenden Gesellschaftsordnung zu werden . . .[12])", „Der Unternehmer, der die freie Gesellschaft verkörpert . . .[13])", daß dieser Anspruch aber zum anderen keineswegs für sämtliche Unternehmer erhoben wird. In die heftigen Angriffe gegen die „verantwortungslosen Interessengruppen" und die entsprechende Forderung nach „Redressierung des sozialen Übermuts, der sich auf allen Gebieten breit macht"[14]) waren z. B. die um staatliche Stützungsmaßnahmen bemühten kleineren Unternehmungen miteinbezogen. Nicht „die Wirtschaft" erhebt Anspruch auf den Staat; diejenigen Wirtschaftskreise, an deren Interessen die Erhardsche Wirtschaftspolitik ausgerichtet ist, drängen auf die Zusammenfassung der Gesellschaft unter ihren Ordnungsvorstellungen und auf die Anerkennung ihrer Interessen als den Interessen „des Ganzen".

Merkmal 5 (Dynamisches Gleichgewicht): Mit dem Prinzip der Vermarktwirtschaftlichung ist das Stichwort für die Sozialpolitik der Formierten Gesellschaft und die Art, in der die Gemeinschaftsaufgaben gelöst werden sollen, gegeben. Die Sozialpolitik soll mehr und mehr von den Prinzipien der „Notstandsgesellschaft", nämlich dem wohlfahrtsstaatlichen Prinzip, abkehren und grundsätzlich darauf angelegt sein, die Bevölkerung auf den Boden der „Freiheit" zu führen, d. h. sie aus der „Abhängigkeit" von staatlichen Sozialleistungen zu emanzipieren und sie zur „Selbstverantwortung" anzuhalten. Sozialleistungen, die es gestatten, den Zustand der Eigentumslosigkeit als annehmbar zu empfinden und deshalb dazu verleiten könnten, die Notwendigkeit der Eigenkapitalbildung durch Konsumverzicht nicht für dringlich zu halten, sind „Gestrüpp". Erhards wichtigste sozialpolitische Forderung läuft auf die Beseitigung dieses „Gestrüpps[15])" hinaus. Der entsprechenden Forderung nach wirksamer Hilfe bei der Eigenkapitalbildung gibt er allerdings wesentlich weniger präzise Ausdruck. Insgesamt soll sich die Sozialpolitik in den öffentlichen Bereich verlagern, soll immer weniger dem einzelnen gelten, dafür immer mehr gesamtgesellschaftliche Strukturpolitik werden. Das Problematische, das in einer solchen Umstellung für viele Bevölkerungsgruppen liegt, übersieht Erhard nicht. Doch die „einzelnen" sollen nur dann mit der „Solidarität" der Formierten Gesellschaft rechnen können, wenn sie „ohne eigene Schuld" über keine ausreichende Versorgung verfügen. Erhard prägt einen neuen Schuldbegriff (die Marktwirtschaft expandiert in die Moral) — nach welchem Maß in der Formierten Gesellschaft die schuldhafte von der unverschuldeten Eigentumslosigkeit unterschieden werden soll, ist noch nicht ersichtlich. Abgesehen davon aber sollen die insgesamt für die versorgungsbedürftigen Bevölkerungsteile aufgebrachten Mittel in ihrer Höhe konjunkturabhängig sein.

Die soziale Sicherheit soll je nach der „Leistungsfähigkeit der Wirtschaft" — das heißt aber: je nachdem, wie die Wirtschaft ihr eigenes Leistungsvermögen beurteilt — variierbar sein.

Nach dem gleichen Prinzip sollen die großen Gemeinschaftsaufgaben behandelt werden. Erhard bezeichnet ihre Bewältigung als „nationale Lebensfrage". Aber andererseits stehen vor den nationalen Lebensfragen noch immer die Interessen der Industrie. Auch die Gemeinschaftsaufgaben sollen deshalb nicht nach der aus der Sache hervorgehenden Dringlichkeit und gemäß des von den je Sachkundigen für nötig Gehaltenen gelöst werden, sondern unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten und nach Maßgabe dessen, was die Wirtschaft für jeweils möglich hält. Das Deutsche Gemeinschaftswerk ist ein Musterbeispiel dafür, was unter dem beweglichen Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Stabilität zu verstehen ist und wie stark gerade mit dieser sozialpolitischen Variabilität die politische Formierung vorangetrieben werden soll.

Für die Leitung des Deutschen Gemeinschaftswerkes, das nach seiner Errichtung die einzig zuständige Instanz für die Subventionierung von Gemeinschaftsaufgaben sein soll, wird eine absolute Autonomie beansprucht. Das Gemeinschaftswerk soll in seinen Entscheidungen von keinem Parlament abhängig und auch jedem nachträglichen parlamentarischen Kontrollanspruch entzogen sein. Der Fond, in den Bund und Länder einen Teil ihrer Steuermehreinnahmen abführen sollen, wird von Erhard zutreffend als „parafiskalisches Gebilde" bezeichnet, seine gesetzliche Verwirklichung würde also in erster Linie einen bedeutenden Schritt zur „Reform der Demokratie" darstellen, nämlich die Entmündigung der Parlamente auf einem der wichtigsten Bereiche der heutigen Innenpolitik. Das Leitungsgremium des Gemeinschaftswerks, dem anstelle der Volksvertretungen die Verantwortung für die Gemeinschaftsaufgaben anvertraut wäre, soll aber auch nicht, wie es die gemeinsame Finanzierung aus Bundes- und Ländermitteln erwarten ließe, annähernd gleichgewichtig aus Länder- und Bundesvertretern zusammengesetzt sein; während der Mitarbeiterstab des Gemeinschaftswerkes aus „Wirtschaftsfachleuten" bestehen soll, die eine dynamische Denkart mitbringen müßten[16]), sollen nach Unland im eigentlichen Leitungsgremium zwar „alle wirtschaftlich relevanten Bundesministerien" sowie „ein oder mehrere Mitglieder des Bundesbankpräsidiums" vertreten sein, die Länder jedoch nur „etwa in der Form, daß neben den zuständigen Bundesministern auch die Vorsitzenden der korrespondierenden Ausschüsse des Bundesrates der Leitung ... angehören[10])." Aus dieser von allen öffentlichen Interventionsmöglichkeiten abgesicherten Position heraus soll das Gemeinschaftswerk mit den Geldern des Fonds eine konjunkturstabilisierende, antizyklische Haushaltspolitik betreiben. Für Zeitpunkt, Dauer und Umfang der Subventionierung eines Projekts sollen nicht die Bedürfnisse im sozialen Bereich selbst, sondern die Erfordernisse des Konjunkturausgleichs maßgebend sein. Unland: „In Phasen der Konjunkturüberhitzung müßten geplante Investitionsprojekte vertagt werden." Damit ist die Einhaltung des Versprechens, das Ludwig Erhard vor dem Industrie- und Handelstag abgab („Es darf auf keinen Fall dahin kommen, daß auf diese Weise die staatlichen Ausgaben in einer für den Wirtschaftsprozeß schädlichen Weise gesteigert oder übersteigert werden."), institutionell sichergestellt: die Subventionierung der Gemeinschaftsaufgaben erfolgt nur in dem Maß und dem Rhythmus, in dem es die Wirtschaft als im Interesse ihrer Dynamik liegend empfindet. Daß die Mittel, die dem Gemeinschaftswerk insgesamt zur Verfügung stehen werden, nicht einmal ausreichen, auch nur einen einzigen der fünf großen sozialen Notstandsbereiche halbwegs zu sanieren, ist im übrigen ein Einwand, der an der politischen Funktion des Ge-

meinschaftswerkes vorbeigeht. Erhard bezeichnet es als ein Instrument zur Beschleunigung des Formierungsprozesses[17]). Es ist demnach nicht dazu da, die Mißstände im öffentlich-sozialen Bereich zu beseitigen, seine Funktion ist es, den „sozialen Ausgleich" herzustellen.

Merkmal 6 (sozialer Ausgleich): Die Erläuterung, die diesem Begriff gewidmet ist, wirkt auf den ersten Blick etwas rätselhaft. Zumal es bei Erhard an entsprechenden Stellen heißt, die Politik des sozialen Ausgleichs hätte in den Weimarer Jahren schon stattgefunden, auch die Ansätze zur Formierten Gesellschaft seien schon erkennbar gewesen, nur der Weltwirtschaftskrise von 1929 hätte dies alles, da noch zu jung und zu wenig entwickelt, nicht standgehalten. Verblüfft schon die Auffassung, daß im Jahr 1933 offenbar kein Auseinanderbrechen der deutschen Gesellschaft stattfand, so bereitet es erst recht Kopfzerbrechen, innerhalb des Zeitabschnitts 1918—1929 jenen „sozialen Ausgleich" zu entdecken, der angeblich erst 1929 zusammenbrach und vorher recht weit gediehen gewesen sei. Alle Rätsel dieser Art lösen sich indessen sehr rasch, denn es findet sich in Erhards Reden und Interviews fast kein einziger Satz, der nicht bei einem der „geistigen Väter" vorformuliert und erläutert wäre.

Danach hat „sozialer Ausgleich" nicht das geringste mit sozialer Gerechtigkeit und einer annähernd gleichgewichtigen Verteilung des vorhandenen Sozialprodukts zu tun. Erhard: „Ausgleich bedeutet nicht irgend einen faden Kompromiß."[18]) Was heißt „Ausgleich" dann? — Der Hinweis auf Lenins Prophezeiung, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung nach dem Verlust der Kolonien an ihrer mangelnden Bereitschaft, das Sozialprodukt mit den anderen Gruppen genügend zu teilen, zerbrechen werde, gibt die Antwort. Eine Gesellschaft, in der das Sozialprodukt soweit umverteilt ist, daß die soziale Revolution ausbleibt und die kapitalistische Wirtschaftsordnung (= das „Ganze") verläßlich außer Gefahr ist — das ist eine „sozial ausgeglichene" Gesellschaft.

Die Theoretiker der Formierten Gesellschaft unterscheiden zwischen primären und sekundären Klassengegensätzen. Bei ersteren, kennzeichnend für die erste Phase der modernen Industriegesellschaft, ist der Gegenstand der Auseinandersetzung die Wirtschaftsordnung selbst. In der zweiten Phase, der pluralistischen Verbandsgesellschaft, haben alle Gruppen diese Wirtschaftsordnung bereits anerkannt, sie sind (Altmann) um die „Umverteilung des Sozialprodukts" herumgruppiert und kämpfen nur noch um die Höhe ihres Anteils. Die soziale Revolution ist damit vorerst verhindert, die maximale Entfaltung der wirtschaftlichen Dynamik aber noch nicht gesichert. Denn die Wirtschaft steht auf Grund des Kampfes der Gruppen um einen weitergehenden Anteil am Sozialprodukt unter der fortwährenden Pression, daß die Gesellschaft bei ungenügenden Zugeständnissen auch wieder in die erste Phase zurückfallen könne. Man ist also auch in der zweiten Phase genötigt, zum Zwecke der Revolutionsverhinderung Zugeständnisse an die Gesellschaft zu machen, die der eigenen Entfaltung abträglich sind. Die Gesellschaft hat sich in dieser zweiten Phase zwar mit dem Modell der Wirtschaftsordnung, aber noch nicht mit den dynamischen Expansionsinteressen der Wirtschaft ausgeglichen, sie kämpft mit ihrer Forderung nach höheren Anteilen im Grunde um die Demokratisierung der Wirtschaft. Ihr Ausgleich auch mit deren Entfaltungsinteressen ist erst in der dritten Phase, in der „Formierten Gesellschaft" möglich. Erst sie ist deshalb eine sozial „ausgeglichene" Gesellschaft.

Erhard plädiert gerade aus diesem Grund vor dem Unternehmerpublikum des Industrie- und Handelstages in auffallendem Gegensatz zu seinen sonstigen Appellen für ein größeres Verständnis gegenüber den sozialen Belangen. Der Vergleich mit einem modernen Betrieb — s. Merkmal 7 — drängt sich schon hier auf. Für den Düsseldorfer Wirtschaftstag und dessen Thesen zur innerbetrieblichen

Ordnung war kennzeichnend, daß alle Mitbestimmungsforderungen aufs schärfste zurückgewiesen wurden (das Funktionieren des Betriebes sei nur möglich, wenn jeder die „besondere Funktion" des anderen anerkenne und unter dieser Voraussetzung zur Kooperation bereit sei), daß zugleich aber die wachsende Verantwortung des Unternehmers für das soziale Klima innerhalb seines Betriebs betont wurde. Der „soziale Ausgleich" innerhalb des Betriebes wie der Gesamtgesellschaft soll auf der Linie eines erweiterten Verständnisses der Existenzvoraussetzungen moderner Privatwirtschaft erfolgen. So wie jeder Unternehmer weiß, daß er heute in seinem Betrieb andere soziale Bedingungen schaffen muß als etwa zur Zeit der Jahrhundertwende, wenn der Betrieb von sozialen Störungserscheinungen freibleiben soll, so sehen sich auch die Konzerne auf dem Wege in die Formierte Gesellschaft durchaus gehalten, um die sozialen Voraussetzungen eines reibungslos unter ihrer Führung kooperierenden Nationalbetriebes bemüht zu sein. Sie bieten der Gesellschaft an, für soviel Sozialklima im Staat zu sorgen, wie es vom Gesichtspunkt der maximalen Erreichung des Betriebszweckes her nötig ist, und sie erwarten von der Gesellschaft dafür, daß sie sich damit dann aber auch zufrieden gibt. Eine Gesellschaft, die diese Verfahrensweise grundsätzlich akzeptiert, die es selbst als „natürlich" empfindet, daß der Grad der Berücksichtigung ihrer Interessen von den Rentabilitätsberechnungen der maß-gebenden Industrie abhängt, ist „sozial ausgeglichen".

Am aufhellendsten für die Motive, aus denen heraus der gesamte Formierungsplan vorgelegt wird, sind aber wohl doch die historischen Kommentierungen, die die These von den schon in der Weimarer Zeit vorhandenen Formierungsansätzen erfährt. Aus ihnen wird deutlich, wie die Inspiratoren und Interessenten des heutigen Formierungsplans „den geschichtlichen Ort, an dem die Gesellschaft steht", beurteilen.

Altmann erläutert, die Formierungsentwicklung, die in den Weimarer Jahren begann, „hätte ohne die nationalsozialistische Periode kaum so schnell die Ergebnisse gebracht, die wir heute vorfinden."[8]) Dies wird folgendermaßen interpretiert: In der Weimarer Republik sei mit der Umverteilung des Sozialproduktes begonnen worden, es sei ein schwieriger, von Krisen materieller und geistiger Art begleiteter Prozeß gewesen, der jedoch voranführte. In der Weltwirtschaftskrise brach dieser „Formierungsprozeß" dann zusammen. Jetzt wörtlich: „Immerhin ist an einigen Symptomen feststellbar, wie weit er schon fortgeschritten war, wie stark die Gruppen schon formiert, wie abhängig sie bereits von der Legalität waren; Hitler hätte 1933 nie die Macht erobern können, wenn nicht bis in die Reihen der Arbeiterschaft hinein der Gedanke verbreitet gewesen wäre, die Zeit der großen sozialen Kämpfe sei vorbei. Hitler hätte auch nie mit dieser Perfektion einen totalen Staat errichten können, wenn die Gleichschaltung der Gruppen, von den Gewerkschaften bis zu den Sportverbänden, nicht durch ihre im Werden begriffene Formierung vorbereitet gewesen wäre ... Ohne diesen Prozeß der Erstarrung wäre das faschistische Experiment nicht möglich gewesen. Umgekehrt aber ist auch der weitere Formierungsprozeß unserer Gesellschaft nach 1945 nicht vorstellbar ohne das geschichtliche Ereignis des Nationalsozialismus: Im Widerstand gegen ihn wurden die politischen Gegensätze zwischen den Konfessionen ausgetrocknet; auch die Neuordnung der Gewerkschaften ist ohne Hitler undenkbar. Schließlich hat sich aus der sozialen und wirtschaftlichen Not nach dem Zusammenbruch dieser Formierungsprozeß weiter verdichtet. In diesem Sinne ist es notwendig, sich der Tatsache bewußt zu werden, daß wir in einer ‚n a c h - faschistischen Gesellschaft' leben."[8])

Das Geschichtsbild, das hinter dem Projekt der Formierten Gesellschaft steht, wird deutlicher: Nicht 1933 geriet der „soziale Ausgleich" aus den Fugen, er zer-

brach 1929, zu diesem Zeitpunkt war „das Ganze" gefährdet und das Jahr 1933 stellte nach Erhard[18]) nur eine „explosive" Reaktion auf die — übrigens wiederum gesamteuropäisch gesehene — Krise dar. Nach der explosionsartigen Wiederherstellung des sozialen Ausgleichs konnte der Formierungsprozeß in Deutschland weitergehen. Bald führte er auch zu außenpolitischen Erfolgen (Erhard spricht z. B. von den außenpolitischen Erfolgen des Nationalsozialismus „in den Jahren bis 1939", Wortlaut des Zitats s. im Kommentar zu Merkmal 7). In Gefahr geriet der dynamisch voranschreitende Formierungsprozeß erst wieder in den Jahren 1945—1948. Denn da trugen die Besatzungsmächte Prinzipien in die deutsche Gesellschaft, die sie eigentlich schon überwunden hatte, wurden desintegrierende Tendenzen wiederbelebt, erhielten längst ins System des Gemeinnutzes eingegliederte Gruppen wieder Autonomie und neues Selbstbewußtsein, wurde kurz — wie es Prof. Goetz Briefs ausdrückt — die „Demokratie restauriert".

Die aus den Wirren dieser Jahre verbliebenen Rudimente formierter Ordnung ab 1948 vor dem endgültigen Zerfall bewahrt, sie zu neuem Leben stimuliert und auf neuartigen Wegen weiterentwickelt zu haben, gilt als das Verdienst der Sozialen Marktwirtschaft. Heute seien in der Gesellschaft allenthalben schon wieder so viele gesunde Zellen formierter Ordnung zu erkennen, daß es Zeit wird, die gesamte Gesellschaft auf das in diesen Mikrokosmen vorgeprägte Ordnungsbild auszurichten und damit den gesellschaftspolitischen Ausgleich in der Bundesrepublik herzustellen. Sollen die über die Besatzungsjahre hinübergeretteten Ordnungsformen, die bislang nur in den von der Marktwirtschaft besonders geförderten Zellen genügend verankert und weiterentwickelt sind, bei ihrer Ausdehnung auf die Gesamtgesellschaft nicht desintegrierenden Zank auslösen, dann muß es die Gesellschaft lernen, die Nützlichkeit dieser Prinzipien an sich zu erkennen und sie von dem „Mißbrauch", den die Nationalsozialisten mit ihnen trieben, zu trennen. Das setzt allerdings voraus, daß die nationalsozialistische Zeit nicht völlig aus dem Bewußtsein verdrängt und tabuisiert wird. Eine Gesellschaft, die durch den Nachweis der faschistischen Wurzeln ihrer formierten Ordnung irritiert werden könnte, wäre innerlich nicht gefestigt. Sie muß solchen Nachweisen begegnen können. Deshalb ist es erforderlich, daß die Phase, in der wir leben, als eine ‚nachfaschistische' bewußt bleibt.

Am Vorabend des 8. Mai 1965 fiel die Presse der Bundesrepublik kollektiv einem Mißverständnis zum Opfer. Sie berichtete, daß Ludwig Erhard in einer Rede vor der Vollversammlung des Industrie- und Handelstages[18]) alle Versuche verurteilt hätte, die Zeit des Dritten Reiches einfach aus dem Gedächtnis zu streichen. Er hatte sich wirklich gegen diesen Hang zur nationalen Vergeßlichkeit, der durch Rufe wie „20 Jahre sind genug" nur gefördert werde, scharf ausgesprochen. Aber nicht — wie die Presse vermutete —, weil es diese Zeit politisch und geistig restlos zu überwinden gelte, sondern weil aus ihr Ordnungselemente, Bausteine einer formierten Gesellschaft, auf uns überkommen sind, die bei aller Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie und der Person Adolf Hitlers gepflegt und entwickelt werden müßten.

Diese Strukturrudimente des faschistischen Ordnungsbildes haben sich innerhalb der Nachkriegsgesellschaft unterschiedlich stark halten lassen. In den öffentlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ging der Demokratisierungsprozeß, so unbefriedigend er auch im allgemeinen blieb, institutionell und politisch wesentlich weiter als in bestimmten geschlossenen Gesellschaftszellen: den Betrieben. Hier wurde dem Einzug des Demokratisierungsprozesses durch das Betriebsverfassungsgesetz frühzeitig ein Riegel vorgeschoben. Unter dem Schutz dieses Gesetzes konnten in den Betrieben die patriarchalischen, auf dem koopera-

tiven Prinzip und einer Arbeitsfront-Mentalität beruhenden Ordnungsstrukturen überwintern.

Mit dem ‚Weg in die Formierte Gesellschaft' wird die Ausdehnung der heutigen, vom Betriebsverfassungsgesetz gekennzeichneten innerbetrieblichen Ordnung auf die Gesamtgesellschaft gefordert.

Merkmal 7 (hochgradige Interdependenz): In der Formierten Gesellschaft, einer Gesellschaft von „hochgradiger Interdependenz", dehne sich die „für die industrielle Betriebsform charakteristische Abhängigkeit ... auf die Gesamtgesellschaft aus. Diese wird somit zu einem Gesamtbetrieb ...". Prof. Voegelin: „Durch die Interdependenz wird die Industriegesellschaft in immer steigendem Maße zu einem Gesamtbetrieb, der als gesamter nur funktionieren kann, wenn seine Teilbetriebe kooperativ funktionieren. Störungen in Teilbetrieben führen zu Störungen des gesamtgesellschaftlichen Betriebs."[19]

Welche „Teilstörungen" sind denkbar? Voegelin erörtert die „Spannungsproblematik im Gesamtbetrieb". Da sei zunächst die Ansicht der Arbeiterschaft, daß ihr Produktivitätssteigerungen unmittelbar zugute kommen müßten. Darüber hinaus dann aber auch das gesamte „Klischee" von der „sozialen Frage", das aus dem 19. Jahrhundert stamme und von diesen Anfängen her seine „Assoziation mit berechtigten Ansprüchen der Arbeiter und ihrer Befriedigung behalten" habe, „auch wenn die faktisch erhobenen Ansprüche wirtschaftsrational und ethisch nicht mehr zu rechtfertigen sind". Voegelin erläutert am Beispiel Kennedys, wie man den Gesamtbetrieb zu Schaden bringen könne. Kennedy und seine Mitarbeiter hätten, als die Stahlindustriellen eine durch Regierungseingriff erzwungene Lohnerhöhung anschließend durch Preissteigerungen ausgleichen wollten, in einem „emotionalen Ausbruch" die Staatsgewalt gegen die Unternehmer eingesetzt und die Rücknahme der Preiserhöhungen erzwungen. Die anschließende „wissenschaftliche Diskussion" über diesen Schritt hätte aber nur zum Ergebnis gehabt, daß noch mehr als zuvor die „Politik unter dem überholten Unternehmer/Arbeiter-Klischee" als eine „empfindliche Störung des Gesamtbetriebes durch eine unvernünftig renitente Minorität, und damit als eine Verletzung demokratischer Grundsätze, verstanden wird". Das Fazit aus diesem Vorgang sei: „Die Stimmen mehren sich, die Gesetzgebungsakte gegen die Arbeiterschaft ... für unvermeidlich halten, wenn die Leute durch ihre Unvernunft die Rationalität des Gesamtprozesses gefährden."

Der Gesamtbetrieb der modernen Industriegesellschaft kann nach Voegelin ohne einen Gesamtunternehmer funktionieren, wenn sich alle Gruppen so verhalten, daß der Betriebszweck ebenfalls erreicht wird. Dann sei die Leitung des Gesellschaftsbetriebes auch durch eine „Diffusion der Unternehmerfunktion auf die Unterbetriebe" möglich, das heißt, wenn „außer den Unternehmern im alten Sinne auch die Gewerkschaften, Verbände aller Art, Landwirtschaftsorganisationen, die Presse und nicht zuletzt die Regierung und die öffentliche Verwaltung" eine so disziplinierte Kooperation üben, daß es zu keinen Betriebsstörungen kommt, ist der Gesamtunternehmer entbehrlich. Das Funktionieren dieser „kooperativen Disziplin" nennt Voegelin den „demokratischen Prozeß". Soweit sich also all die genannten Gruppen der Gesellschaft in die Interessen der führenden Konzerne hineinversetzen, sich mit ihnen solidarisieren und entsprechend handeln, ist die moderne Industriegesellschaft als Betrieb ohne Unternehmer denkbar, all diese Gruppen sind dann Subunternehmer, die den Betriebszweck ebenso im kooperativen Zusammenwirken zu erzielen vermögen. Eine Gesellschaft, die ohne einen „Gesamtunternehmer" so funktioniert, als hätte sie einen, ist eine formierte Gesellschaft, und da die kooperative Disziplin laut Voegelin der „demokratische Prozeß" ist, ist sie in diesem Sinn eine demokratische.

Und nun nimmt die ganze Theorie von der „Formierten Gesellschaft" eine Wendung ins Erpresserische und in die offene Drohung. Voegelin denkt darüber nach, was in dem Falle geschieht, daß dieser „demokratische Prozeß" nicht funktioniert. Was also, wenn sich die Gewerkschaften der geforderten Umwandlung ins Subunternehmertum nicht unterziehen wollen, die geforderte Disziplin verweigern? Wenn Erhards Formierungsplan mißlingt?

Voegelins Antwort: „Damit eine freie Gesellschaft als Gesamtbetrieb ohne Gesamtunternehmer funktionieren kann, bedarf es der demokratischen Verfahren von Konferenzen, Besprechungen, Auseinandersetzungen, Verhandlungen und Übereinkommen unter den Teilunternehmern des Gesamtbetriebes. Wenn der demokratische Prozeß unter den Teilunternehmern nicht zu Lösungen der ständig anfallenden Probleme führt, so daß das Gesamtunternehmen stagniert und die wirtschaftliche Existenz der Gesellschaftsmitglieder, etwa durch steigende Arbeitslosigkeit, ernsthaft gefährdet ist, dann bleibt als Alternative nur die Einsetzung eines Unternehmers für den Gesamtbetrieb — und das heißt der Übergang von der politischen Demokratie zu irgendeiner Form autokratischen oder totalitären Regimes. Das Funktionieren des demokratischen Prozesses ist die Voraussetzung dafür, daß die Industriegesellschaft als freie Gesellschaft weiterbestehen kann."

1929 funktionierte der demokratische Prozeß nicht mehr, es blieb also nur der Ruf nach dem starken Mann. Man holte ihn. Heute stellt die Großindustrie die demokratische Öffentlichkeit vor die Wahl, entweder die ‚Formierte Gesellschaft' freiwillig herzustellen oder abermals mit der Alternative zu rechnen, mit der Ermächtigung eines Gesamtunternehmers, der die Formierung zwangsweise vornimmt. Für die Einsetzung des letzteren liegen die technischen Hilfsinstrumente — die Notstandsgesetze — schon bereit. Die Konzerne geben dem deutschen Volk indessen noch eine Chance: Sie erklären ihm, es könne sich auch von selbst, aus „Einsicht", so verhalten, als sei der Notstandsstaat ausgerufen und ein Diktator an der Macht. Es läge am Volk selbst, an den Gewerkschaften, den Verbänden, den sozialen Gruppen, ob sie genötigt seien, einen Diktator zu rufen oder nicht.

Das Geschichtsbild, das Erhard vor dem Industrie- und Handelstag entwickelte (es wäre eine gesonderte Darstellung wert, kann hier jedoch nicht systematisch behandelt werden[20])), erfährt von diesem Punkt aus eine außenpolitische Vertiefung, die den Anspruch, die ‚Formierte Gesellschaft' müsse zum Vorbild auch aller anderen westlichen Industrienationen werden, noch deutlicher beleuchtet. Der Gesamtunternehmer wurde im Jahre 1929 gerufen, weil durch die Unterbrechung des Formierungsprozesses die „höheren Ziele" der Großindustrie, der außenpolitische Betriebszweck, gefährdet waren. Erhard in Düsseldorf: „In der Außenpolitik der Weimarer Zeit spiegelte sich die innere Schwäche und Zerrissenheit der Demokratie."[1]) Erhard in Hamburg, in Abwehr der Bestrebungen, die Hitler-Zeit zu vergessen: „Wir sollten den Nieder- und Untergang der Weimarer Demokratie und ihre Ablösung durch einen totalitären Staat nüchtern und realistisch betrachten." „Die Kräfte, die der Nationalismus entfaltete" seien explosive Energien und „Ausdruck" der Krise gewesen. „... auch die Erfolge seiner Außenpolitik in den Jahren bis 1939 wären nicht zu verstehen ohne die Tatsache, daß den europäischen Mächten eine konstruktive Politik bis dahin nicht gelungen war."[18]) Das nationalsozialistische Deutschland — nichts anderes kann das bedeuten — war in den Jahren bis 39 den anderen europäischen Mächten außenpolitisch deshalb überlegen, weil es formierter war als das übrige Westeuropa bis zum heutigen Tag. Der Satz, daß Einigkeit stark mache, bestätigte sich in seiner Außenpolitik. Alle Bemerkungen Erhards darüber, daß die Bundesrepublik heute das gesellschaftlich „weitentwickeltste" Land sei, münden in die

Theorie von den drei Phasen der nichtkommunistischen Industriegesellschaft und stellen einen Appell an die anderen Nationen dar, die Voraussetzungen für eine starke Außenpolitik und eine erfolgreiche antiöstliche Globalstrategie durch einen ähnlichen Übergang in die Phase der innergesellschaftlichen Formierung zu schaffen. Nur weil die Mehrzahl der westlichen Staaten noch immer im Stadium der zweiten Phase der Industriegesellschaft verharre, an Pluralismus und Parlamentarismus im alten Sinn festhalte, sei sie nicht stark und nicht leistungsfähig genug, um im Weltmaßstab die Überlegenheit über den Osten herzustellen. Aus dem mangelnden „Mut", die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die maximale Leistungsfähigkeit herzustellen, folge ihre außenpolitische Kleinmütigkeit, ihre Neigung zu Koexistenzerwägungen und hinsichtlich Europas zur Hinnahme oder gar offiziellen Anerkennung des status quo. Der Osten, der zur Macht gelangte Klassenkampfgegner der ersten Phase, könne nicht aus dem Stadium der zweiten Gesellschaftsphase heraus überwunden werden. Denn diese Phase ist ja gekennzeichnet durch einen Kompromiß mit den Gegenkräften des eigenen Landes, sie ist eigentlich eine Phase der institutionalisierten Schwäche, die die kapitalistische Wirtschaft auf Grund des Zwanges zu „faden Kompromissen" nicht zur Entfaltung der Höchstleistung kommen läßt. Zumal die systemcharakteristischen Kompromisse dieser zweiten Phase eine offensive Tendenz in Richtung der Kapitalinteressen haben, in zunehmendem Maß deren Beschneidung erstreben.

Prof. Goetz Briefs beurteilt die Aussichten derjenigen Länder, die sich vom Zustand der zweiten Phase nicht trennen wollen, außerordentlich pessimistisch: „Wie die Umstände heute liegen, werden die Würfel gegen den Unternehmer rollen, am meisten wohl in England und in den Vereinigten Staaten, aber in gewissem, wechselndem Umfang wohl überall."[21]) Professor Voegelin sinnt hingegen darüber nach, wie weit es theoretisch überhaupt denkbar ist, daß sich eine Gesellschaft länger als für eine Übergangszeit in der zweiten Phase aufhält. Das einzige Land, bei dem er dies unter Umständen — aber mit spürbaren Zweifeln — für möglich hält, sind die USA. „In Amerika ist das Experiment einer Industriegesellschaft in freier politischer Form bisher geglückt. Und da die amerikanische die größte Industriegesellschaft ist, wird in Amerika die Entscheidung darüber fallen, ob eine Gesellschaft auf industrieller Wirtschaftsbasis auf längere Sicht als f r e i e organisiert werden kann."[19]) Für die Bundesrepublik sieht er hingegen von vornherein keine Voraussetzungen einer solchen Entwicklungsmöglichkeit. In den USA sei von Anfang an das, was bei ihm durchgängig mit „Demokratie" gemeint ist (nämlich die Anerkennung der Kapitalinteressen durch die übrigen gesellschaftlichen Gruppen) so stark gewesen, daß die so verstandene Demokratie „die Industriegesellschaft ihren Bedingungen unterordnen konte — bisher mit Erfolg. Diese gesicherte Basis, von der man operieren kann, um die Industriegesellschaft als freie Gesellschaft zu etablieren, haben wir in Deutschland jedoch nicht, und zwar aus geschichtlichen Gründen. Wo immer aber die traditionsmächtige Basis der Demokratie als Hintergrund fehlt, bringt das Wachstum der Industriegesellschaft die Gefährdung der Freiheit durch ideologische Massenbewegungen, durch diktatorische, autokratische oder technokratische Organisationsformen, durch Verbandsherrschaft usw. mit sich".

Das Wachstum der Industriegesellschaft drängt also nach dieser Lehre überall in der Welt von selbst — vielleicht abgesehen von dem Ausnahmefall USA — aus der Demokratie heraus. Die Frage, die bei solcher Sicht übrigbleibt, ist dann in der Tat nur noch die, w e r sich zum Herrn der Gesellschaft aufschwingt. Die Industriekonzerne der Bundesrepublik haben beschlossen, daß sie das sein werden. D a ß die Gesellschaft in einen disziplinierten Gesamtbetrieb umgewandelt werden soll, steht für sie nicht mehr in Frage. Wer ihn leiten soll, auch nicht.

Auf welche Weise, unter Anwendung welcher Formierungswerkzeuge er praktisch zustande kommen wird — das ist die einzig offene, der Gesellschaft nämlich selbst überlassene Frage. Das von Erhard vorgetragene Formierungskonzept ist ein Angebot, alles „freiwillig" und auf „gütlichem Weg" zu vollziehen. Für den Fall der Widerspenstigkeit liegen gröbere Formierungsinstrumente in Gestalt der Notstandsgesetze jedoch griffbereit.

Der Formierungsprozeß soll sich in einer Zeit vollziehen, da das innenpolitische Klima nach dem Willen der CDU zugleich durch den Tatbestand verabschiedeter Notstandsgesetze geprägt wäre. Es wird wohl kaum zu bezweifeln sein, daß schon von den bereits verabschiedeten einfachen Notstandsgesetzen, erst recht aber von den geplanten verfassungsändernden Gesetzen erhebliche, und zwar ebenfalls „formierende", innenpolitische Wirkungen zu erwarten sind. Man wird die psychologischen und politischen Wirkungen dieser beiden Projekte zusammensehen müssen, um das politische Klima im „Gesamtbetrieb" der Formierten Gesellschaft vorausempfinden zu können.

Merkmal 8 (gesamtgesellschaftliches Bewußtsein): Wer in diesem Gesamtbetrieb der Formierten Gesellschaft das „ausgeprägte gesamtgesellschaftliche Bewußtsein" prägen soll, braucht nach alledem nicht mehr gesagt zu werden. Die Deutlichkeit, mit der die Funktion des neuzustiftenden einheitlichen Volksbewußtseins charakterisiert wird, und die Dimension, in der die Aufgabe gesehen wird, verdienen jedoch Beachtung.

Altmann setzt in seinem Vortrag[8]) die „Aufgabe der Bildung eines gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins, das die Basis des nationalen Bewußtseins abgeben muß", an die erste Stelle der insgesamt drei großen Formierungsaufgaben, in die er den Erhard-Plan zusammenfaßt. Den zweiten Platz nimmt die „Aufgabe einer stärkeren Vergeistigung unseres gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins" ein und erst der dritte Punkt faßt die praktischen Formierungsaufgaben zusammen. Dem ideologischen Aspekt wird also eine außerordentlich hohe Bedeutung beigemessen. Altmann erläutert dazu im geschichtlichen Rückblick, daß Hand in Hand mit dem Übergang aus der klassenkämpferischen in die pluralistische Gesellschaftsphase und im Verlaufe der weiteren Formierungsentwicklung ein Entideologisierungsprozeß stattgefunden habe, der — so nötig er anfangs war — keineswegs nur Vorteile mit sich bringe, allmählich vielmehr die Gesamtgesellschaft zu gefährden begänne, „denn in Krisenmomenten ist der Rückgriff auf ein gesamtgesellschaftliches Bewußtsein notwendig, um eine Solidarität, einen Zusammenhalt der Gesellschaft zu bewahren". . . . „Die Bildung des gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins ist auch die notwendige Voraussetzung eines tragfähigen, schöpferischen Nationalbewußtseins, das im Grunde mit jenem identisch ist, denn es gibt keine Trennung des politischen Bewußtseins — was ja auch heißt, Kenntnis des gesellschaftlichen Orts, an dem sich ein Volk befindet — vom gesellschaftlichen Bewußtsein."

Schon vier Jahre früher hatte Altmann die Forderung nach einer neuen allgemeinverbindlichen Ideologie erhoben: im Rahmen seines Plädoyers für eine antiöstliche Globalstrategie[22]). Was der Entwicklung eines zu solcher Globalstrategie tauglichen gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins letztlich entgegensteht, darüber machen sich die Formierungsplaner keine Illusionen. Zunächst gilt im engeren gesellschaftspolitischen Bereich als der gefährlichste Gegner der „Demokratismus". Darunter ist die von den Gewerkschaften vertretene und auch im Godesberger SPD-Programm enthaltene Auffassung zu verstehen, daß sich die Demokratie auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausdehnen und schließlich auch (siehe Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften) die Wirtschaft erfassen müsse. Prof. Briefs: „Dieser Demokratismus ist eine eminente Gefahr für die Frei-

heit und Würde des Menschen und für alle menschlichen sozialen Gebilde ..." [21]) Welche Frontlinie es aber aufreißt, wenn man die Vorstellung von der Demokratisierung der Gesellschaft ausräumen will, wie weit man zurückfassen muß in die Geschichte, um das Übel bei der Wurzel zu packen, wird in den „Gesellschaftspolitischen Kommentaren" präzise dargestellt. Ihr Chefredakteur, Leo Schütze, führt zum geschichtlichen Aspekt der Formierten Gesellschaft aus: „Die Neuzeit wurde auf dem Hintergrund der Spaltung der alten Kirche und des explosionsartigen Auftretens ideologischer Kräfte im politischen Bereich in ihrer Ordnung erschüttert wie kaum ein Zeitabschnitt der uns bekannten Geschichte. Dieser Prozeß kulminierte im 19. Jahrhundert. Die ideologischen Käfte der westlich-abendländischen Welt setzten sich so weit durch, daß ihnen Staat und Gesellschaft weitgehend ausgeliefert waren. Aus den ideologischen Intellektuellen-Gruppen wurden politische Machtgruppen, die mit der Zwangsgewalt und der Wucht öffentlicher Ämter das durchzusetzen suchten und suchen, was ihre Ideologie ihnen vorschrieb und vorschreibt." [8])

Der geistige Formierungsprozeß ist ein recht respektables Vorhaben. Auf dem Düsseldorfer Wirtschaftstag meldeten die Industriellen ihren Anspruch auf die Erzieherrolle gegenüber Staat und Gesellschaft an. Die Erziehungsgrundsätze, die sie zugleich für ihren gegenwärtigen, innerbetrieblichen Einflußbereich aufstellten, wären tauglich, die Emigration der Gesellschaft aus der von Schütze beanstandeten Neuzeit zu bewerkstelligen: „Die große Erziehungsaufgabe, die dem Unternehmer ... in seinem Betrieb gestellt wird, kann nur gelöst werden, wenn es ihm gelingt, eine Basis wirklichen Vertrauens herzustellen. Auch hier gilt es wieder, das Irrationale dem Rationalen, dem dialektisch oft Überlegenen gegenüber durchzusetzen." [12]) Rüdiger Altmann sorgt sich sogar darum, daß es bei zunehmender Fortentwicklung der Industriegesellschaft „im religiösen Bereich" eines „Prozesses der Vergeistigung" bedürfe, der aber wiederum nicht einsetzen könne, solange das „gesamtgesellschaftliche Bewußtsein" noch fehlt [8]). — Weshalb eine „Vergeistigung" der Religion auf nationaler Grundlage plötzlich zur Sorge der Industrie wird, läßt Goetz Briefs auf unvorsichtige Art durchblicken. Er führt aus [21]), die Hauptschwierigkeit bei der Formierung der Gewerkschaften liege darin, daß sich die auf kurzfristig anfallende Einkommen angewiesenen Sozialguppen nur schwer an das langfristige sozialpolitische Denken des Unternehmers gewöhnen könnten, und zwar fiele ihnen dies „auch aus Gründen der Selbstbehauptung und ihrer eigenen Existenz" schwer. Empfohlene Therapie: das „neue Opium des Volkes" auszuräumen, das in dem Glauben bestünde, daß man „das Heil nur in Raum und Zeit finden müsse und finden könne ...".

Dient auch die Religion dem Betriebszweck, dann kann es nicht Sache der Industriellen sein, sich von ihr sagen zu lassen, was ihnen ansteht, die Religion wird sich umgekehrt — ebenso wie die Wissenschaft — bei ihnen nach den rechten Stichworten erkundigen müssen. Das setzt voraus, daß die Autorität der Industriellen anerkannt ist. These 98 des Wirtschaftstages der CDU/CSU lautete: „Alle, die an der Ordnung der Gesellschaft und an der Formung der öffentlichen Meinung mitwirken, müssen die Verpflichtung erkennen, sich ein objektives Bild von der Aufgabe des Unternehmers in der modernen Industriegesellschaft zu verschaffen. Das gilt vor allem für Erzieher, Geistliche, Publizisten, aber auch für die, die in Politik, Rechtsprechung und Verwaltung die Verantwortung tragen."

IV

Das also ist das Programm. Vorgetragen im Jahre 1965, 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der letzten totalen Formierung der deutschen Gesellschaft und inspiriert von den gleichen Industriekonzernen, die damals nach dem „Gesamt-

unternehmer" riefen; die sich 1932 im Industrie-Club (ebenfalls Düsseldorf) seine Pläne vortragen ließen und ihn an die Macht brachten, weil er versprach, ihnen jene Märkte und Räume in der Welt zu verschaffen, um die es ihnen jetzt wieder — nun also zum dritten Mal — geht. Es hat ja keinen Sinn, darum herumzureden. Natürlich ist dieses Formierungskonzept kein Nationalsozialismus. Es ist frei von rassistischen Parolen, frei von manch anderen spezifisch nationalsozialistischen Momenten. Fragt man jedoch, wie unter den heutigen Bedingungen, in der Zeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus, angesichts der veränderten Weltlage und der veränderten Bündniskonstellationen, ein neues deutsches Programm zur Durchsetzung der alten Ziele der wilhelminischen und Hitlerschen Großmachtpolitik aussehen müßte — die Antwort kann wohl nur lauten: Genau s o ! Aus dem Plan der Formierten Gesellschaft spricht eine „klügere", die Fehler der Hitlerzeit, den technischen Fortschritt und die allgemeine innen- und außenpolitische Situation in Rechnung stellende deutsche Großmachtpolitik. Die Begründungen haben sich verändert, die Ziele sind geblieben. Die modernen Industriellen des Jahres 1965 wollen gewiß nicht den unmodernen Faschismus des Jahres 1933; sie wollen einen „zeitgemäßen", der den technologischen und politischen Verhältnissen der Jahre 1965 bis 1970 angepaßt ist.

Dieses Programm zur abermaligen Bündelung der gesellschaftlichen Kräfte, zur „Konzentration" des Volkes wird nicht verkündet im Augenblick der außenpolitischen Stärke, sondern deshalb, weil die bisherige Politik der Stärke zu keinen Erfolgen geführt hat. Der Ausweg wird, wie nach 1929, darin gesucht, eine neue innenpolitische Qualität zu schaffen. Adenauers autoritäre Demokratie ermöglichte zwar auf der einen Seite die von Erhard gerühmte Fortsetzung des Formierungsprozesses in der Nachkriegsgesellschaft, andererseits aber haben die Ergebnisse gezeigt, daß dieses Spiel mit den „befestigten" Verbänden, die Gründung der Regierungsmacht auf dem ständigen Gegeneinander-Ausspielen der organisierten Interessen zum jeweils eigenen politischen Vorteil, nicht genügt, um die notwendige außenpolitische Kraft zu entwickeln. Die wirtschaftspolitische Macht der Bundesrepublik hat nicht ausgereicht, den EWG-Markt und die westeuropäischen Konkurrenzindustrien fest in die deutsche Hand zu bringen und die Regierungen der EWG-Staaten in Filialen (Subunternehmen) der westdeutschen Politik umzuwandeln. Der Fortbestand des EWG-Marktes selbst ist vielmehr wieder bedroht, er befindet sich — nicht zuletzt wegen dieser Bonner Ambitionen — hart am Rande des Auseinanderfalls. Die militärische Macht hat bislang in keinem einzigen Falle politische Pressionserfolge eingebracht, auch sie ist nicht eindrucksvoll genug, um der Welt deutlich zu machen, daß man diesem vitalen, hochgerüsteten Staat seinen Willen nicht verweigern kann, ohne ihn damit letztlich nur zur Herstellung eigener Atomwaffen zu nötigen. Und der weltanschauliche Pluralismus der Verbandsdemokratie hat jene Schwierigkeiten ermöglicht, denen sich die CDU heute im Umgang mit der Jugend, den Intellektuellen, den Gewerkschaften und anderen demokratisch orientierten Gesellschaftsgruppen gegenübersieht.

Der Regierungspolitik droht die innenpolitische Gefolgschaft auseinanderzulaufen — zu einem Zeitpunkt, da nach Ansicht der CDU ein Höchstmaß an politischer, militärischer und industrieller Macht erforderlich wird, soll Westeuropa zurückgewonnen, die neutrale Welt neu gewonnen, Amerika überzeugt und der Osten schließlich zum „Ausgleich" gezwungen werden. Erhard formulierte das außenpolitische Programm in Düsseldorf unmißverständlich (in den Wahlkampfwochen hat er es mit ähnlichen Worten vielfach wiederholt): „Das Bemühen unserer Außenpolitik dient der Bekräftigung unserer grundsätzlichen und gemeinsamen Interessen, um von diesem Standort aus zu einer umfassenden und wirksamen Strategie der westlichen Politik überhaupt zu kommen." [1]) Das Ziel dieser

Politik sei ein „Ausgleich" in Europa. Aber auch in der Außenpolitik versteht Erhard unter Ausgleich nicht „irgendeinen faden Kompromiß". Der Zweck des Ausgleichs sei der Friede, und „Friede duldet keine Knechtschaft, Friede heißt nicht Koexistenz." ... „Was wir erstreben, ist eine europäische Friedensordnung, die allen Völkern Europas ihre Freiheit und Sicherheit garantiert." (Sperrung des Verf.) Eine Entspannung könne daher „nicht einfach dadurch erreicht werden, daß die Bundesrepublik den im einseitigen Machtinteresse der Sowjets liegenden gegenwärtigen Zustand für sich und die freie Welt als verbindlich anerkennt". Auch die Vereinigten Staaten müßten „daran interessiert sein, daß dem Immobilismus der sowjetischen Politik die politische Regeneration Europas entgegensteht".

Die Herstellung einer einheitlichen, gesamtwesteuropäischen Dynamik gegen den mitteleuropäischen status quo setzt zunächst die Wiederherstellung einer politischen Harmonie der sechs EWG-Länder voraus. Der dafür entwickelte Plan, der in die Bemühungen um die Wirtschaftsintegration eingeflochten ist: „Dabei wird sich immer deutlicher zeigen, daß es mechanistisch gedacht wäre, ohne weiteres darauf zu vertrauen, daß ein so umfassender Markt ohne die Angleichung der gesellschaftlichen Systeme zu praktieren wäre. Aus solcher Sicht heraus kommt dem von uns fortzuentwickelnden Modell einer Formierten Gesellschaft auch europäische Bedeutung zu." [1]) Noch deutlicher wurde dies übrigens auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU ausgesprochen: Es sei die „Aufgabe der Bundesrepublik, ein unseren Vorstellungen entsprechendes Leitbild der für die gesamte EWG tragbaren Wirtschaftsordnung zu entwerfen und bei uns zu verwirklichen, um dann zu versuchen, es auf die EWG zu projizieren." [14])

Ein deutscher Kanzler verkündet zwanzig Jahre nach dem verlorenen Krieg ein „ordnungspolitisches Modell" (wie die ‚Gesellschaftspolitischen Kommentare' sich ausdrücken), das zunächst auf die Staaten Westeuropas übertragen werden soll, gleichzeitig, in Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe, auch auf die „Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas", an dem aber grundsätzlich die ganze Welt genesen könne. Vor allem auch Osteuropa. Die Formierte Gesellschaft sei eine Leitidee für die „Neugestaltung unseres Erdteils". Woher, kann man nur fragen, nimmt Erhard den Mut, Deutschland schon wieder als Vorbild für die ganze Welt hinzustellen — und zwar nicht einmal das gegenwärtige, sondern ein umgekrempeltes, entdemokratisiertes? Woher die Selbstverständlichkeit, mit der es als deutsche Aufgabe angesehen wird, Europa zu „ordnen" und anderen Völkern, bis in entlegene Kontinente hinein, die „Odnung" zu bringen?

Nun, Ludwig Erhard ging es im Interesse der Konzerne schon immer um eine einheitliche Markt- und Sozialordnung in zumindest gesamteuropäischer Dimension, und er war immer schon der Auffassung, daß es dazu der politischen Formierung der anderen auf Grund deutscher Vorstellungen bedürfe. Ein Erhard-Zitat aus dem Jahre 1942: „Die Ordnung des europäischen Marktes — als ideelle Einheit verstanden — scheiterte z. B. nicht an der Unzulänglichkeit technischer Mittel (wie z. B. an der Technik der währungsmäßigen Verrechnung), sondern an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zielsetzungen der einzelnen Länder. Es ist auch kein Zufall, daß alle bis dahin versuchten Mittel rein wirtschaftlicher (handelspolitischer) Art zum Scheitern verurteilt waren. Wenn aber wirtschaftliche Überlegungen nicht hinreichen, um der höheren Notwendigkeit Raum zu geben, dann wird die Lösung eine umfassendere sein müssen, und die Ordnung des europäischen Marktes als primär-ökonomische Aufgabe wird dann auch Verlagerungen gesellschaftlicher und politischer Art zur Folge haben, die als vielleicht wichtigste Aufgabe der Zukunft selbst wieder in ein System der Ordnung, und das heißt hier der sozialen Ordnung, gebracht werden müssen." [23])

Die Vergangenheitsform — scheiterte, verurteilt waren, alle bis dahin versuchten Mittel — erklärt sich aus den Zeitumständen. Es schien ja damals gerade, als würde jetzt einiges möglich, woraus am Ende dann freilich doch nichts wurde. Deshalb formuliert Erhard, wenn er heute, im Jahre 1965, von den Schwierigkeiten der Herstellung einer „europäischen Friedensordnung" spricht, wieder futurisch, sonst aber analog: „Hüten wir uns vor der Illusion, daß dieses Ziel (die „europäische Friedensordnung", d. Verf.) mit unzulänglichen technischen Regelungen erreicht werden könnte. Wenn in einer europäischen Friedensordnung die Zusammenarbeit dem gemeinsamen Nutzen und dem Ausgleich von Interessen dienen und dazu das Mißtrauen abgetragen werden soll, bedarf es nicht nur technisch abgestimmter Verfahren, sondern politischer Lösungen." [1])

Als die Nationalsozialisten mit allen anfänglichen Rücksichtnahmen auf die Interessen der mittelständischen Wirtschaft gebrochen hatten und die Marktordnung in Deutschland kompromißlos auf die Interessen der größten Konzerne ausgerichtet war, hielt Erhard diese Regelung offenbar nicht für schlecht. Er schreibt jedenfalls im Jahre 1942 lobend, daß der „auf das Ganze abzielende" nationalsozialistischen Marktordnung „ihre Aufgaben und Ziele durch die höheren und gemeinverbindlichen Werte der Nation vorgezeichnet sind." [23]) Es mag erstaunen, solch hohes Lob auf eine Marktordnung, die mit allen Grundsätzen der Wirtschaftsliberalität gebrochen hatte, aus dem Munde ausgerechnet des überzeugten Liberalen Ludwig Erhard zu hören. — Des überzeugten Liberalen Ludwig Erhard? Erhard im März 1933: „Das eine jedenfalls ist gewiß: Das Zeitalter des Liberalismus, des freizügigen Individualismus, ist vorüber. Die Auffassung, daß diese Wirtschaftsprinzipien am ehesten der Aufgabe, die Menschen mit materiellen Gütern zu versorgen, gerecht zu werden vermögen, ist heute nicht nur in Deutschland überwunden. Nie hätte ja auch der richtunggebende Satz: ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz' so starkes und nachhaltiges Echo finden können, wenn es wahr oder doch nur geglaubt wäre, daß die freie Entfaltung des Individuums und dessen Streben nach Reichtum, Glück und Geltung zugleich auch die Harmonie der Gesamtheit und den Ausgleich der Interessen verbürge ... Wir wissen, daß der klassenkämpferische Sozialismus den ökonomischen Liberalismus nicht überwinden konnte, weil er ein Schößling aus der gleichen Wurzel ist; weil er die Bewegungsgesetze des Liberalismus anerkennt und seinem Ziele dienstbar machen wollte. So verstanden ist es richtig, daß der Sozialismus auf den Grundfesten des Liberalismus baute." Und einige Sätze weiter, im Rückblick auf die Weimarer Jahre: „... übrig blieb eine Wirtschaft, in der häufig unter der oft nur seichten Tünche des freien Wettbewerbs in Wahrheit das Diktat der straff organisierten Wirtschaftsmächte und -gruppen regierte, ohne klare Linie und größere Zielsetzung, nur geleitet von dem Jagen nach dem Augenblickserfolg. Diese Charakteristik gilt für Industriekartelle ebenso wie für Gewerkschaften, gilt überhaupt für alle Marktverbände ... Welche Überlegungen auch immer solche Politik bestimmten, der Wille zur Mehrung des Gemeinnutzes war es jedenfalls nicht, auch nicht in mittel- oder unmittelbarer Wirkung." [24])

Nein, wer auch immer die Legende vom liberalen Wirtschaftsprofessor kolportieren mag: Erhard war nie der Kanzler der Liberalen, Erhard ist der Kanzler der großen Konzerne. Ihr Interesse ist es, sich über Europa hin auszudehnen, sie warten und drängen darauf, daß die Grenzen, die ihrer Dynamik im Wege stehen, eingeebnet oder beiseitegestoßen werden. Ihnen ist als einziger gesellschaftlichen Gruppe (wenn man sie überhaupt so bezeichnen kann, rund 100 Männer werden es im wesentlichen sein) der Lebensraum zu knapp — und sie übrigens hielten es immer schon für ihr gleichsam „natürliches" Recht, daß die Welt die „höhere Notwendigkeit" ihrer Dynamik einsieht und ihr im wörtlichsten Sinne „Raum

gibt". Sie haben Europa — zwar weiß man nicht, mit welchem Recht, aber dennoch ist es seit etwa gut einem halben Jahrhundert so — permanent wie ein Gebiet betrachtet, für dessen Ordnung sie zuständig seien und das ihnen eigentlich nur, von jeweils wechselnden Gegnern, vorenthalten wird. Nur im Interesse dieser überdimensionierten, aus überschüssiger Kraft an ganz Europa denkenden Konzerne könnte es liegen, wenn die deutsche Gesellschaft ein weiteres Mal unter dem bündelnden Oberbegriff des „Gemeinnutzes" oder „Gemeinwohls" auf eine „klare Linie" gebracht wird.

Auf dem Düsseldorfer Wirtschaftstag wurde Beschwerde über die falschen Vergleiche geführt, denen die Formierte Gesellschaft in der öffentlichen Diskussion ausgesetzt sei.[25]) Zu Recht. Man hätte sie mit Johnson's „Great Society" oder gar Roosevelts „New Deal" verglichen, aber dies alles sei falsch. Natürlich ist das falsch. Auch die mitunter zu hörende Ansicht, es handele sich hier um ein neues ständestaatliches Konzept, geht am Charakter des Formierungsplanes vorbei. Im modernen Gesamtbetrieb der Konzerne, in dem alles störungsfrei ablaufen muß, ist kein Platz für irgendwelche Stände, in ihm müssen alle Gruppen — und sei es auch der nächstgrößte Wirtschaftspartner — wie am Schnürchen funktionieren, soll es nicht zu Störungen kommen, die den außenpolitischen Betriebszweck gefährden. Die Formierte Gesellschaft ist die nach Prinzipien der Wirtschaftsrationalität total durchorganisierte Gesellschaft. Die Interessen der Wirtschaftsdynamik — gleichbedeutend mit den Konzerninteressen — sind das Kriterium, an dem soziale Wünsche, Weltanschauungen, moralische Wertvorstellungen, künstlerische und wissenschaftliche Leistungen geprüft und als einbaufähig oder störend erkannt werden. Störelemente soll das gesunde „gesamtgesellschaftliche Bewußtsein" automatisch als gemeinschaftsfeindlich („zersetzend") aussondern. Der Mensch wird zum marktwirtschaftlichen Manipulationsobjekt nicht nur in seiner sozialen, sondern auch in seiner bewußtseinsmäßigen Existenz. Humanismus, Demokratie, der soziale und liberale Gedanke hätten in dieser betriebsmäßig disziplinierten Gesellschaft, in der die Struktur der einstigen „Deutschen Arbeitsfront" unter dem Namen „weiterentwickelte Demokratie" zum durchgängigen Organisationsprinzip geworden wäre, keinen Platz mehr. (Es drängt sich nachgerade von selbst die Frage auf, ob dieser Verwirtschaftung der Demokratie überhaupt noch auf andere Art als durch die Demokratisierung der Wirtschaft, wie sie der DGB in seinem neuen Aktionsprogramm fordert, Einhalt zu gebieten sein wird.)

Der Weg in die Formierte Gesellschaft wird von den Konzernen und der CDU eingeleitet mit konzentrierten Angriffen auf diejenigen Gruppen, die der Verwirklichung des konzerneigenen Gesellschaftsbetriebes als erste im Wege stehen: die Gewerkschaften und die Intellektuellen. In den Neben- und Untertönen schwingen die Angriffe der nächstfolgenden Phase aber schon mit: erste diskriminierende Urteile über die mittelständischen und liberalen Gruppen und die den Konzernen nicht bootmäßigen Wirtschaftszweige. Gesetzmäßig erweitert sich bei einem derartigen Formierungsvorhaben das Feindbild mehr und mehr, bis es schließlich die ganze Gesellschaft umfaßt. Dann allerdings sind diejenigen, die es eingeleitet und klug Stück um Stück ausgedehnt haben, auch im Besitz aller Machtmittel.

Es wäre deshalb gut, der Taktik des schrittweisen Vorgehens nicht zuzusehen. Der Formierungsplan liegt auf dem Tisch, er bedroht die Gewerkschaften und die gesamte demokratische Öffentlichkeit, die Verbände und alle Parteien, die sich der pluralistischen Demokratie verbunden wissen, gleichermaßen. Ein Anlaß, um zur gemeinsamen Aufdeckung des Formierungsvorhabens und vor allem zur Unterrichtung der Öffentlichkeit überzugehen.

Anmerkungen

1) Ludwig Erhard, Programm für Deutschland, Referat auf dem 13. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, am Mittwoch, dem 31. März 1965, in Düsseldorf.

2) Ludwig Erhard, Der Weg in die Formierte Gesellschaft, Aufsatz in „Ecopa" Nr. 8 (August 1965), wiedergegeben in ‚Bulletin' der Bundesregierung am 28. 7. 1965.

3) Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers, zitiert nach Kindler-Taschenbuch (München 1963), S. 138.

4) S. „Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 10/65, S. 110; Nr. 11/65, S. 123; Nr. 13 bis 14/65, S. 148.

5) These 3 wurde hier übergangen, da sie nichts anderes enthält als eine prophylaktische Verwahrung gegen den Vorwurf des Perfektionismus. Auch die Konzeption der Formierten Gesellschaft, wird versichert, habe „den Charakter menschlicher Endlichkeit und damit auch Unvollkommenheit". Sie setze sogar „wirklichkeitszugewandt die Unvollkommenheit bzw. Sündhaftigkeit alles Menschlichen voraus ..."

6) Ludwig Erhard, Die ‚Formierte Gesellschaft' weist in die Zukunft, Interview mit dem ‚Generalanzeiger für Bonn und Umgebung', zitiert nach ‚Bulletin' der Bundesregierung vom 2. 6. 1965.

7) Im Arbeitskreis VI (Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft) wurde ausgeführt: „Das Verhalten des Unternehmers, seine Ausstrahlung wird zurückgespiegelt von 20 Mio. Arbeitnehmern, mit denen er als Leiter der Unternehmen in täglicher Arbeit konfrontiert wird. Diese 20 Mio. Arbeiter, in denen sich maßgeblich die öffentliche Meinung niederschlägt, unterliegen aber nicht nur dieser vom Unternehmer selbst ausgehenden Strahlung, ihr vielleicht am wenigsten, sondern darüber hinaus der vorzugsweise negativen Beeinflussung durch die öffentlichen Medien Presse, Literatur, Politik; und schließlich der aus eigener Bewußtseinswerdung sich ergebenden Haltung und Entscheidung. Die negative Einstellung einer um Macht kämpfenden intellektuellen Schicht — nicht nur hier in Deutschland — beruht auf einer sich verführerisch gebenden Gesinnungstechnik; doch ist diese Gesinnung, die zum Teil in der Tradition des Humanismus, zum Teil des Materialismus bzw. Marxismus wurzelt, in keiner Weise durch die Verpflichtung zur Verantwortung gebändigt oder gelenkt. Der Intellektuelle kommt vom Rationalen her, die Sphäre der Wirtschaft ist in hohem Maße irrational. Das Unwägbare, das nicht zu Berechnende bestimmt die Beziehungen zwischen den Menschen. Der Herrschaft der Intellektuellen, ihrer häufig unheilvollen Herrschaft, kann nur begegnet werden, wenn wir in unserer modernen Welt wieder die Kraft zum Ideal aufbringen." (Aus dem Referat von Albrecht Pickert „Der Unternehmer und sein Mitarbeiter", zitiert nach den Presseunterlagen des Wirtschaftstages.)

8) „Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 10/65 (15. Mai 65), Bericht von Leo Schütze und Werner Riek über ein Referat Rüdiger Altmanns am 1./2. Mai vor der Christlich-Sozialen Kollegenschaft.

9) Wie sehr der Wirtschaftstag der CDU/CSU, der ein so lautes Ja zur Formierten Gesellschaft vernehmen ließ, in Wahrheit ein reiner Konzerntag war, ging unter anderem aus der Rigorosität hervor, mit der alle anderen Wirtschaftszweige zur Subordination unter die Interessen der exportorientierten Investitionsgüterindustrie aufgefordert wurden. Für die Tonart ein Beispiel aus dem Referat von Fritz Dietz, dem Präsidenten des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels: „Wenn es sich nicht gerade um Rohstoffe und um Halbwaren handelt, die keiner inländischen Konkurrenz begegnen, wird die Einfuhr mehr oder weniger als notwendiges Übel empfunden, vor allem von der jeweils produzierenden Wirtschaft. Diese Mentalität, die in der Bundesrepublik zwar in weiten Bereichen als überwunden angesehen werden kann, die aber in wichtigen Teilbereichen, z. B. auf dem gesamten Agrarsektor und Teilen des gewerblichen Sektors noch vorherrscht, muß überwunden werden, weil sie anachronistisch ist. Sie paßt nicht in eine Ära, deren Ziele auf eine Expansion des Welthandels und der wirtschaftlichen Integration ausgerichtet sind ... Ich denke dabei ... vor allem auch an den gesunden Einfluß, den die Einfuhren auf die eigene Wirtschaft, deren Strukturwandel, Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit wie überhaupt auf das gesellschaftspolitische Gefüge ausüben."

10) Dr. Josef Hermann Unland, Der Erhard-Plan für Gemeinschaftsaufgaben, Kommen-

tar zum Deutschen Gemeinschaftswerk, in: Deutsches Gemeinschaftswerk, Der Erhard-Plan für Gemeinschaftsaufgaben; ohne Verlagsangabe, Hrsg. vermutlich CDU-Bundesgeschäftsstelle.

11) ‚Spiegel' Nr. 38/64 vom 16. 9. 1964.

12) Aus dem Referat von Albrecht Pickert vor dem Arbeitskreis „Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft".

13) Referat Pickert (s. o.); es sei vielleicht hinzugefügt, daß sich außer Pickert zahlreiche andere Referenten ebenfalls mit der künftigen Rolle des Unternehmers in der Gesellschaft befaßten und der Tenor durchgängig abgestimmt war auf die Herausstellung des Unternehmers als Vorbild und Führer. Dr. Dr. Ernst Schneider, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages: „... wenn es heute eine Banalität geworden ist, daß unsere Gesellschaft von der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft abhängt, dann heißt das doch: sie hängt von den Unternehmern ab ... die Gesellschaft, in der wir leben, ist von den Unternehmern geprägt worden ... Wir Unternehmer, die wir als Einzelne Verantwortung und Risiko tragen müssen, sehen die(se) Gefahr einer Verformung der Gesellschaft klarer und schärfer als andere ... Die innere Politik insgesamt muß in viel höherem Maß sich ihrer Verantwortung gegenüber der unternehmerischen Wirtschaft bewußt werden!"

14) Bankier Dr. h. c. Alwin Münchmeyer, Hamburg, Präsident der Ständigen Konferenz der Industrie- und Handelskammern der EWG-Länder in seinem Referat vor dem Arbeitskreis II (Außenhandel und Außenpolitik).

15) Erhard in seinem Düsseldorfer Referat (s. 1): „Unsere vordringliche Aufgabe wird es also sein, die Sozialpolitik von überflüssigem Gestrüpp zu befreien ..."

16) Dipl.-Kfm. Ernst Bockolt, Bonn, Das Deutsche Gemeinschaftswerk als Finanzierungsinstrument der Gemeinschaftsaufgaben, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 12/65.

17) Erhard am 20. 4. 65 in einem dpa-Interview (zitiert nach ‚Bulletin' der Bundesregierung vom 21. 4. 65): „Das Gemeinschaftswerk wird dazu beitragen, die für die Entfaltung unserer Gesellschaft angemessenen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Entwicklung zu einer sozial stabilen und wirtschaftlich dynamischen ‚Formierten Gesellschaft' zu beschleunigen."

18) Ludwig Erhard, Um ein geschichtliches Selbstbewußtsein, Rede vor der öffentlichen Vollversammlung des Industrie- und Handelstages am 6. Mai 1965 in Hamburg, wiedergegeben im ‚Bulletin' der Bundesregierung vom 19. Mai 1965.

19) Eric Voegelin, Die dritte Phase der Industriegesellschaft, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 11/65 vom 1. Juni 1965.

20) Der ebenso bemerkenswerte wie erschütternde Extrakt dieser Rede ist, daß Erhard — 2 Tage vor dem 8. Mai 1965 und unter ausdrücklicher Bezugnahme auf dieses Datum — die deutsche Geschichte bis zum Jahr 1871 zurückverfolgt und die Fehler der deutschen Politik in einer ungenügenden Stabilisierung der inneren Verhältnisse entdeckt. Die Ziele, auf die das Deutschland der ersten Jahrhunderthälfte ausging, unterliegen keiner Kritik.

21) Goetz Briefs, Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 15/65 vom 1. 8. 65.

22) Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers (s. 3), S. 136 ff.

23) Ludwig Erhard, Die Marktordnung, in: Die Führung des Betriebes, Festschrift zum 60. Geburtstag von Wilhelm Kalveram, Berlin, Wien 1942.

24) Ludwig Erhard, Nationalwirtschaft, in: Die deutsche Fertigware, 1933, Heft 2, Teil A

25) S. Referat von Dr. Kurt Pentzlin „Die Gestaltung der Umwelt — Aufgabe der Gesellschaftspolitik" vor dem Arbeitskreis IV (zitiert nach dem Pressematerial des Wirtschaftstages der CDU/CSU).

Bernt Engelmann

Die Bildungsfeindlichkeit der CDU-Führungsspitze

In der innenpolitischen Auseinandersetzung der letzten Monate vor den Neuwahlen zum Bundestag ist in wachsendem Maße von Dingen die Rede gewesen, die in den mehr als anderthalb Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik erheblich zu kurz gekommen sind: Von Bildung und Kunst, Wissenschaft und Forschung.

Doch während sich Sozialdemokratie, Freie Demokraten und auch einige fortschrittliche Politiker der Unionsparteien, zum Beispiel der bayerische Kultusminister Huber oder sein nordrhein-westfälischer Kollege Mikat, mit den Fachleuten darin einig sind, daß die Bundesrepublik einer Bildungskatastrophe zutreibt, der schnellstens entgegengewirkt werden müsse, will die CDU-Führungsspitze den herrschenden Bildungsnotstand nicht wahrhaben. Sie widersetzt sich allen grundlegenden Reformplänen und offenbart eine Bildungsfeindlichkeit, die uns mit Staunen erfüllt.

Die prominentesten CDU-Politiker wetteifern in massiven Ausfällen gegen Wissenschaftler, Studenten, Künstler und Schriftsteller und verteidigen wider alle Vernunft die morschen Bastionen der Unbildung:

Das geschäftsführende CDU-Vorstandsmitglied Josef-Hermann Dufhues bezeichnete ‚das Gerede vom Bildungsnotstand' kurzerhand als ‚dummes Geschwätz'; sein CDU-Vorstandskollege Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel entrüstete sich über die Unruhe und das Unbehagen, die die akademische Jugend der Bundesrepublik erfaßt haben, und verstieg sich zu der Behauptung, unter den Studenten sei eine ‚nihilistische Saat' aufgegangen; Bundeskanzler Ludwig Erhard nannte die Massendemonstrationen bundesdeutscher Studenten gegen die Vernachlässigung der Schulen, der Universitäten und der wissenschaftlichen Forschung ‚einen ungeheueren Unfug', und wenn der Kanzler sonst, in manchmal etwas barocker Weise, sein eigenes verdienstvolles „Ringen" und „Gestalten" gepriesen hatte, in seinen Ausdrücken aber stets auf parlamentarischem Niveau geblieben war, nahm er nun „in allen kulturellen Belangen" kein Blatt mehr vor den Mund: Führende Vertreter der deutschen Literatur wurden von ihm als ‚Banausen und Nichtskönner!', als ‚ganz kleine Pinscher' bezeichnet; er wetterte gegen den ‚Intellektualismus, der in Idiotie umkippt' (und erntete dafür aus den Reihen der Hamburger Jungen Union minutenlange Buh-Rufe und Pfiffe), und er bediente sich sogar der Goebbels-Vokabel von der ‚entarteten Kunst', deren unappetitliche Erscheinungen er nicht länger ertragen könne. Bundespräsident Heinrich Lübke schließlich pries auf einer Tagung der Katholischen Arbeiterbewegung in Dortmund ‚die echte Bildungsfunktion' der ländlichen Zwergschule und führte als einen Beweis für die hohe Qualität dieser hinterwäldlerischen, bildungsfeindlichen und von den Fachleuten als eine der Hauptursachen unserer Misere erkannten Einrichtung seinen eigenen Werdegang an.

„Gerade katholische Arbeiter", schrieb hierzu das Hamburger Wochenblatt ‚Die Zeit', „hätten bessere Auskunft verdient auf die Frage, warum denn ihre Söhne, und vor allem ihre Töchter, von den Bildungschancen der höheren Schule und der Universitäten so viel weniger profitieren als anderer Leut' Kinder . . ."

II

In der Bundesrepublik ist ein heftiger Kampf entbrannt zwischen denen, die spät, hoffentlich nicht zu spät, erkannt haben, daß wir, wenn nicht schleunigst

wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden, einer Bildungskatastrophe entgegentreiben, und denen, die zusammen mit ihren Führungspositionen die bisherige, von ihnen selbst für segensreich gehaltene Bildungspolitik hartnäckig, ja gerade verbissen zu verteidigen versuchen.

Will man diesen Kampf beurteilen, muß man sich zweierlei klarmachen:

Einmal, wie es in der Bundesrepublik tatsächlich um die Bildung steht und ob diejenigen wirklich recht haben, die von einem drohenden Rückfall in ein Beinahe-Analphabetentum sprechen; zum anderen, welche Gründe die CDU-Führungsspitze dazu bewegen, sich gegen den Fortschritt zu stemmen, die Zwergschule zu preisen und ‚das Gerede vom Bildungsnotstand' als ‚dummes Geschwätz' und ‚ungeheuren Unfug' abzutun.

Die gegenwärtige Bildungssituation in der Bundesrepublik wird im wesentlichen von der Tatsache bestimmt, daß für die breite Masse des Volkes die Elementarschule die einzige Bildungsstätte geblieben ist.

Nur eines von sechs Kindern geht nach vier Grundschuljahren auf eine mittlere oder höhere Schule über, nur ein Kind von fünfzehn bekommt in der heutigen Bundesrepublik eine abgeschlossene höhere Schulbildung!

Da praktisch alle Kinder die Grundlagen ihres Wissens und die allermeisten ihr gesamtes Wissen durch die Volksschule erhalten, kommt dieser eine außerordentliche Bedeutung zu.

Nun hatte das deutsche Volksschulwesen früher, das heißt im vorigen Jahrhundert, einen ausgezeichneten internationalen Ruf. Die Frage, was davon übriggeblieben ist, scheint einer kurzen Betrachtung wert.

Schon 1955 warnte der heutige CDU-Bundestagsabgeordnete Erich Peter Neumann, Leiter des Allensbacher Instituts für Demoskopie, die Verantwortlichen in einem auf umfangreiche Untersuchungen gestützten Bericht:

„Die Meinungsforschung", heißt es darin, „hat umfangreiches Material hervorgebracht, um nachzuweisen, daß die Dosis Bildung, welche von der deutschen Volksschule verabreicht wird, in keiner Weise ausreicht, um dem Menschen das Verständnis wenigstens für die einfacheren Prozesse der demokratisch-parlamentarischen Politik zu verschaffen. Wenn man es in Deutschland je zu einer funktionierenden Demokratie bringen will, wird man das Schulsystem von oben bis unten ändern müssen. So wie es ist, so wie die Elementarschule ist, geht es nicht! Was jetzt in den acht Pflichtjahren passiert, erzieht bestenfalls den Typus Mensch, der reden kann, ohne etwas zu wissen, der zuhören kann, ohne auch nur ein Wort zu verstehen. Das ist das Material, aus dem man Diktaturen schnitzt. Wir wissen, wie."

In den zehn Jahren, die vergangen sind, seitdem der heutige CDU-Bundestagsabgeordnete sein ebenso wohlfundiertes wie vernichtendes Urteil über das bundesdeutsche Bildungswesen abgab, ist mancherlei geschehen:

Während man beispielsweise in Frankreich und in der Sowjetunion inzwischen bereits zum zehnten Pflichtschuljahr übergegangen ist; während Großbritannien ein elftes Pflichtjahr vorbereitet und in den USA sogar die zwölfjährige Einheitsschule zu mehr als siebzig Prozent eingeführt werden konnte, ist die Bundesrepublik auf diesem Gebiet zum Schlußlicht unter den modernen Industriestaaten der Welt geworden.

Nur in den überwiegend protestantischen, meist sozialdemokratisch regierten Bundesländern ist bislang wenigstens das neunte Volksschuljahr eingeführt worden. In den übrigen Bundesländern ist sogar das neunte Pflichtjahr erst „beschlossene Sache", und man ist dabei, es bis 1967 überall — außer in Bayern,

Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg — einzuführen. Diese drei besonders rückständigen Bundesländer werden sich vorerst weiterhin mit acht Pflichtschuljahren begnügen. Sie hoffen, bis zum Jahre 1967 wenigstens dreißig bis fünfzig Prozent ihrer Schulen mit einem neunten Pflichtjahr „belasten" zu können. (Zum Vergleich: In der DDR ist die neunjährige Grundschule längst Wirklichkeit. Man ist dabei, zum zehnten Pflichtjahr überzugehen.)

Ein weiteres Charakteristikum der bundesdeutschen Bildungssituation, ja geradezu ein Symbol der Rückständigkeit unseres Schulwesens, ist die ländliche, meist nur einklassige Zwergschule, wo alle Kinder — vom ABC-Schützen bis zu den kurz vor der Schulentlassung stehenden Vierzehn- bis Fünfzehnjährigen — in einem Raum zur gleichen Zeit von derselben Lehrkraft unterrichtet werden. Diese einklassigen, im Fachjargon „Zwerge vom Hinterwald" genannten Dorfschulen sind durchaus keine Seltenheit, und ihre Gesamtzahl hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten keineswegs abgenommen, sondern sich verdoppelt. (In Bayern gibt es gegenwärtig sogar dreimal soviele einklassige Zwergschulen wie 1950!). Es bedarf kaum näherer Ausführung, daß an den Zwergschulen den Schülern nur ein Minimum an Wissen vermittelt werden kann; daß dadurch nur ein weit unter dem Durchschnitt liegender Prozentsatz von ihnen auf weiterführende Schulen oder gar Universitäten gelangt und daß die gleichzeitige Unterrichtung von acht Jahrgängen durch eine Lehrkraft diese nicht bloß überfordert, sondern auch im ganzen gesehen höchst unrationell ist.

Der Raubbau, der so mit den Kräften (und dem guten Willen) der Lehrer und Lehrerinnen getrieben wird, könnte zu der Annahme verleiten, es gebe ihrer genug. Ähnliches könnte man vermuten, wenn man die zunehmende Aufsplitterung der staatlichen Volksschule in katholische und evangelische Konfessionsschulen beobachtet, denn natürlich benötigt man für konfessionell aufgeteilte Klassen und Schulen die doppelte Anzahl von Lehrkräften.

Tatsächlich besteht jedoch in der Bundesrepublik kein Überfluß, sondern ein akuter Mangel an Lehrern, und in wenigen Jahren wird sich der gegenwärtige Notstand zur Katastrophe ausgeweitet haben.

Bis 1970 werden nämlich die geburtsstarken Jahrgänge, die jetzt heranwachsen, die bundesdeutschen Volksschulen überflutet haben, und außerdem werden dann rund eine halbe Million Schüler ein Jahr länger auf den Schulen bleiben, weil das neunte Pflichtjahr von 1967/68 an überall — ausgenommen in den drei rückständigsten Bundesländern — eingeführt sein wird.

Die Kultusminister haben errechnet, daß sie zur Aufnahme dieser Schüler bis 1970, außer den laufenden Ausgaben, weit über vierzig Milliarden Mark für Neubauten und sonstige einmalige Investitionen benötigen. Sie wissen allerdings auch, daß sie keine Aussicht haben, auch nur die Hälfte dieses Geldes in den wenigen noch zur Verfügung stehenden Jahren aufzutreiben.

Aber selbst diese beklemmende Aussicht ist noch ihre geringste Sorge: Zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik rund 260 000 haupt- und nebenberufliche Lehrer, die zusammen rund 8,7 Millionen Schüler unterrichten. Bis zum Jahre 1970 wird die Schülerzahl auf fast elf Millionen angestiegen sein. Um im Verhältnis ebenso viele Lehrer für elf Millionen Schüler zu haben wie jetzt für 8,7 Millionen, benötigt man neue Kräfte. Außerdem müssen die in den nächsten fünf Jahren aus dem Schuldienst ausscheidenden Pensionäre durch junge Lehrer ersetzt werden. Insgesamt errechnet sich daraus ein Bedarf von rund 350 000 Nachwuchskräften bis zum Jahre 1970.

Wie die Aussichten sind, dieses Ziel zu erreichen, kann man sich leicht selbst ausrechnen. Man muß dazu nur wissen, daß jeder Lehrer, als Voraussetzung für seine Ausbildung, die Reifeprüfung einer höheren Schule abgelegt haben muß

und daß nach der Schulstatistik in der Bundesrepublik mit jährlich rund fünfzigtausend Abiturienten gerechnet werden kann.

Also, selbst wenn sich bis 1970 s ä m t l i c h e Abiturienten aller bundesdeutschen Schulen dazu entschließen könnten, Lehrer zu werden, so reichte die Gesamtzahl der noch in Frage kommenden Jahrgänge längst nicht aus, auch nur den Mindestbedarf zu decken, der zur Aufrechterhaltung der jetzigen, schon völlig unzulänglichen Verhältnisse nötig wäre.

Dabei ist die Vorstellung, alle Abiturienten könnten Lehrer werden, ohnehin absurd, ganz zu schweigen davon, wer dann wohl den ebenso dringenden Nachwuchsbedarf an Ärzten, Ingenieuren, Chemikern, Volkswirten und tausend anderer akademischer Berufe stellen sollte!

Es wird also gar nichts anderes übrigbleiben, als die Durchschnittszahl der von jedem Lehrer zu unterrichtenden Schüler weiter kräftig zu erhöhen, pensionsreife Lehrer an den Schulen festzuhalten, in Schnellkursen ausgebildete Hilfskräfte einzustellen, zum Beispiel Hausfrauen mit Abitur und pädagogischen Neigungen, und schließlich die dringend einer Erweiterung bedürfenden Lehrpläne noch mehr einzuschränken.

Am Ende wird ein wachsender Qualitätsverlust in Kauf genommen werden müssen.

Das bundesdeutsche Bildungsniveau wird weiter absinken, und in Anbetracht der fehlenden Lehrer, Klassenräume und Geldmittel für eine durchgreifende Modernisierung ist natürlich auch vorerst nicht daran zu denken, ein zehntes, elftes oder gar zwölftes Pflichtschuljahr einzuführen, wie das in vergleichbaren Ländern längst der Fall ist.

Die Sünden der letzten zwanzig Jahre: die Aufrechterhaltung dörflicher Zwergschulen, die mancherorts sogar noch vermehrt worden sind; die konfessionelle Aufsplitterung der Volksschulen; die höherer Bildung feindliche Unterrichtung mit ebenso verstaubten wie wirklichkeitsfremden Volksschulbüchern — diese und ein Dutzend weiterer künstlicher Hemmnisse haben die Bundesrepublik zum abstiegsreifen Tabellenletzten in der internationalen Konkurrenz der modernen Industriestaaten werden lassen.

Die Folgen treffen das ganze Volk. Dafür ließen sich hundert Beweise anführen. Einer möge genügen:

In den besonders rückständigen Gebieten der Bundesrepublik kommen im Verhältnis zum Gesamtdurchschnitt viel zu wenig Kinder zu höherer Schulbildung und Hochschulreife. Natürlich sind Kinder aus dem Hunsrück, dem Schwarzwald oder dem ländlichen Niederbayern keineswegs von Natur aus dümmer als die Jugend Hessens oder Hamburgs. Aber ihre Intelligenz bleibt oft ungenutzt, ihre Talente verkümmern in idyllischen Zwergschulen, ihr Eifer wird von lebensfeindlichen, ein Häuslerdasein in Armut und Frömmigkeit preisenden Fibeln gedämpft.

Dazu kommen die oft viel zu großen räumlichen Entfernungen, die viele Landkinder von den höheren Schulen fernhalten, und nicht zuletzt auch Hemmnisse, die in der Einstellung der Eltern, ihrer eigenen Erziehung und dem Einfluß stockkonservativer Respektspersonen liegen. „Daß die moderne Gesellschaft eine Bildungsgesellschaft ist, hat sich noch keineswegs allgemein durchgesetzt", schreibt dazu der Tübinger Professor Ralf Dahrendorf, der dieses Problem eingehend untersucht hat. Dabei zeigte sich, daß „für viele Eltern in Landbezirken oder in Arbeiterberufen die höhere Schule für ihre Kinder einfach außerhalb des Horizonts der erlebten Möglichkeiten liegt. Hier fehlt es noch an Information". Und, so möchte man hinzufügen, an einer zielbewußten fortschrittlichen Bildungspolitik.

In der Statistik der Bundesrepublik wirkt sich das alles zusammen so aus: Während auf der einen Seite der Bedarf an Abiturienten und Akademikern in nahezu allen Bereichen kräftig ansteigt, nimmt die Zahl der zu höherer Schulbildung, zum Abitur oder gar zum Studium kommenden Jugendlichen nur ganz langsam zu. Daraus entsteht ein von Jahr zu Jahr größer werdender, beängstigender Mangel an hochqualifizierten Nachwuchskräften.

Dieser Mangel wird doppelt spürbar: Einmal in der Quantität, die immer weniger ausreicht, zum anderen in der Qualität, die stetig nachläßt.

Wenn die Anforderungen, die von der Schule her, beispielsweise an Abiturienten, gestellt werden, immer geringer werden, weil es an Lehrern, Klassenräumen und modernen Lehrmitteln fehlt, so sinkt zwangsläufig auch das Ausbildungsniveau des akademischen Nachwuchses. Welche Folgen sich daraus in Kürze ergeben werden, beschrieb Dr. Georg Picht in der (sonst ja keineswegs in Opposition zur bundesdeutschen Regierungspolitik stehenden) Zeitschrift „Christ und Welt":

„Der bisherige wirtschaftliche Aufschwung wird ein Ende nehmen, wenn uns die qualifizierten Nachwuchskräfte fehlen, ohne die im technischen Zeitalter kein Produktionssystem etwas leisten kann. Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht. Aber die politische Führung in Westdeutschland verschließt vor dieser Tatsache beharrlich die Augen und läßt es in dumpfer Lethargie oder in blinder Selbstgefälligkeit geschehen, daß Deutschland" (gemeint ist hier: die Bundesrepublik) „hinter der internationalen Entwicklung der wissenschaftlichen Zivilisation immer weiter zurückbleibt."

III

Dürften diese wenigen Feststellungen zur gegenwärtigen bundesdeutschen Bildungssituation, die sich durch mindestens ebenso beunruhigende Berichte über die vernachlässigte wissenschaftliche Forschung ergänzen ließen [1]), bereits eindeutig zeigen, wie begründet die Sorge derer ist, die wegen ihres „Geredes vom Bildungsnotstand" von der CDU-Spitze verhöhnt und bezichtigt werden, nichts als „ungeheueren Unfug", „dummes Geschwätz", „Idiotie" und „nihilistische Saat" zu verbreiten, so bringen uns die zitierten Ausführungen Georg Pichts zum zweiten Punkt unserer Untersuchung:

Welche Gründe mögen die maßgebenden CDU-Politiker haben, sich gegen den Fortschritt zu stemmen, die Zwergschulen zu preisen (und zu vermehren) und die drohende Bildungskatastrophe zu verharmlosen, ja zu romantisieren? Ist es bei ihnen nur — wie Picht meint — ‚dumpfe Lethargie' und ‚blinde Selbstgefälligkeit'? Oder steckt dahinter ein Plan, eine Absicht?

Eine Teilantwort auf diese Fragen findet sich in einer Reihe von Schulbüchern, die in der Bundesrepublik eingeführt sind und bis heute Verwendung finden: „Die modernen Bestrebungen, Wissenschaft und Kunst allen Volksgenossen (!) zugänglich zu machen", heißt es beispielsweise in der Katholischen Sittenlehre für Höhere Schulen, ‚Licht und Leben', Patmos-Verlag, Düsseldorf, 18. Auflage, 1961, „verdienen a n s i c h Beifall und Förderung; sie werden gefährlich und bringen mehr Schaden als Nutzen, wenn sie das Bildungsgut unterschiedslos an jeden herantragen."

Für die breite Masse des Volkes, so muß man aus diesem Zitat und der kulturpolitischen Praxis in den überwiegend katholischen, von der CDU/CSU regierten Bundesländern folgern, genügt als Bildung, was in den Fibeln und Religionsbüchlein steht, etwa: „Der Dienstbote schuldet der Herrschaft ehrfürchtige An-

[1]) Vgl. „Bundesbericht Forschung I" des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung, Januar 1965.

hänglichkeit", „Wir müssen den Vorgesetzten gehorchen, weil ihre Gewalt von Gott kommt" oder „Alle staatliche Gewalt hat ihren Ursprung im Willen Gottes. Die Autoratität wie der Gehorsam sind daher . . . von Gottes Gnaden" [2]).

Ergänzt werden diese sonderbaren Schulbuch-Weisheiten durch Äußerungen, etwa des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, der erklärte, die Jugend brauche die Wärme des Nestes unserer dörflichen Lebensgemeinschaft, wo sie für uns vom Geistlichen wie vom Geistigen wie vom Gemüthaften her noch erreichbar ist", oder eines großen Bistumsblattes, das kürzlich erst das bestehende Bildungssystem samt seinen Zwergschulen mit der Beschwörung verteidigte: „Bravsein ist wichtiger als intelligent werden!" [3])

Die in allen diesen Zitaten zum Ausdruck kommende Bildungsfeindlichkeit, die gepaart ist mit dem Bestreben, die Jugend nicht zu denkenden Staatsbürgern, sondern zu obrigkeitsgläubigen Untertanen zu erziehen, die „vom Geistlichen . . . wie vom Gemüthaften her noch erreichbar sind", läßt sich allenfalls begreifen als ein Relikt eines konservativ-reaktionären Katholizismus, wie er im frühen 19. Jahrhundert zur Eindämmung der Folgen der Französischen Revolution entwickelt wurde. Dieser innerhalb der CDU/CSU einflußreichen Richtung galt die durch die Katholische Nachrichtenagentur im Februar 1965 verbreitete Mahnung des neuen bayerischen Kultusministers Huber, der erklärte, „sollten die Katholiken die Zeichen der Zeit nicht sehen, so muß man sie mit Recht als rückständig und weltfeindlich verschreien". Die Frage, ob Katholiken dümmer seien als Nicht-Katholiken, fuhr der Minister fort, sei sachlich gerechtfertigt. Denn ein Volk, das darauf angewiesen sei, mit seinen geistigen Kräften den Existenzkampf zu führen, habe ein Recht, eine Gruppe seiner Gesellschaft, die an diesem Rennen nicht den gebührenden Anteil nimmt, nach den Gründen zu fragen.

Die Kirche, so stellte Huber weiter fest, habe das 18. und 19. Jahrhundert nun überwunden, das Kirchenvolk aber noch nicht überall. Zwar könnten die Probleme des ländlichen Bildungswesens nicht ohne oder gar gegen die Kirche gelöst werden. Aber, so fragte der Minister, „ist ein Unterricht, wie ihn unsere komplizierte Welt erfordert, in einer einklassigen Landschule überhaupt noch möglich? Hat nicht die Motorisierung die Mobilität, das heißt die Beweglichkeit des Landvolks so gefördert, daß heute der junge Mensch bereits in größeren Einheiten denkt und fühlt? Gibt es die Kirche beim Dorf noch? Gebietet der Mangel an Lehrern nicht ihren rationellen und konzentrierten Einsatz? Muß nicht auch die Kirche daran denken, ihre Seelsorge-Organisation neu zu ordnen?"

Die von Huber so mutig geforderte Reform der bayerischen Schulen steht noch aus. Ihre Durchsetzung kann nur im heftigen Kampf mit den rückschrittlichen Elementen in Hubers eigener Partei und in den Reihen des niederen Klerus erfolgen, wobei Huber den Münchener Kardinal-Erzbischof Döpfner jetzt auf seiner Seite weiß.

Aber selbst wenn den Bemühungen des neuen bayerischen Kultusministers ein voller Erfolg beschieden sein sollte, was angesichts der Heftigkeit des Widerstands noch fraglich ist, so kommt die Reform um mindestens ein volles Jahrzehnt, wenn nicht um mehr als ein halbes Jahrhundert zu spät.

Zu dem katholisch-konservativen Element innerhalb der CDU/CSU, das die Reform des Bildungswesens in Süd- und Westdeutschland solange bewußt verzögert hat, gesellen sich protestantisch-deutschnationale Strömungen, deren Bildungsfeindlichkeit ähnliche Wurzeln zu haben scheint, wie sie das preußische

[2]) aus „Licht und Leben", a.a.O., sowie aus „Katholisches Religionsbüchlein für die Grundschule", Kösel-Verlag, München.

[3]) vgl. Regensburger Bistumsblatt, Oktober 1964.

Drei-Klassen-Wahlrecht hatte. ‚Eines schickt sich nicht für alle', das ist das Motiv der Bildungspolitik dieser Richtung, und Kai-Uwe von Hassel ist ihr Exponent.

Bundeskanzler Ludwig Erhards feindselige Haltung gegenüber denen, die eine grundlegende Reform des rückständigen Bildungswesens der Bundesrepublik fordern, scheint von zweierlei getragen zu sein: Von der Anschauung, daß „allzu viel Bildung nur den sozialen Frieden gefährdet", und von seinem Selbstverständnis des eigenen Werdegangs: „Mir wurde (auch) nicht an der Wiege gesungen, daß ich mal Bundeskanzler würde. Ich bin es doch geworden" — ohne Abitur — „weil ich mir treu geblieben bin und weil ich an mir gearbeitet habe." Und: „Mir ist die Gabe verliehen, das Schicksal eines Volkes gnädig zu gestalten."

(Die katholisch-konservativen Pendants zu den Thesen der Protestanten Erhard und von Hassel lauten: „Wir wollen keine intelligenten Kinder, wir wollen brave Kinder!" und „Es ist gefährlich und bringt mehr Schaden als Nutzen, wenn das Bildungsgut unterschiedslos an jeden herangetragen wird.")

Übrigens haben beide, von ihrem Standpunkt aus, recht: Bei einer Repräsentativumfrage, die das Allensbacher Institut für Demoskopie vor einigen Jahren durchgeführt hat, erkundigten sich die Meinungsforscher bei unterschiedlich gebildeten und informierten Arbeitern, welcher Ansicht sie zuneigten:

1. Die soziale Lage der Arbeiterschaft läßt sich nicht durch Verhandlungen verbessern. Die Arbeiterklasse kann ihre Rechte nur im ständigen Kampf gegen die Unternehmer, notfalls mit Streik, durchsetzen; o d e r
2. Der Lebensstandard im Bundesgebiet hat sich seit der Währungsreform ständig gebessert. Was wir brauchen, ist auch weiterhin Zusammenarbeit aller Berufsgruppen und Bevölkerungskreise.

Zwar entschieden sich die gut, mäßig und schlecht informierten Arbeiter in der Mehrzahl für die zweite Alternative, Erhards soziale Marktwirtschaft, und zwar in umso stärkerem Maße, je schlechter sie informiert waren. Aber für die klassenkämpferische erste Möglichkeit waren nur 23 Prozent der Unwissenden, jedoch 42 Prozent der Geschulten. Offenbar wächst mit zunehmender Information die Skepsis gegenüber allzu frommen Sprüchen . . .

IV

„Wenn man es in Deutschland je zu einer funktionierenden Demokratie bringen will, wird man das Schulsystem von oben bis unten ändern müssen", hatte der heutige CDU-Abgeordnete Erich Peter Neumann vor zehn Jahren resümiert.

Indessen waren und sind die führenden Männer der in der Bundesrepublik seit sechzehn Jahren herrschenden Regierungspartei daran so wenig interessiert wie an einer Neubelebung des Klassenkampfes, die — sozusagen als Abfallprodukt besserer Informationen der untersten Gesellschaftsschichten — bei einer grundlegenden Reform des Bildungswesens eintreten hönnte. Erst die jetzt rasch um sich greifende Erkenntnis, daß die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, und damit die Wohlstandsgesellschaft schlechthin, von ausreichendem Nachwuchs hochqualifizierter Kräfte abhängt, gibt den Reformbestrebungen eine Chance, die vielfältigen Widerstände zu überwinden, die sich besserer Bildung für alle entgegenstellen. Der allmähliche Rückfall ins Beinahe-Analphabetentum bedroht das Wirtschaftswunder . . .

„Halla muß noch einmal über die Hürde", faßte CDU-Bundestagskandidat Felix von Eckhardt die Meinung der Intelligenz innerhalb der Unionsparteien über Kanzler Ludwig Erhard zusammen, „dann schicken wir sie auf die Weide . . ."

Sidney Lens

Die Auslandstätigkeit der amerikanischen Gewerkschaften

Die Lovestone-Diplomatie

Sidney Lens, über zwanzig Jahre lang Führer einer örtlichen Gewerkschaft der AFL Building Service Union in Chicago, mit der er noch immer verbunden ist, beschäftigt sich zur Zeit mit schriftstellerischer Arbeit und Vorträgen. Er ist der Verfasser von acht Büchern, deren letztes ‚The Futile Crusade' (Der vergebliche Kreuzzug): Anti-Communism as American Credo' heißt. Als Mitarbeiter vieler Zeitschriften und Zeitungen hat S. Lens 81 Länder besucht. Der folgende Aufsatz erschien zuerst in der angesehenen und unabhängigen amerikanischen Zeitschrift „The Nation", die uns freundlicherweise den Nachdruck gestattete. D. Red.

In einem Büro im vierten Stock des ‚Marmorpalastes' der AFL-CIO, direkt gegenüber dem Weißen Haus, sitzt Jay Lovestone, einst Chef der amerikanischen kommunistischen Partei, in den letzten 25 Jahren jedoch ein verbissener Antikommunist wie kaum ein zweiter in den Vereinigten Staaten. Von seinem Büro aus leitet er eine Anzahl von Männern, die auf Befehl von George Meany einen weltweiten Kampf gegen den Kommunismus führen. Harry Goldberg war mit Lovestone durch Jahrzehnte innerhalb und außerhalb der kommunistischen Bindung zusammen, macht aber den Eindruck, als ob er sich am liebsten in seinen alten Job als Musikkritiker beim The New Leader zurückwünscht. Andrew McClellan, früher Amateur-Stierkämpfer, ist einfachen Gemüts, man kann leicht mit ihm sprechen. Sein Anti-Kommunismus scheint unverrückbar wie der Polarstern zu sein. Ernest Lee, ein ehemaliger Major der Marine-Infanterie, ist Meanys Schwiegersohn. Henry Rutz war früher Sozialist in Milwaukee, und dann sind da noch ein paar andere von geringerer Bedeutung.

Ungefähr eine Meile entfernt befindet sich auf einem Gelände an der Ecke K-Street und 19. Straße, in dem auch Joseph Beirne's Communication Workers of America ihren Sitz haben, das Büro des American Instituts for Free Labor Development (AIFLD), das die Aufgabe hat, den Kommunismus aus Lateinamerika herauszuhalten. Hier sitzt Serafino Romualdi, der Hausherr des AIFLD, ein angenehmer, rundgesichtiger Mann im Pensionsalter, der hofft, in Kürze mit dem Botschafterposten in Costa Rico belohnt zu werden. Ein oder zwei Stock über ihm ist das Büro von William C. Doherty jr., der die Abteilung für Sonderprojekte des AIFLD leitet. Er ist der Sohn eines früheren Vize-Präsidenten der AFL-CIO, der später Botschafter in Jamaica war. Der junge Doherty untersteht zwar technisch Romualdi, ist aber ansonsten selbständig in seinem Bereich.

Schließlich gibt es noch 250 Meilen entfernt in New York — in der Second Avenue und in der East 46. Straße resp. — zwei Büros, die der Herrschaftsbereich von Irving Brown sind, nach Lovestone das wichtigste Mitglied dieses Vereins.

Wo immer es ein ‚kommunistisches Problem' gibt, stößt man sicher auf Irving Brown. In der Second Avenue ist er der Vertreter der International Con-Federation of Free Trade Union (ICFTU); in der East 46. Straße ist er der Exekutiv-Direktor einer Neugründung, die sich African-American Labor Center nennt.

In seiner ICFTU-Tätigkeit wird Brown zeitweise von Arnold Beichman unterstützt, der ein fähiger Schriftsteller und politischer Theoretiker ist und oft in der New York Herald Tribune und im The Christian Science Monitor schreibt.

Diese Männer sind zusammen mit Meany, Beirne und David Dubinsky, dem Präsidenten der International Ladies' Garment Workers' Union, die Kalten Krie-

ger der organisierten Arbeiterschaft. Zwei Jahzehnte hindurch haben sie das gemacht, was man ‚von außen geplanten Umsturz' nennen würde, wenn es die andere Seite tut. In der Tat haben sie sich in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten eingemischt, ohne daß sie für diese Aktion dem Kongreß, dem amerikanischen Volk oder in dieser Hinsicht der amerikanischen Arbeiterklasse verantwortlich wären.

Traditionell hat man immer angenommen, daß die Arbeiterbewegung ihre Tätigkeit auf internationalem Gebiet auf zwei Aufgaben beschränkt:

- Druck auf die eigene Regierung, um eine der Weltbewegung der Arbeiter günstige Außenpolitik herbeizuführen;
- Unterstützung ausländischer Gewerkschaften und Organisierung von Maßnahmen, um einen internationalen Streikbruch zu verhüten, sowie Austausch von Informationen mit ausländischen Arbeiterorganisationen.

Aber seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat das Lovestone-Meany-Team drei Schritte über diese Grenze hinaus gemacht:

- Außer in einigen wenigen Fällen von Meinungsverschiedenheiten mit der US-Politik (zumeist weil sie dem Kommunismus gegenüber nicht „hart" genug war) hat es praktisch in unpassender Weise als Agent der amerikanischen Regierung gedient.
- Es hat im Auslande eine so aggressive Rolle gespielt, daß es zu einem Faktor im inneren Leben fremder Nationen geworden ist.
- Zumindest indirekt hat es sich in Spionageangelegenheiten ziehen lassen.

Gleichermaßen beunruhigend bei dieser Lovestone-Meany-Tätigkeit ist ihre negativistische Einstellung in der Weltpolitik. Es handelt sich nicht darum, daß diese Männer gegen den Kommunismus sind, wie die meisten von uns auch, nicht einmal, daß sie dem Kontakt mit den kommunistischen Ländern Widerstand entgegensetzen. Der springende Punkt ist vielmehr, daß ihre Grundstrategie ein schematischer Antikommunismus ist, der in den meisten Fällen von demjenigen der äußersten Rechten nicht unterscheidbar ist. Sie haben nicht bloß gegen kommunistische Organisationen Frontstellung bezogen, sondern auch gegen viele nichtkommunistische Gruppen, die nur im Lexikon der Rechten als „weich gegenüber dem Kommunismus" gelten.

Ein amüsanter Vorfall im vergangenen März warf ein bezeichnendes Licht auf die außenpolitische Rolle der AFL-CIO. Er zeigte auch eine gewisse Spannung in der Allianz der Gewerkschaftsdiplomaten an. George Meany, dieser „ehrliche Installationsarbeiter", der an der Spitze der AFL-CIO steht, beschimpfte den 130-Mann-Stab der International Confederation of Free Trade Unions als ‚durch und durch unwirksame Bürokratie'. Nachdem sich die Aufregung gelegt hatte, erklärte Meany, daß er nur den „Klatsch usw." meine, den man „in jeder Bürokratie finden" könne. Er wolle niemandes Fähigkeit bestreiten, sondern nur auf die Wirksamkeit hinweisen. Die ICFTU-Organisation sei eine „komplette und absolute Bürokratie", die Tätigkeiten ausübe, .die „unethisch oder noch schlimmer" seien. In den Arbeiterbewegungen des industriellen Westeuropa wurde diese Sache aber nicht so auf die leichte Schulter genommen. „Arbetet", eine sozialistische Zeitung in Schweden, veröffentlichte einen Artikel: „Doppelzüngigkeit in der Trade Union International / Gewerkschaftsboss in den USA attackiert den Hilfsfond". Die Zeitung fand Meanys Behauptung, daß irgend etwas mit dem Fond nicht stimme, „sonderbar", weil er ja der „Vorsitzende des Direktoriums des Hilfsfonds" sei. „Er führte ja die ganze Sache, und als Vorsitzender verfügt er mit die Entscheidungen, die der Fond trifft".

Auch andere nichtkommunistische Gewerkschaftler im Ausland hielten Meanys Verhalten für „sonderbar", keiner aber scheint sich danach zu drängen, tiefer in

die Sache einzudringen. Amerikanische Kritiker der Außenpolitik Meanys, wie Walter und Victor Reuther oder James B. Carey oder Ralph Helstein von der United Packinghouse Gewerkschaft, behalten ihre abweichende Meinung für sich. Aber auf der Galerie der Arbeiterbewegung hier und im Ausland hört man ominöse Gerüchte über eine Geheimtätigkeit und Verbindungen zu den Nachrichtendiensten, über eine Zusammenarbeit mit der Regierung, die weit über die Gewerkschaftspflicht hinausgeht, über eine Politik, die sich fest an die extreme Rechte anhängt.

Man darf wohl kaum von einer gemäßigten Arbeiterbewegung wie der AFL-CIO annehmen, daß sie weit von dem durch das State Department ausgetretenen Pfad abweicht und einen eigenen Kurs verfolgt, um das Wettrüsten zu beenden. Aber man sollte auch nicht erwarten, daß sie ein aktiver Bundesgenosse der aggressivsten Elemente in unserem State Department wird. Ebenso wenig ist man darauf vorbereitet, feststellen zu müssen, daß die AFL-CIO einen beträchtlichen, die ganze Welt umspannenden Apparat besitzt und Millionen von Regierungsmitteln für ihre Arbeit verwendet.

Was die US-Regierung nicht direkt tut, weil es eine offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen sein würde, und was die CIA nicht tun kann, weil sie verdächtig ist, das macht die AFL-CIO für beide. Mittels scheinbar unschuldiger Beziehungen zwischen den Gewerkschaften des einen Landes mit denen des anderen wirft die AFL-CIO ihr Gewicht in die Waagschale, um Regierungen ein- und abzusetzen, mit dem Ziel, im Ausland jenen besessenen Antikommunismus einzuführen, der sich hier so fest verwurzeln konnte. Jay Lovestone hat kein öffentliches Amt inne, aber es wäre naiv, zu verkennen, daß er die gesamte staatliche Politik beeinflußt.

Edwin Lahey, der Washington-Korrespondent der Knight-Zeitungen, beschrieb einmal Lovestone als einen „wirklichen Mann des Geheimnisses, dessen Persönlichkeit teils Verschwörercharakter besitzt, teils mit bürgerlichen Maßstäben zu messen ist". Lahey bemerkte, daß „Lovestone ziemlich dumm immer wieder betont, daß es keine formale Verbindung zwischen ihm und der Central Intelligence Agency, noch zwischen ihm und dem Department of State gibt, (aber) es kann ohne Einschränkung gesagt werden, daß die CIA . . . in den letzten Jahren eine Menge ihrer Erstinformation über den internationalen Kommunismus von Lovestone erhielt."

> Eine Meldung der Chicago Tribune vom 17. Dezember 1954 besagt, daß „Lovestone bereitwillig zugibt, daß sein AFL-Free Trade Union-Ausschuß nachrichtendienstlich tätig ist". Ein Lobesartikel von Reader's Digest über Irving Brown, geschrieben von Donald Robinson, einem ehemaligen Mitglied des AFL-Stabes, berichtet, daß Hans Jahn, der Vorsitzende der deutschen Eisenbahnergewerkschaft, „mir von einer Geheimorganisation erzählte, die er aufgebaut habe . . . Irving Brown hat uns geholfen . . . Vieles, was er (Brown) auf diesem Untergrundsektor getan hat, kann nicht berichtet werden. Es würde das Leben seiner Mitarbeiter und ihre Mission gefährden".

Als 1962 die AIFLD gegründet wurde, zog man drei oder vier Männer für den Spitzenposten in Erwägung, bevor er Romualdi gegeben wurde. Zwei von ihnen, die ich seit vielen Jahren kenne, sagten mir, daß sie von der Bewerbung Abstand nahmen, als sie gerüchteweise von einem gewissen Michigan Fond hörten. Der Michigan Fond ist eine von 8 Stiftungen, die, laut dem Abgeordneten Wright Patman, in den Jahren 1961—1963 fast eine Million Dollar dem J. M. Kaplan Fond in New York zuleiteten. Und der Kaplan Fond seinerseits, so sagt der Abgeordnete Patman, ist ein „geheimer Kanal" der Central Intelligence Agency. Der Michigan Fond besitzt eine Anschrift, aber keine Telefonangabe. Ein Jahr

bevor er vom Finanzministerium die Erlaubnis erhielt, seine Buchführung geheim zu halten, verzeichnete er jährlich Gesamtausgaben in Höhe von 60,51 Dollar. Einer der Kandidaten für den AIFLD-Posten, dem gesagt wurde, daß der Michigan Fond „uns einen Haufen Geld geben würde", war kühn genug, beim Finanzministerium anzufragen. Als dort nichts davon bekannt war, zog er seine Bewerbung zurück.

Wo immer man in dieser Arena der internationalen Gewerkschaftstätigkeit hinschaut, bemerkt man ein Geflecht von Geheimfonds und von Geheimdienstarbeit. Die New York Times vom 5. Oktober 1947 berichtete über die Schaffung einer Organisation, die Free Trade Union Center im Exil genannt wurde. In Paris hat sie zusammen Büros mit der Force Ouvrière, die ganze Geldpakete von Irving Brown erhalten hat. Laut Times „scheint sie auch eine in Betrieb befindliche Nachrichtenabteilung zu besitzen". Nach dem Generalstreik in Britisch Guayana im Jahre 1963 — den Drew Pearson als „von einer Kombination von CIA-Geld und dem British Intelligence inspiriert" bezeichnet — behauptete der Ministerpräsident Cheddi Jagan, daß seinen Gegnern 1,2 Millionen Dollar aus amerikaschen Quellen zur Verfügung gestellt wurden. Seine Zahl mag hochgegriffen sein, aber bei 20 000 bis 25 000 Arbeitern im Ausstand elfeinhalb Wochen hindurch würde das nur 45 oder 60 Dollar pro Kopf bedeuten. Als ich im August 1963 in Britisch Guayana war, informierte mich ein Gewerkschaftsangestellter namens Pollidor, daß die Streikenden 3 Dollar wöchentlich in Nahrungsmitteln über die gesamte elfeinhalb-Wochen-Periode erhielten. Das beläuft sich insgesamt auf etwas zwischen 700 000 und 850 000 Dollar. Andrew McClellan, der die interamerikanische Tätigkeit der AFL-CIO leitet und der sich während des Streiks in Georgetown und seiner Umgebung befand, sagte mir, daß er nicht genau wisse, wieviel die amerikanischen Gewerkschaften beigetragen haben. Persönlich könne er sich an ungefähr 50 000 Dollar erinnern, aber vielleicht wäre es auch mehr. Aber auch dann bleibt eine beträchtliche Lücke zwischen den Zahlen von Pollidor und Jagan und jenen McClellans. Wer hat sie ausgefüllt? Wenn es AFL-CIO-Geld war, warum hat man darüber nicht Rechenschaft abgelegt, besonders da die Rolle der US-Gewerkschaften in Britisch Guayana sowohl hier als auch in England kritisiert wurde? Wenn es CIA-Geld war, wer war dann der Vermittler?

Die Liste der amerikanischen Gewerkschaftler, die vor, während und nach dem Streik in Georgetown waren, ist sehr ansehnlich, besonders wenn man bedenkt, daß es sich nur um ein Land mit einer Bevölkerung von 600 000 Menschen handelt. Unter den Besuchern befanden sich McClellan, William Doherty jr. und Ernest Lee von der Spitzengruppe; William McCabe, ein Sondervertreter der AFL-CIO; Gene Meakins von der Zeitungsgewerkschaft; zwei Gewerkschaftsfunktionäre der Einzelhandelsangestellten; Pat Terill von den Stahlarbeitern; Ben Segal von den Elektrizitätsarbeitern; und vier oder fünf andere, dazu noch einige Lateinamerikaner. McCabe soll die ganze Zeit anwesend gewesen sein. Einige der Gewerkschaftler, wie z. B. Segal, besaßen bereits alte Verbindungen zu den Guayanern, andere aber waren zum ersten Male im Lande. Gerard P. O'Keefe von den Einzelhandelsangestellten sagte mir, daß er helfen solle, eine Arbeitsgesetzgebung in Opposition zu der von Jagan vorgelegten zu formulieren. Meakins beschäftigte sich mit public-relations-Arbeit für die Man Power Citizens Association (MPCA), der Gewerkschaft, um deren Unterstützung die zwei hauptsächlichsten politischen Parteien kämpften. Es ging nicht um irgendwelche wirtschaftlichen Fragen. Der Streik wurde gegen Jagans Arbeitsgesetzgebung, die die sich an den US-Wagner Act anlehnte und den 20 000 MPCA-Arbeitern die Chance einer Gewerkschaftsvertretung geben wollte, ins Leben gerufen. (Der MPCA-Führer, Richard Ishmael, war so unpopulär, daß laut Segal die Erwähnung

seines Namens auf einer Gewerkschaftsversammlung zum Signal für ein anhaltendes Auspfeifen wurde.) Warum haben sich amerikanische Gewerkschaftler in einen politischen Streit in einem fremden Land verwickeln lassen? Haben sie mit der US-Regierung zusammengearbeitet?

Die Verbindungen zwischen dem State Department und den internationalen Sendboten Meany's sind unbestreitbar vorhanden. Die AFL-CIO hat ihren eigenen Verbindungsmann im Department. Es ist George P. (Phil) Delaney, der Special Assistant beim Staatssekretär für internationale Arbeitsfragen ist. Praktisch kann kein Arbeitsattaché für einen diplomatischen Posten ernannt werden, wenn Meany und Lovestone Delaney mitteilen, daß sie dagegen sind. Ein Mann, der eine Anstellung in Arbeitsfragen bei der Agency For International Development (AID) suchte, sagte mir, daß seine Bewerbung aufgehalten wurde, weil Meany Vorbehalte wegen seiner Einstellung zum Kommunismus hatte. Ihm wurde von seinen Befürwortern geraten, einen Empfehlungsbrief von Dubinsky zu erwirken, um Meany's Argwohn zu zerstreuen. Ein anderer Bewerber, dessen Lebenslauf weniger umstritten war, erzählte mir, daß er sich einem längeren Verhör durch Lovestone unterwarf, bevor man ihm den Weg freigab.

Die Unerbittlichkeit, mit der die AFL-CIO gegen den Kommunismus auf internationalem Terrain steht, läßt sie jedes Auftauen im Kampf mit Moskau und Peking als einen Trick ansehen und jeden Schritt in Richtung Koexistenz als ein Unglück. Als vor kurzem sowohl die Regierung als auch die US-Handelskammer eine Erweiterung des Handels mit der Sowjetunion vorschlugen, wurde dies von Meany und seinen Freunden mit der Begründung verurteilt, daß damit „nur eine weitere sowjetische Aggression gegen die Demokratien finanziert und erleichtert würde". In diesen und anderen Fragen befinden sich die Gewerkschaftsführer oft rechts vom Big Business. Als Generalsekretär U Thant die Veränderungen in Rußland begrüßte, die zu einer „Wettbewerbskoexistenz" führen könnten, griff ihn Lovestone in einem langen Artikel an, der alle alten stalinistischen Verbrechen in Erinnerung rief und behauptete, daß Chrustschow zu keiner Zeit die „Außenpolitik seines Vorgängers" widerrufen habe.

Lovestone's und Meany's Mitgliedschaften außerhalb des Gewerkschaftsbereichs spiegeln diese gleichen Ansichten wieder. Lovestone ist Gründungsmitglied des Committee of One Million, das geschaffen wurde, um die Aufnahme Chinas in die UN zu verhindern, und das mit dem Council against Communist Aggression, einem Ableger des China-Lobby, zusammenhängt. Er erscheint zusammen mit Admiral Arleigh A. Burke (a. D.) und Edward Teller auf dem Briefkopf des Citizens Committee for a free Cuba. Im Dezember 1959 erhielten Meany und Lovestone die zweite Klasse des Großkreuzes von Konrad Adenauer. Im vergangenen Jahr wurden sie auch von der Assembly for Captive European Nations geehrt, einer Gruppe von konservativen Sozialisten und Führern der Bauernparteien von neun osteuropäischen Ländern, die ihr Geld aus dem Fond des Radio Free Europe erhalten.

Im Weltbild von Meany und seinen Untergebenen ist der Kalte Krieg von Dauer, bis daß die eine oder andere Seite geschlagen ist. Russische Friedensvorschläge sollten demnach als Betrug zurückgewiesen werden. „Während ihrer ganzen Geschichte" — so sagt eine Erklärung des Exekutivrates der AFL-CIO im Jahre 1964 — „hat die sowjetische Regierung immer Friedensoffensiven gestartet, wann immer sie es für notwendig hielt, eine Atempause zu erhalten, um Schwierigkeiten zu überwinden oder ihre internationale Position zu konsolidieren und die Wachsamkeit der gegnerischen Kräfte einzuschläfern". Die Genfer Konferenz vor zehn Jahren war eine fürchterliche Sache, denn, wie Irving Brown dem Chicago Council of Foreign Relations erzählte, „sie war der Anfang der

Erreichung eines seit langem verfolgten russischen Zieles — die Ächtung des Atomkrieges". Auf einer Pressekonferenz, die vor kurzem in Tokio abgehalten wurde, erklärte Lovestone offen, daß George F. Kennan's Vorschlag zur Verminderung der Spannung „falsch" sei und daß Senator William Fulbright keine Ahnung von den wirklichen Fakten der „kommunistischen Verschwörung" habe, als er ähnliche Vorschläge machte.

Machen diese Leute eigentlich je etwas anderes, als mit den Zähnen zu knirschen? „Die Russen beherrschen die Chinesen völlig", sagte Lovestone im Dezember 1955 einem Mann von der New York Post. Im Juli 1949, gerade zwei Monate bevor Mao seine Herrschaft aufrichtete, ermahnte Lovestone's Free Trade Union Committee Washington: „Wir weisen kategorisch die Auffassung zurück, daß alles hoffnungslos verloren ist." Zwei Jahre später sagte Brown in einer Rede bei einer Radio-Free-Europe-Feier (nach dem Wortlaut in der New York Times), „daß die Diktatur und die Armeen des Ministerpräsidenten Stalin nicht von langer Dauer sein werden". Eine solche Analyse und solche Vorhersagen können nur auf Grund eines völlig verkehrten Weltbildes entstehen.

Die Aktionen der Meany-Leute entsprechen ihren humorlosen Äußerungen. Seit 1945 gehen auf ihr Konto:

- Mithilfe bei der Spaltung der französischen und italienischen Arbeiterbewegung;
- Förderung konservativer Arbeiterführer in vielen deutschen Gewerkschaften und Vorsorge, daß sie vom engen Pfad des Kalten Krieges nicht abweichen;
- Verstrickung — einiger, nicht aller — in die Sammlung von Nachrichtenmaterial, das nichts mit der legitimen Gewerkschaftsarbeit zu tun hat;
- Finanzielle Unterstützung zweifelhafter Elemente in Marseille und anderen europäischen Häfen, um den Boykott der amerikanischen Waffenverschiffung durch die Hafenarbeiter zu brechen;
- Unterstützung der Gewerkschaften in Britisch Guayana mit dem Ziel, die gewählte Jagan-Regierung abzusetzen;
- Unterstützung rechtsgerichteter Gewerkschaften in der Dominikanischen Republik, die mit Juan Bosch unzufrieden waren und eine Rolle bei seiner Absetzung spielten;
- Ausbildung von Brasilianern, die zusammen mit den Generalen gegen das verfassungsmäßige Regime von Goulart vorgingen;
- Durchdringung der amerikanischen Botschaften mit vielen Attachés für Arbeiterfragen, die diese Ansichten teilen und in die Praxis umsetzen;
- Verteidigung einer jeden militärischen Intervention der Vereinigten Staaten, einschließlich der jüngsten in Kuba, Vietnam, dem Kongo und der Dominikanischen Republik. Verurteilung nationaler Kräfte, wie jene in Panama, die der US-Politik Widerstand leisten;
- „Erziehung" von buchstäblich Zehntausenden von Gewerkschaftlern in der Lovestone-Spielart des Anti-Kommunismus und deren Einsatz, mit Geldmitteln und Direktiven versehen, gegen Gewerkschaften, deren Führung links von der Mitte steht.

*

Es wäre falsch, zu sagen, daß die Lovestone-Tätigkeit immer aus einem Guß war. Er unterstützte auch Lumumba bis zu seinem Tode. Die AFL-CIO als solche hat das faschistische Spanien, die südafrikanische Apartheid und die Militärdiktaturen von Paraguay und Haiti verurteilt. Aber ihr Anti-Kolonialismus und Anti-Rassismus sind im allgemeinen ihrem Anti-Kommunismus untergeordnet. Eine Erklärung des Exekutivrates der AFL-CIO aus dem Jahre 1959 verkündet, daß „je länger der Kolonialismus dauert, um so größer die Gefahr der kommuni-

stischen Durchdringung wird." Bezeichnend ist, daß sie nie den Neo-Kolonialismus der USA in Lateinamerika verurteilte. Die AFL-CIO, so haben mir Brown und Beichman gesagt, würden es vorziehen, echte Massenbewegungen — Gewerkschaften, Studentengruppen, Frauenräte, Bauernorganisationen — als bestes Gegengewicht gegen den Kommunismus aufzubauen. Wenn das aber nicht geht, dann stellt sie sich hundertprozentig hinter die militärische Intervention und den Staatsstreich, um nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Nationalisten, die „die Tür für die Kommunisten öffnen könnten", niederzuzwingen.

Wie ist die AFL-CIO, die zuhause im allgemeinen Freiheit und Fortschritt unterstützt, an der internationalen Front in dieses Sumpfloch geraten?

Die Geschichte beginnt mit zwei AFL-Führern von verschiedener Zielsetzung, mit David Dubinsky, dem Präsidenten der Ladies' Garment Workers' Union, und dem verstorbenen Matthew Woll von der Photo-Graveur-Gewerkschaft. Dubinsky, ein energischer ehemaliger Zuschneider, der früher Sozialist war, haßte die Kommunisten teils aus Prinzip, teils wegen des tödlichen Kampfes in seiner eigenen Gewerkschaft. Woll andererseits war bis zuletzt ein Erzkonservativer, entschiedener Antikommunist, nicht weil er an den Sozialismus glaubte, sondern weil er der wildeste Vorkämpfer des Kapitalismus innerhalb der Arbeiterbewegung war. Einmal war er sogar federführender Präsident der National Civic Federation, einer Organisation von Arbeitgebern und rechtsstehenden Gewerkschaftlern, die von Mark Hanna angeregt und von den Morgans und August Belmont mit Geld versehen wurde. Er war auch Chef der Union Labor Lebensversicherungsgesellschaft. Im Unterschied zu Dubinsky war sein Interesse an der Außenpolitik eher pragmatischer als ideologischer Art: Wenn man die Kommunisten schlagen will, muß man sie mit ihren eigenen Waffen in einem weltweiten Ausmaß bekämpfen.

Von diesen beiden Männern abgesehen, war das Interesse der AFL an der Weltpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg gering. Selbst George Meany, der noch am Anfang seiner Karriere stand, war nur ein Zuschauer. Mit Kriegsausbruch jedoch ergab sich die offene Notwendigkeit, international tätig zu werden, und sei es nur, um den vielen Gewerkschaftlern in Deutschland, Italien und Vichy-Frankreich zu helfen, die in den Untergrund gegangen waren und Unterstützung benötigten, nur um am Leben zu bleiben. 1940 gründeten Dubinsky und Woll die Labor League for Human Rights, „aus Gründen der Nothilfe und für die Unterstützung der Sache der Arbeiter, wo immer es sein möge." 1941 verpflichtete sich die New Yorker Organisation Dubinsky's, 300 000 Dollar aufzubringen, um zu helfen, Arbeiterführer vor den Nazis in Sicherheit zu bringen. Ein starres Auge auf das kommunistische Problem gerichtet, leisteten beide Männer doch eine unschätzbare humanitäre Arbeit. Aber als sich der Krieg seinem Ende zuneigte, befaßte sich das Dubinsky-Woll-Team wieder mit der „kommunistischen Drohung". 1944 gründeten sie zusammen mit dem verstorbenen William Green, dem damaligen Vorsitzenden der AFL, und mit George Meany das Free Trade Union Committee (FTUC), um die freie Gewerkschaftsbewegung in Europa und Japan wieder ins Lebens zu rufen und „jenen Gewerkschaften zu helfen . . . dem neuen Vorstoß der totalitären Mächte (d. h. der Kommunisten) Widerstand zu leisten." Als geschäftsführenden Sekretär wählten sie sich Jay Lovestone.

Seinerzeit in der Mitte seiner vierziger Jahre und in voller Lebenskraft, war Lovestone einer der Mitbegründer der kommunistischen Partei nach dem Ersten Weltkrieg gewesen. 1929, als Moskau seinen Ausschluß anordnete, war er ihr Generalsekretär. Lovestone hatte das Pech gehabt, in dem Dreier-Rennen von Stalin, Trotzki und Bucharin auf Bucharin zu setzen. Obwohl von den Machthebeln vertrieben, war er doch ein weiteres Jahrzehnt hindurch nicht zutiefst enttäuscht. Zuerst schuf er die Kommunistische Partei (Opposition), deren Ziel es

— von Polemiken und der normalen Gewerkschaftstätigkeit abgesehen — war, die Wiederaufnahme in die offizielle Bewegung zu betreiben. Mitte 1933 betonte er nachdrücklich sein „Grundziel . . . die kommunistische Bewegung in Amerika zu einigen und wiederherzustellen." Jahre später protestierte er in einem Brief an den Hearst-Leitartikler George E. Sokolsky, daß er „von dem Augenblick seines Bruches mit der Kommunistischen Partei an . . . den sowjetischen Totalitarismus bekämpfe". Aber selbst noch 1935 griff er schärfstens A. J. Muste in einer öffentlichen Debatte an, weil dieser Rußland als einen eher „degenerierten" denn als einen wirklichen „Arbeiter"-Staat bezeichnete. Als einige seiner Genossen vorschlugen, daß sein Verband sein Streben nach einer Einigung mit Moskau aufgeben solle, eröffnete er gegen sie einen Fraktionskampf. Selbst die ersten Moskauer Prozesse konnten ihn nicht desillusionieren. Erst als seine früheren Freunde, einschließlich Bucharins, auf der Anklagebank saßen, verurteilte er die Prozesse.

Während dieser unglücklichen zehn Jahre erzielte Jay Lovestone zwei aufsehenerregende Erfolge auf dem Gewerkschaftssektor. Den einen in der Auto-Gewerkschaft, wo Lovestone zeitweilig der Einbläser hinter den Kulissen des U.A.W.-Präsidenten Homer Martin wurde und so in der Lage war, einige seiner Mitglieder, einschließlich Irving Browns, in Spitzenstellungen zu placieren. Diese Basis erwies sich jedoch als zu schwach, als Martin sein Amt verlor, und Lovestone schuf sich eine dauerhaftere Stellung in der Bekleidungsgewerkschaft. Seine Anhänger halfen Dubinsky, seine Macht in der Gewerkschaft zu festigen und neue Mitglieder zu gewinnen. Es war deshalb verständlich, daß Dubinsky, als Lovestone 1941 seine politische Organisation auflöste, ihm einen Posten anbot.

Lovestone war in vieler Hinsicht ein idealer Mann für Dubinsky. Er war einer der wenigen im Lande, die in der Sprache des Marxismus mit den europäischen Arbeiterführern reden konnten. Von seinen früheren Bindungen her kannte er viele dissidente Kommunisten und Sozialisten in Europa. Außerdem machte er großen Eindruck nicht allein auf Dubinsky, sondern auch auf Woll und vor allem auf George Meany, dessen Stern zu steigen begann. Was Meany, als guter Amerikaner und guter Ire, so von innen her fühlte — nämlich Anti-Kommunismus und Anti-Kolonialismus — konnte Lovestone in ausgefeilte, politische Begriffe der Linken übersetzen. Obwohl Lovestone im Ausschuß für internationale Angelegenheiten der AFL keinen Posten innehatte (an seiner Spitze standen abwechselnd Robert Watt, Frank Fenton und Phil Delaney), gaben ihm seine besonderen Beziehungen zu den Männern der Machtspitze doch die Kontrolle über alle tatsächlichen Operationen. So wurde aus der unwahrscheinlichen Allianz zweier Ex-Radikaler und zweier aufwärtsstrebender Konservativer, deren Weg infolge der Interesselosigkeit William Green's an der Außenpolitik geebnet wurde, der antikommunistische Kreuzzug der AFL-CIO geboren.

Es dauerte nicht lange, bis alte und neue Lovestone-Anhänger, einige vom Free Trade Union Committee bezahlt, andere direkt von der AFL, auf der Bühne der internationalen Arbeiterbewegung auftauchten. Henry Rutz ging nach Deutschland; Richard Deverall, ehemals geschäftsführender Sekretär der Association of Catholic Trade Unionists (ACTU), nach Japan und auf andere asiatische Außenstellen; Harry Goldberg nach Indonesien, später nach Italien. Zum Team gehörte auch Mrs. Page Morris, eine Expertin für arabische und Moslemfragen, die seinerzeit Assistentin bei William Donovan vom Office of Strategic Services war, dann Maida Springer, Ely Borochowitz, Carmel Offi und noch eine Anzahl amerikanischer Labor-Attachés und örtliche Vertreter in Indien, Israel und anderswo. Romualdi, der schon lange vor Lovestone für Dubinsky gearbeitet

hatte, schloß sich unabhängig davon dieser Gruppe an und sicherte sich eine Stellung als Delegierter für Lateinamerika.

Die Schlüsselfigur des Unternehmens war Irving Brown. Sohn eines Transportarbeitergewerkschaftlers, arbeitete er sich durch das College empor. In Gewerkschaft und Arbeitslosenzirkeln tätig, war er seit der Mitte der dreißiger Jahre mit Lovestone zusammen, als er für ihn den inneren Kreis einer linken sozialistischen Partei infiltrierte. Nachdem er im Krieg eine Reihe von Regierungsstellen innehatte, wurde er schließlich der AFL-Vertreter für Europa.

Die Kommunisten, die im europäischen Untergrund eine so entscheidende Rolle gespielt hatten, übernahmen unvermeidlich die Nachkriegsführung vieler Gewerkschaften. Sie hatten das Übergewicht in Italien und Frankreich, waren einflußreich in Griechenland und auch an anderen Plätzen stark vertreten.

In den ersten Friedensjahren bestand außerdem eine sich ausbreitende Hoffnung auf Koexistenz. Britische Gewerkschaften und die CIO vereinigten sich mit den sowjetischen und kommunistisch beherrschten Gewerkschaften im Westen, um die World Federation of Trade Unions (die AFL weigerte sich, beizutreten) zu gründen. Die Kommunisten waren weit davon entfernt, lärmend aufzutreten, und zeigten sich ganz gemäßigt. Auf Stalins Geheiß gaben sie gefügig nach und lieferten die im Widerstand verwendeten Waffen ab und gaben die von ihnen besetzten Fabriken zurück. Sie waren so darauf versessen, die zerstörte europäische Wirtschaft wiederaufzubauen, daß sie sogar auf Joseph Alsop Eindruck machten, der den Wiederaufbau Frankreichs zum großen Teil auf die enthusiastische Mitarbeit der französischen Kommunistischen Partei zurückführte.

Vielleicht war der Kalte Krieg unvermeidlich und die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung vorgezeichnet, sicher aber hätten die amerikanischen Gewerkschaftler versuchen sollen, dies zu verhindern. Das war jedoch nicht die Auffassung von Irving Brown und Jay Lovestone. Die erste Aufgabe, die sie sich stellten, war, zu verhindern, daß sich die Kommunisten in Deutschland festsetzten, und weiter, die Nicht-Kommunisten in Italien und Frankreich abzuspalten. Ihre Arbeitsmethode war höchst einfach. Europa wühlte sich eben aus den Kriegstrümmern empor; jeder war hungrig. Den Gewerkschaftsführern fehlte oft Nahrung für ihre Familien; sie hatten weder Schreibmaschinen, Abziehapparate, Druckfarben, noch Büros für ihre Gewerkschaften. Ein Mann, der über diese Mittel verfügte, war seinen Rivalen Monate, vielleicht ein oder zwei Jahre voraus. Mittels der „Operation Food" schickte die AFL 5 000 Pakete nach Deutschland, 15 000 nach Frankreich, 2 000 nach Österreich und 5 000 nach Griechenland. Und Brown wählte die Empfänger aus.

Wieviel ausgegeben wurde, wer es bekam, wie es verwendet wurde, werden wir vielleicht nie erfahren. Browns deutsche Operation war nicht groß, aber er baute einen antikommunistischen Kader auf, der sich in verschiedenen Gewerkschaften festsetzte. Wie stubenrein solche Kader waren, zeigt eine Meldung der New York Times vom 26. Oktober 1948, derzufolge eine Delegation von deutschen Gewerkschaftlern, die Lovestone persönlich begleitete, den US-Staatssekretär für die Armee aufsuchte, um „ehemalige deutsche Kriegspiloten als Flieger für die Berliner Luftbrücke" anzubieten. Dubinsky kann durchaus recht haben, wenn er im Januar 1949 schrieb, daß „ohne die umfassende Erziehungsarbeit des Free Trade Union Committee der AFL . . . die Kommunisten . . . wahrscheinlich die wiederentstehenden deutschen Gewerkschaften übernommen haben würden." Das hätte ein Unglück sein können, aber es ist sonderbar, daß sich Dubinsky niemals selbst gefragt hat, ob die deutschen Arbeiter nicht das Recht haben, ihre eigene Wahl ohne „Erziehungsarbeit" von außen zu treffen. Hätte man die Hilfe a l l e n Gewerkschaftsführern, oder selbst allen nicht-kommunisti-

schen Gewerkschaftsführern gewährt, so wäre möglicherweise eine andere Bewegung entstanden.

In Frankreich veranlaßte Brown seine Verbindungsleute, sich so rasch wie möglich von der General Con-Federation of Labour (CGT) abzuspalten und jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten bei Streiks abzulehnen. Seit dem Mai 1947 kam es zu einer Welle von Streiks, um Lohnerhöhungen zu erzielen. Einige Gewerkschaftler aus der Geschäftsbranche und gemäßigte Sozialisten, von Brown angestachelt, vertraten die Meinung, daß die Streiks unnötig und politisch gezielt seien. Sie zogen sich aus der CGT zurück und gruppierten sich um eine Zeitschrift, die sich „Force Ouvrière" nannte. Der alte Leon Jouhaux, der jahrzehntelang die französische Arbeiterbewegung geführt hatte, war gegen diese voreilige Spaltung und bestand darauf, daß es viel besser gewesen wäre, in der CGT zu bleiben, und sei es nur, um eine größere Anhängerschaft zu gewinnen. Er wurde aber von den Freunden Brown's überstimmt und in ein Rumpfgebilde hineingezogen, das von Anfang an eine Totgeburt war. „Force Ouvrière" war außer in einigen Angestellten-Gewerkschaften zu keiner Zeit stark und macht heute noch weniger Eindruck.

Das interessanteste Schauspiel in dieser Zeitperiode war Brown's Unterstützung für einen Mann namens Pierre Ferri-Pisani. Im Jahre 1949/50 weigerten sich die kommunistischen Gewerkschaftler in Marseille und anderen Häfen, amerikanische Waffen auszuladen. Ob sie dazu berechtigt waren, darüber kann man streiten; sicherlich aber ist es weit hergeholt, wenn man einem amerikanischen Gewerkschaftler das Recht zugestehen will, Aktionen der Arbeiter in Frankreich zu durchkreuzen. Offensichtlich auf Veranlassung von Brown gründete Ferri-Pisani das Mediterranean Committee mit Fonds, die plötzlich auftauchten, um die Ausladung der Waffen zu sichern. Die Aktionen des Mediterranean Committee waren so augenfällig, daß der Bürgermeister von Marseille, Gaston Defferre, einen Brief an seinen sozialistischen Parteichef, Guy Mollet, schrieb und ihn bat, die Tätigkeit von Brown und Ferri-Pisani zu verhindern.

In Frankreich hatte Brown sogenannten sozialistischen Gewerkschaften geholfen, war aber gegenüber der christlichen CFTC, die willens war, ad hoc Bündnisse mit den Kommunisten einzugehen, um gemeinsame Ziele zu fördern, zurückhaltend. In Italien war es umgekehrt. Brown und Harry Goldberg standen sowohl den Nenni-Sozialisten als auch den nach rechts tendierenden Saragat-Sozialisten, die aus taktischen Gründen nicht unmittelbar mit der italienischen General Confederation of Labor (C.G.I.L.) brechen wollte, feindlich gegenüber. Stattdessen unterstützten die Amerikaner die Christlichen in ihrer Absplitterung von der Hauptorganisation der italienischen Arbeiter.

In Griechenland baute Brown ein kleines Reich um Fotis Makris auf, nachdem die Kommunisten aus den Gewerkschaften durch Druck der Regierung ausgeschlossen worden waren. Dies war ein interessantes, wenn auch vorübergehendes Kapitel, zeigte es doch, wie weit der Anti-Kommunismus zu gehen bereit war. Makris war Brown durchaus ergeben und stand der Regierung positiv gegenüber. Er mußte das, weil das griechische Gesetz den Arbeiter verpflichtet, einen gewissen Betrag an die Gewerkschaften zu zahlen (was ihnen vom Lohn abgezogen wird); das Geld wird dann dem Arbeitsminister überwiesen und den Gewerkschaften — je nach Laune des Ministers — zugeteilt. Aber schließlich kam es soweit, daß selbst Makris nicht mehr den Kürzungen der Leistungen für die Arbeiter durch die Regierung zusehen wollte. Mitte der fünfziger Jahre entschloß er sich, eine legale Kampagne begrenzter Streiks einzuleiten, die in einer umfassenderen gesamtstaatlichen Aktion gipfeln sollte. An diesem Punkt genügte der Druck von Brown, um Makris zum Nachgeben zu zwingen. Sie stritten sich,

und der amerikanische Vertreter unterstützte hinfort einen anderen Teil der griechischen Bewegung, der sich um Dimitrious Theodorous aus Saloniki gebildet hatte.

Noch manche ähnliche Aktion wäre aufzuzählen, aber die Geschichte ist immer die gleiche. Der rechtsstehende Leitartikler Westbrook Pegler sagt, daß Lovestone „Millionen" ausgab. Robert Lewin von der Chicago Daily News berichtete 1950, daß es jährlich 250 000 Dollar seien und „einschließlich besonderer Gewerkschaftszuwendungen . . . 5 Millionen Dollar." Donald Robinson, der Brown ohne Einschränkung preist, sagte 1952, daß er „fast 1 Million Dollar" ausgegeben hat. Als ich Brown im Jahre 1965 interviewte, behauptete er, daß er in zwanzig Jahren ungefähr 100 000 Dollar an ausländische Gewerkschaften verteilt habe.

Für seine Auslandsarbeit lobte der US-Botschafter in Frankreich, James G. Dunn, Brown als einen „prächtigen Kämpfer für die Freiheit". „Life" nannte ihn den „wirksamsten Botschafter" der Arbeiterbewegung. Aber in ganz Europa stehen die meisten nichtkommunistischen Gewerkschaftler Lovestone und Brown feindlich gegenüber. „Viele Leute sagen", so schrieb das offizielle Wochenblatt des Schwedischen Arbeiterbundes (L. O.), „daß Brown's manische antikommunistische Einstellung dem Kommunismus außerordentlich nützt. Wenn es zu einem konsequenten und wirksamen Kampf gegen die diktatorische Ideologie des Kommunismus kommt, kann uns Brown gar nichts lehren, hat aber selbst allen Anlaß, von anderen zu lernen."

Als im Dezember 1955 sich die AFL und CIO vereinigten, bestand Hoffnung, daß endlich der Einfluß Lovestone's beschnitten werden würde. Walter Reuther und sein Bruder Victor standen aus den gleichen Gründen wie die schwedische L. O. den Lovestone-Brown-Techniken ablehnend gegenüber. Sie meinten, daß die Tätigkeit der AFL-CIO derjenigen der internationalen Konföderation in Brüssel untergeordnet werden sollte. Sie wollten, daß Lovestone verschwindet und sein Free Union Committee liquidiert wird. Sie mochten nicht die ständige Zänkerei zwischen Meany und der ICFTU.

Leider aber wurde das, was eine endgültige Austragung dieses Streitpunktes sein sollte, zu einem bloßen Geflüster in den Wandelgängen. Meany hielt weiterhin an Lovestone als seinem Hauptberater in außenpolitischen Fragen fest. Das FTUC wurde tatsächlich aufgelöst, aber Lovestone konnte mit seiner Tätigkeit ausländischer Manipulationen fortfahren; zuerst als Mitglied der internationalen Abteilung der AFL-CIO und nach 1963 als ihr Direktor.

Faktisch ist die Lovestone-Meany-Allianz in den letzten Jahren immer aggressiver geworden. Besonders der Streit mit den ICFTU-Funktionären in Brüssel hat an Schärfe zugenommen. Wie die New York Times in einem redaktionellen Artikel feststellte, sind die Beziehungen Meany's zu den ICFTU-Führern selten mehr als ein oder zwei Jahre hindurch glatt verlaufen. „Mindestens ein halbes Dutzend Umorganisierungen wurden getroffen, hauptsächlich um seinen Beschwerden nachzukommen . . ."

Im Grunde aber wogt ein fundamentaler Streit zwischen den sozialistischen Gewerkschaftlern Europas, besonders jener Großbritanniens und Skandinaviens, die gerne eine Vermindung der Spannungen sehen möchten, und Meany, der den Kalten Krieg bis zum bitteren Ende führen will. Das Ergebnis ist, daß Meany diese Weltkörperschaft umgeht und sich immer offener an die US-Regierung anlehnt. Seit der Gründung des American Institute for Free Labor Development im Jahre 1961 haben sich die Meany-Leute immer mehr auf Alleinaktionen eingestellt, und dieser Trend trat noch klarer zutage, als vor einigen Monaten Irving Brown das African-American Labor Center gründete. Woher das Geld für die internationalen Aktionen der AFL-CIO kommt, ist keine Frage mehr. Der

Großteil stammt aus Regierungsquellen. Die Arbeiterbewegung hat Zugang zu ungefähr 110 Millionen Dollar öffentlicher Gelder, um ihre antikommunistische Zielsetzung zu fördern.

*

Das neueste Kapitel der internationalen Tätigkeit der AFL-CIO beginnt 1959; mit ihm tritt eine neue Generation von Anti-Kommunisten auf. Gegen Ende dieses Jahres hielt Joseph Beirne, der Vorsitzende der Communications Workers of America (CWA), einen Kursus für 16 lateinamerikanische Gewerkschaftler in Front Royal, Va., ab. Anstatt die Front-Royal-Konferenz durch die Gewerkschaft zu finanzieren, hatte Beirne die neue Idee, daß die International Cooperation Administration, die Vorgängerin der AID, den Hauptbeitrag leisten sollte. Damit hatte Beirne nicht nur genügend Geld, die Lateinamerikaner zu schulen, sondern auch, ihre Gehälter bis zu neun Monaten nach ihrer Rückkehr zu zahlen. In diesem Zeitabschnitt sollten sie vermutlich das Gelernte in die Praxis umsetzen. Anscheinend ist Beirne nie der Gedanke gekommen, daß lateinamerikanische Gewerkschaftler, die von einer angeborenen Feindschaft gegen den „Yankee-Imperialismus" durchdrungen sind, das CIA-Geld für widerwärtig halten könnten. Für die Art Leute, die er rekrutierte, schien es nicht viel auszumachen.

Auf Grund der Virginia-Erfahrung schlug Beirne Meany vor, das Programm zu erweitern, und nach einer Vorprüfung wurde die AIFLD gegründet. Sie öffnete erstmals im Juni 1962 ihre Türen für Kursteilnehmer. Eine interamerikanische Gewerkschaftsmaschinerie für die Schulung von Arbeitern bestand bereits. Die Inter-American Regional Organisation of Workers (ORIT) war 1951 geschaffen worden, und es gab auch acht oder neun „Gewerkschafts-Sekretariate" — internationale Gewerkschaftsverbände der gleichen Industrien wie Metallarbeiter oder Gaststättenbedienstete —, um die Sache auszuführen. Beirne und Meany aber wollten etwas, das direkter ihrer Kontrolle unterstehen sollte.

Als Gewerkschaftsinstrument — besonders als eines, das den Lateinamerikanern in ihrem bitteren Kampf mit den eigenen Oligarchien zusagen soll — ist die AIFLD ein bißchen bizarr. In ihrem Kuratorium sitzen nicht nur Gewerkschaftler, sondern auch Vertreter der gleichen Firmen, mit denen die lateinamerikanischen Gewerkschaftler verhandeln müssen. Meany ist der Präsident. Vorsitzender des Direktoriums ist jedoch J. Peter Grace von W. R. Grace & Co., die Eigentümer von Schiffahrtslinien, Zuckerpflanzungen, Destillerien, Kistenfabriken, Textilfabriken und anderen Unternehmungen in Lateinamerika sind. Es ist dies eine etwas fortschrittlichere Firma als, sagen wir, die United Fruit, aber sicher glüht sie nicht gerade vor Begeisterung für die Gewerkschaften. Der stellvertretende Vorsitzende des Direktoriums ist Berent Friele, ein Nelson-Rockefeller-Mann. Unter den Kuratoriumsmitgliedern befinden sich Charles Brinckerhoff, Präsident der Anaconda Company; Juan Trippe, Präsident der Pan American World Airways; Henry S. Woodbridge von der True Temper Company; William M. Hickey von der United Corporation und Botschafter Robert C. Hill von Merck u. Company. Diese Leute dirigieren zwar nicht dieses Unternehmen, aber ihre Namen in Verbindung mit einer „Arbeiter-Schule" trägt nicht gerade dazu bei, viele Kursanten aus jenen Arbeiterführern Lateinamerikas zu gewinnen, die die Lösung ihrer Probleme in einer sozialen Revolution sehen.

Ebensowenig wird die Finanzierung den Verdacht zerstreuen. Offizielle Presse-Verlautbarungen und Reden von William Doherty jr. lassen den Eindruck aufkommen, daß Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften je ein Drittel der Kosten des Schulungsprogrammes tragen (heute ungefähr 2 Millionen Dollar jährlich). Aber Romualdi sagte mir, daß die Unternehmer nur 8,5 Prozent zusteuern und die Gewerkschaften 11 Prozent. Die anderen vier Fünftel kommen

von der AID. (Auch die Abteilung für Sozialprodukte der AIFLD erhält den Hauptanteil seines Geldes von Regierungsbehörden, einiges davon in Form von Garantien.)

Was macht die AIFLD? Nach ihrem letzten Bericht haben ihre 14 lateinamerikanischen Außenstellen mehr als 20 000 Kursanten in Gewerkschaftsaufgaben ausgebildet. 317 haben Kurse für Fortgeschrittene in Washington (1830, 19. Straße) besucht. Letztere erhalten nicht nur das Reisegeld und die Auslagen in den Vereinigten Staaten, sondern beziehen nach ihrer Rückkehr neun Monate hindurch Gehälter von der AIFLD. Während des Generalstreiks in Britisch Guayana wurde dies um weitere vier oder fünf Monate ausgedehnt, damit die Absolventen aktiver an den Versuchen, die Jagan-Regierung zu stürzen, teilnehmen konnten.

Sowohl die Auswahl der Auszubildenden als auch der Lehrgang selbst sollen die anti-kommunistische Position unterstreichen. Kommunisten werden natürlich nicht zugelassen. Aber das passiert, laut Romualdi, jedem, der links von der Accion Democratica, die Venezuela beherrscht, oder von der auf einer Mittellinie liegenden Aprista in Peru steht. Ursprünglich waren selbst christliche Gewerkschaften ausgeschlossen. Einige wenige Peronisten aus Argentinien waren kürzlich zugelassen, aber sie wirbelten soviel anti-US-Staub hoch, daß man wohl keine mehr einladen wird. Welche Art von Leuten ausgebildet wird, kann man den Berichten der AIFLD entnehmen: „Ehemalige AIFLD-Schüler helfen, die Roten aus Uruguays Hafengewerkschaft auszuschließen." Zwei Instituts-Absolventen stellen die kommunistische Führung der Honduras-Gewerkschaften in Frage. Der Kursant Hugo Solon Acero von der Konföderation der Columbianischen Arbeiter (CTC), so wird uns erzählt, beseitigte die „letzten Spuren des kommunistischen Einflusses in der regionalen Föderation von Cundinamarca." Als in Brasilien die Regierung von Joao Goulart abgesetzt wurde, brüstete sich William Doherty jr., daß AIFLD-Absolventen dabei so „aktiv tätig waren, daß sie in einige Geheimoperationen noch vor Ausbruch der Revolution verwickelt waren . . . Viele der Gewerkschaftsführer — von denen einige in der Tat in unserem Institut ausgebildet worden waren — nahmen teil an der Revolution und an der Beseitigung des Goulart-Regimes."

Die Kurse enthalten zusätzlich zu den Instruktionen über Arbeitsverträge und Arbeitsbeschwerden zwei Lektionen über die Geschichte der US-Arbeiterbewegung, zwei über das Regierungssystem der USA, eine über den „Totalitarismus", eine über den Kommunismus in Lateinamerika, eine über die Politik der US-Gewerkschaften, eine über den chinesisch-sowjetischen Konflikt und eine über die deutsche Arbeiterbewegung. Wie Lateinamerikaner, mit diesem Wissen ausgerüstet, ihre Revolution gegen ihre atavistischen Oligarchien zu Ende bringen sollen, ist nicht ganz klar. Romualdi ist offensichtlich der Überzeugung, daß das einfach durch „kollektive Arbeitsverträge" geschehen kann. Andy McClellan, der AFL-CIO-Vertreter für interamerikanische Angelegenheiten, drückt das klar aus: „Friedliche Umwälzungen können von einer militanten demokratischen Gewerkschaftsbewegung, die kollektive Arbeitsverträge schließt, herbeigeführt werden."

Falls die Schulung nicht ausreicht, um die lateinischen Gewerkschaften in Reih und Glied zu halten, hat die AIFLD noch einen anderen Weg der Verlockung. Ihre Abteilung für Sozialprojekte, die von Doherty geleitet, mit -zig Millionen US-AID-Dollars versehen und mit einem Stab von 67 Amerikanern und 30 örtlichen Vertretern ausgerüstet ist, kann große Summen für solche Projekte, so für den Wohnungsbau, Kreditgenossenschaften, Kooperativen, medizinische Kliniken, landwirtschaftliche Entwicklung, ja selbst Gewerkschaftsbauten ausgeben. Zuverlässige Gewerkschaften südlich der Grenze können sich um solche Geldmittel

entweder direkt bei der AID-Kasse oder beim Pensions-Fond der AFL-CIO bewerben, die von der AID garantiert sind. Ein volles Viertel des Wohnbau-Programms von 250 Millionen Dollar wird über Doherty an die Gewerkschaftler in Lateinamerika geleitet. Das eindrucksvollste Projekt, das bisher durchgeführt wurde, war in Mexico-City, wo ein 10-Millionen-Dollar-Kredit 3104 Wohneinheiten für Mitglieder der Buchdruckergewerkschaft aufbauen half. In Honduras ist man dabei, ein bescheideneres Projekt von 185 Wohnungen zu vollenden. Weitere vier Projekte befinden sich im Planungsstadium.

Laut William A. Douglas, dem Assistenten von Doherty: „Bis zum März 1964 besaßen wir nur ein kleines Programm in Brasilien. Wir hatten dort niemanden, mit dem wir hätten arbeiten können. Ganz unerwartet aber wurde Goulart durch die Revolution abgesetzt, und die Lage änderte sich." Die Abteilung für Projekte war ausgerüstet, um rasch zu handeln. Von der AID lockte sie unter anderem 150 000 Dollar heraus, um fünf Ausrüstungszentren für die Bauern in und bei Recife, einem Brennpunkt der Bauernunruhen, zu schaffen.

Einer, der mit der AIFLD in Bolivien arbeitete, erklärte mir ihre Tätigkeit so:

> „Nach den Begriffen der AIFLD war jeder, der eine Lohnerhöhung forderte, ein Kommunist. Das ganze Ziel war, die ca. 10 Leute, die sie ausbildete, zu Regierungsanhängern zu machen. Sie war nur dann bereit, etwas für die Gewerkschaftler zu tun, wenn diese die Kommunisten aus ihrer Gewerkschaft hinausstoßen würden."

Beispielsweise gab es eine gute legale Gewerkschaft der bolivianischen Eisenbahnwerkstätten. Nachdem aber die AIFLD eine kleine Gruppe von Eisenbahnarbeitern ausgebildet hatte, entschloß sich die Regierung, diese neue Gruppe, die von Sajines Ovando geführt wurde, als offizielle Gewerkschaft anzuerkennen. Im Gegensatz dazu konnten die Bergleute der Zinnminen, Boliviens größte und militanteste Gewerkschaft, mit keiner Unterstützung rechnen, es sei denn, sie zeigten Geneigtheit, einer Verringerung der Belegschaft in den Minen zuzustimmen und das inzwischen verschiedene Regime Paz Estenssoros zu unterstützen. Mit der AIFLD als Anker, McClellan als Leiter der interamerikanischen Sektion der AFL-CIO, mit Freunden im diplomatischen Dienst, die sich zur Lovestone-Doktrin bekennen, ist die AFL-CIO ein Interventionsinstrument für den gesamten lateinamerikanischen Raum geworden. Ein dramatisches Beispiel solcher inoffizieller Diplomatie zeigte sich in der Dominikanischen Republik, wo im vergangenen April Donald Reid Cabral, damals Chef der herrschenden Junta, Serafino Romualdi den Orden von Duarte, Sanchez y Mealla verlieh. Die AFL-CIO-Gruppe in der Dominikanischen Republik ist eine Organisation, die sich Conatral nennt. Ein paar Wochen bevor der erste demokratisch gewählte Präsident in der Geschichte des Landes gestürzt wurde, veröffentlichte Conatral eine Anzeige in den Zeitungen, in der das Volk aufgefordert wurde, sein Vertrauen auf die „Armee" zu setzen, die es gegen den Kommunismus verteidigen würde. Während der Botschafter John Bartlow Martin glühend Bosch unterstützte, dirigierte der USA-Labor-Attaché, der verstorbene Fred A. Somerford, Conatral in einem Feldzug antikommunistischer Schmähungen, die nur Bosch unterminieren konnten, der bereits beschuldigt wurde, zu „nachgiebig gegenüber dem Kommunismus" zu sein. Es war ein offenes Geheimnis, daß Somerford, ehemals Angehöriger des Bureau of Intelligence and Research, mit der offiziellen Politik nicht einverstanden war. Ein Nachruf auf Somerford berichtete, daß ein Jahr nach dem Sturz von Bosch „George Meany dem Verstorbenen einen persönlichen Anerkennungsbrief für seinen hervorragenden Beitrag zur Demokratischen Arbeiterbewegung in der Dominikanischen Republik schrieb." Das ist die Meany-Lovestone-Politik — jede Gruppe zu bekämpfen, die für „weich" (gegenüber dem Kommunismus) gehalten wird, und das Tragische ist, daß Arbeiterbewegungen

so entscheidend in Revolution und Gegenrevolution sind, so daß die AFL-CIO-Strategie manchmal genügt, um die Waagschale sinken zu lassen. Es ist kein Zufall, daß die christlichen Gewerkschaften in Lateinamerika der AFL-CIO und der ORIT so feindlich gegenüberstehen. Diese wachsend revolutionäre und unabhängige Bewegung verdächtigt alles, was irgendwie nach Yankee-Kontrolle riecht. Im Juli 1964 wies das Gewerkschaftsbüro der Christlich-Demokratischen Partei in Chile alle ihre Mitglieder an, aus der ORIT auszutreten und jede Zusammenarbeit mit der AIFLD zu vermeiden.

Wo immer der Meany-Lovestone-Einfluß wirksam wurde, hat er die Trümmer einer Spaltung und Feindschaft hinterlassen. Nun richtet er sein Augenmerk auf Afrika. Mit der kürzlich erfolgten Gründung des African-American Labor Center (AALC) durch Irving Brown wird eine forcierte Kampagne nach dem Muster der AIFLD vorbereitet. Der Gegenstand der Brown'schen Aufmerksamkeit sind nicht so sehr die Kommunisten, die schwach sind, sondern die Neutralisten. Da Lovestone den Neutralismus als „Schützenhilfe" für den Kommunismus einschätzt, ist es verständlich, daß er wünscht, ihn einzudämmen und zurückzurollen.

Die afrikanischen Arbeiterorganisationen haben sich bislang den AFL-CIO-Verlockungen gegenüber unzugänglich gezeigt. „Die westlichen Gewerkschaften", sagte John K. Tettegah, der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses von Ghana, „haben versucht, uns zu bevormunden, uns die Art aufzuzwingen, wie sie ihre eigenen Gewerkschaften leiten, wobei sie durchaus die blutigen Kämpfe zu vergessen scheinen, die sie selbst durchfechten mußten, um ihr Recht zu bekommen. Was wissen schon die westlichen Gewerkschaftsbürokraten von unserem Freiheitskampf gegen die Kolonialherrschaft? Wir schätzen ihre herablassende Haltung nicht." Die Afrikaner tendieren danach, revolutionär, sozialistisch, neutralistisch im Kalten Krieg und anti-kapitalistisch zu sein. Sie halten die Europäer, die die ICFTU leiten, für zu lasch im Kampfe gegen Kolonialismus und Neo-Kolonialismus. Sie sehen in der AFL-CIO-Führung die Verteidiger der amerikanischen Intervention im Kongo.

1957 konnten Brown und William Schnitzler, der Schatzmeister der AFL-CIO, nach einem Abstecher in Afrika berichten, daß die afrikanischen Gewerkschaftler von der „demokratischen Welt" Anleitung und Unterstützung erwarten. Ungefähr zu dieser Zeit behauptete die ICFTU, 21 angeschlossene Organisationen in afrikanischen Territorien, mit ca. 25 Prozent der organisierten Arbeiter des Erdteils, zu haben. Ein Jahr später aber war diese Zahl nach ghanesischen Quellen auf 7 Prozent abgesunken. Der Generalsekretär der ICFTU, Omer Becu, gibt zu, daß die westlichen Anstrengungen nicht die erhofften Ergebnisse zeitigten.

Im Gegensatz dazu behauptet Tettegah's All-African Trade Union Federation, die 1961 gegründet wurde, 3 Millionen Mitglieder in 45 Ländern zu haben. Sie lehnt es ab, sich der ICFTU oder der linksgerichteten World Federation of Trade Unions (WFTU) anzuschließen. Zugegebenermaßen ist die AATUF nicht besonders aktiv. Viele ihrer Mitgliederorganisationen sind bloße Anhängsel bei Einparteien-Regierungen und üben nur ein Minimum kollektiver Verhandlungstätigkeit aus. Tatsache ist aber, daß sie ihren eigenen Weg gehen wollen, ohne „Anleitung" von Europa oder Amerika. Ein Artikel in einer ghanesischen Zeitung beschuldigt die AFL-CIO und die ICFTU, „den afrikanischen Gewerkschaftlern zu sagen, daß sie sich aus der Politik heraushalten und schön bei einer korrekten Buchführung und Brot- und Butter-Problemen bleiben sollten. Es ist jedoch eine Tatsache, daß der verhältnismäßige Klassenfrieden und die Klassenversöhnung in den europäischen Ländern durch die drückende Ausbeutung und die blutige Unterdrückung in den Kolonien erkauft wurde." Amerikaner und Europäer — so fährt der Artikel fort — versuchen die Afrikaner in den Grund-

formen kollektiven Verhandelns und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen auszubilden, als ob sie in einem stabilen industriellen Milieu leben würden. Aber die Probleme Afrikas verlangen eine nationale und soziale Revolution, kühne Veränderung der gesellschaftlichen Institutionen, viel eher einen Geist des Radikalismus als den „Klassenfrieden".

In dieser radikalen, anti-westlichen Umgebung hofft Brown's AALC eine Erziehung der Arbeiter, Berufsausbildung, Genossenschaften, medizinische Kliniken und Wohnungsbauten anregen zu können — weitgehend im Stil der AIFLD, nur daß noch größerer Nachdruck auf die Berufsausbildung gelegt wird (eine Schule für Schneider wurde in Kenya eingerichtet, eine für Kraftfahrer in Nigeria). Im Direktorium dieser Gründung sind keine Geschäftsleute vertreten. Laut einer AALC-Broschüre wird das Geld von „privaten und öffentlichen Institutionen" aufgebracht werden. Mit anderen Worten: ein Teil von der AFL-CIO, das meiste von der AID und der US-Regierung.

Die vereinigte Wohltätigkeit von US-Regierung und Gewerkschaften, die auf der Grundlage der starren Lovestone-These arbeitet, kann innerhalb der afrikanischen Arbeiter nur Spaltungen nach dem Muster der gegenwärtigen Weltteilung zur Folge haben. Die Umrisse sind bereits sichtbar. Hier ein Auszug aus dem Brief eines europäischen Gewerkschaftlers, der auf internationalem Gebiet arbeitet: „Es ist eine wohlbekannte Tatsache, daß Brown in Südrhodesien einen Mann namens Reuben Jamela unterstützte, der mit Brown's Geld ein künstliches gesamtstaatliches Arbeitszentrum ins Leben rief."

Und — wer weiß? — vielleicht wird das AIFLD- und AALC-Muster demnächst auch in Asien angewendet werden. Lovestone ist bestimmt wegen der dortigen Entwicklungen besorgt. Im vergangenen Jahr besuchte Brown Vietnam, um die Beziehungen zu Tran-Quoc Buu, einem gemäßigten christlichen Gewerkschafter, der aus Nordvietnam flüchtete und heute Präsident der vietnamesischen Confederation of Labor ist, zu festigen. Tran-Quoc Buu wurde mittels des AFL-CIO-Programmes auch in die USA eingeladen. Die Reise von Meany und Lovestone anfangs dieses Jahres nach Japan, um an der Gründungskonferenz der konservativen Japanischen Confederation of Labor (Domei) teilzunehmen, war ein offensichtlicher Versuch, den neutralistischen und linken Tendenzen des vorherrschenden Gewerkschaftsbundes Sohyo entgegenzuwirken.

Die amerikanischen Arbeiterführer sind sicher berechtigt, unter den ausländischen Gewerkschaften, die von Kommunisten oder Neutralisten oder von Führern mit pro-amerikanischen Gefühlen beherrscht werden, der einen oder anderen den Vorzug zu geben. Und es ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn sie diesen Autos oder Vervielfältigungsapparate schenken, um ihre Arbeit zu unterstützen. Aber es gibt eine Grenze, jenseits welcher eine solche Hilfe zur Intervention wird. Untragbar ist nicht, daß Lovestone und seine Freunde Anti-Kommunisten sind — praktisch alle Gewerkschaftler in den USA, einschließlich des Autors, sind weltanschaulich gegen den Kommunismus. Untragbar ist jener aggressive, willkürliche Versuch, den einen Teil der ausländischen Gewerkschaftler gegen den anderen aufzubringen, um die Position der USA im Kalten Krieg zu fördern. Untragbar ist der willkürliche Versuch, eine ausländische Gewerkschaft zu einer sterilen „anti-kommunistischen" Form umzuschmelzen.

Senator Morse sagte kürzlich in einer Kritik der Rolle der USA in internationalen Angelegenheiten, daß unsere Regierung glaubt, „daß auf Grund ihrer militärischen Macht man ihrem Diktat auf der ganzen Welt gehorchen müsse." Meany, Lovestone und ihre Anhänger meinen, daß auf Grund ihrer Dollars — die nun offen vom US-Schatzamt fließen — die ausländischen Gewerkschaftler ebenfalls in Reih' und Glied gebracht werden können.

Im Jahre 1951 zählte George Meany in einer offenherzigen Rede die Erfolge der AFL an der internationalen Front auf. „Hauptsächlich durch unsere Bemühungen wurde die . . . Force Ouvrière geschaffen." In Deutschland „war es die AFL, die den kommunistischen Griff auf die Gewerkschaften verhinderte." „Unser europäischer Vertreter, Irving Brown, nahm an der Säuberung des Marseiller Hafens von der kommunistischen Kontrolle teil." „Wir haben Kontakt mit zahlreichen Widerstandsbewegungen hinter dem Eisernen Vorhang hergestellt." „Auf dem chinesischen Festland sind es w i r , die den Untergrundkräften der Demokraten helfen."

Verträgt es sich mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft, daß eine kleine Clique von Männern, die sich selbst ernannt haben, sich in die Angelegenheiten fremder Nationen einmischt? Wäre es der US-Handelskammer beispielsweise erlaubt, die Konservativen in England zu unterstützen, um die Labour-Party zu beseitigen? Was gibt der AFL-CIO ein Vorrecht, das andere Institutionen nicht haben — und auch nicht haben sollten?

Deutsche Rechte bei „Blätter für deutsche und internationale Politik"
Aus dem Amerikanischen von Dr. Rudolf Hilf

Fernseh-Spalte

ANLÄSSLICH „SACCO UND VANZETTI"

Im August wiederholte das Deutsche Fernsehen den „Fall Sacco und Vanzetti", ein Dokumentarspiel des bekannten amerikanischen Film- und Fernsehautors Reginald Rose („Die zwölf Geschworenen"). Die szenische Dokumentation des Justizmordes an Sacco und Vanzetti gehört neben Kipphardts Oppenheimer-Drama, Stemmles „Affäre Blum", Egon Monks Fernsehspiel über ein deutsches Konzentrationslager „Ein Tag" (Buch: Gunther R. Lys) und der Fernsehinszenierung des „Galilei" von Brecht zu jenen TV-Ereignissen, die auch den größten Skeptiker davon überzeugen müßten, welche Chancen hinsichtlich der humanistischen Erziehung des Menschen ein verantwortungsbewußt geführtes „Massenpublikationsmittel" hat. In den genannten Fällen wurde das Publikationsinstrument unversehens zum Kommunikationsmittel. Deshalb die Anführungszeichen im vorausgehenden Satz. Freilich sind solche Musterbeispiele demokratischer und humanistischer Meinungsbildung im Deutschen Fernsehen nicht gerade zahlreich anzutreffen. Übt man dagegen etwas Nachsicht in der Qualität, so sind sie hinwiederum auch keine Seltenheit. Wenn ich jetzt auf die amerikanische Kriminalserie „Preston & Preston" verweise, wird mancher Leser dies zunächst für einen Scherz halten. Aber nach reiflicher Überlegung und nachdem ich mir ein Dutzend dieser Filme angesehen habe, bedauere ich, daß es kein deutsches Gegenstück gibt. „Preston & Preston" sind Figuren, die ebenfalls Reginald Rose erfunden hat: Rechtsanwälte, die sich um Justizirrtümer kümmern und Mißstände im amerikanischen Rechtswesen zu bereinigen versuchen. Viele der Preston-Filme kann man als Lehrstücke bezeichnen. Sie behandeln Rassenprobleme, Justizmorde, die Problematik des Indizienbeweises und wenden sich gegen die Todesstrafe. Von den deutschen Kriminalserien („Stahlnetz", „Kriminalmuseum" z. B.) kann man das nicht behaupten. Im Gegenteil. Doch davon später einmal.

„Sacco und Vanzetti" ist eines der größeren Fernsehspiele Reginald Roses. Der Fall dieser beiden italienischen Einwanderer erregte in den zwanziger Jahren die Weltöffentlichkeit. Berühmte Persönlichkeiten aus allen Kulturländern der Erde protestierten gegen die Inhaftierung und den trotzdem vollzogenen Justizmord an zwei Unschuldigen. Sacco und Vanzetti galten als Anarchisten. Der Beteiligung an einem Raubmord beschuldigt, wurden sie dem elektrischen Stuhl überantwortet, weil sie einer Gesellschaft mißfielen, „in der Vorurteile, Chauvinismus, Hysterie und Bösartigkeit endemisch" waren (G. L. Joughin und E. M. Morgan in „The Legacy of Sacco and Vanzetti", New York, 1948). Ein faschistischer Gouverneur (Fuller), ein Hexenjäger im Richtergewand (Thayer) und ein skrupelloser Staatsanwalt (Katzmann) wirkten in der Vernichtung zweier Pazifisten zusammen. Sechs Jahre Todesqual hatten Sacco und Vanzetti durchzustehen, ehe sie auf den Stahlplatten des Elektrischen Stuhls verschmorten. Albert Einstein bemerkte zwanzig Jahre nach der Hinrichtung: „Alles sollte getan werden, um im Gewissen der Menschheit die tragische Geschichte von Sacco und Vanzetti lebendig zu erhalten. Sie ruft uns immer wieder die Tatsache ins Gedächtnis zurück, daß selbst die sorgfältigst geplanten demokratischen Einrichtungen nicht besser sind als die Menschen, die sich dieser Instrumente bedienen." Reginald Rose blätterte den Fall Phase für Phase auf. Er beschwor das Ethos, das sich hinter der anarchistischen Idee dieser beiden Männer verbarg. Er demaskierte die fanatische Reaktion eines bürgerlichen Faschismus im Amerika der zwanziger Jahre und die Unmenschlichkeit einer intoleranten Obrigkeit. So erklärte Richter Thayer (und das ist authentisch) einmal, er werde „diesen Bolschewiken an den Kragen" gehen und sie „an den Galgen bringen". Sacco und Vanzetti mußten ihr Leben lassen, weil eine politische Clique dies bestimmte. Der wahre Mörder wurde gefunden. Ein junger Anwalt zerstörte die gesamte Indizienkette. Sogar der Gouverneur war schließlich von der Unschuld der Angeklagten überzeugt. Aber die Gesellschaft brauchte ihr Opfer. Die Begnadigung wurde abgelehnt. Die Affinität von Faschismus, Antikommunismus, Rufmord und Todesstrafe wurde von Reginald Rose überzeugend und beklemmend nachgewiesen. E. H. Wahl

Bücher

Die Bundeswehr und der Friede

Jules Moch, Histoire du réarmement allemand depuis 1950, Laffont 1965, 400 S.

Es ist nicht notwendig, den Verfasser vorzustellen, da er als einer der bedeutendsten politischen Köpfe seines Landes gilt. Sozialist, gehörte er zwischen 1936 und 1958 eineinhalb Dutzend Regierungen an, zwischen 1951 und 1960 war er französischer Vertreter in der Abrüstungskommission der UNO. In den letzten Jahren hat er sich also mit militärischen Fragen besonders intensiv beschäftigt. Einige seiner Bücher, die die dramatische Drohung der Atomwaffen beschreiben, sind auch in deutscher Sprache erschienen. Das Interesse, das der jetzt veröffentlichte Band beansprucht, ergibt sich ganz von selbst. Hier spricht nicht nur ein hervorragender Fachmann, der die Fragen in ihren Einzelheiten beherrscht; hier spricht auch ein politischer Denker, der sie im großen Zusammenhang zu sehen versteht. Jules Moch zeichnet die wichtigen Etappen der deutschen Wiederaufrüstung nach, wobei er auch von den vielschichtigen Dingen hinter den Kulissen berichtet, in die er Einblick hatte. Er beschränkt sich aber nicht darauf, Vergangenes darzustellen; er fragt, was diese Wiederaufrüstung brachte und welche Antworten sie heute verlangt.

Gleich im ersten Kapitel resumiert er das vergangene Experiment und stellt fest, daß die deutsche Wiederaufrüstung „in jedem Punkt den von den Alliierten vor und nach ihrem gemeinsamen Sieg unterzeichneten Verpflichtungen" widerspricht, daß „keine Maßnahme mehr geeignet war, die Spannungen zwischen Ost und West zu verschärfen" und daß keine „nutzloser zur Zeit war, als sie ergriffen wurde, und seitdem". „Es ist völlig klar. Die Engländer und Amerikaner, die die Wiedererschaffung von als ‚vollständig und endgültig beseitigt' verkündeten Organen verlangten; die Franzosen, die den Potsdamer Vertrag nach seiner Veröffentlichung billigten und die einige Jahre später die deutsche Wiederaufrüstung bejahten, nachdem sie sich ihr anfänglich widersetzten, haben im Widerspruch mit den Potsdamer Beschlüssen gehandelt". Der Verfasser erinnert aber auch daran, daß die Westmächte nicht nur die Vereinbarungen verletzten, die sie gemeinsam mit der Sowjetunion getroffen hatten: sie brachen ihre eigenen Beschlüsse. Die drei Westmächte bekannten noch im August 1947 auf der Londoner Konferenz, daß „Abrüstung, Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands für die Sicherheit notwendig bleiben". Und noch im Juni 1948 wiederholen die gleichen Staaten, diesmal verstärkt durch die drei Benelux-Länder, dieselben Grundsätze und bekräftigen die Beschlüsse, die diesbezüglich in den mit der UdSSR gemeinsam unterzeichneten Verträgen enthalten sind. Moch schlußfolgert: „Man kann also behaupten, daß die Westregierungen mit ihrer Forderung und Durchführung der deutschen Wiederaufrüstung seit 1950 die von ihnen zwischen Februar 1945 und Juni 1948 unterzeichneten Verträge verletzt haben" (S. 18). Die Sowjetunion hatte ausreichend Grund, um dies als feindliche Politik zu deuten: „Wir brauchen nicht erstaunt zu sein, daß die Spannung sich seit 1950 verschärfte und sogar den 1953 erfolgten Tod Stalins noch überdauerte. Wir müssen sogar eine neue Verschärfung befürchten, wenn die Amerikaner die deutschen Truppen, direkt oder indirekt unter dem Deckmantel sogenannter ‚multilateraler' Streitkräfte, mit Nuklearwaffen versähen. Es ist niemals vorsichtig, immer weiter mit dem Feuer spielen zu wollen" (S. 37). Jules Moch unterstreicht wiederholt die Unnützlichkeit und Schädlichkeit der Wiederaufrüstung: außerhalb der Spannung vermochte sie keines ihrer Ziele zu erreichen. Seit sie praktisch in Gang gesetzt wurde, entwickelte sich die Sowjetunion zu einer großen Atommacht. Des Verfassers Überzeugung ist: Atomwaffen bestimmen die militärische Stärke und sonst nichts, ein europäischer Krieg würde immer zu einem Nuklearkrieg werden. Nebenbei wird auf die Illusion der „taktischen Atomwaffen" hingewiesen. Weit davon entfernt, das große Grauen auszuschließen, würden sie es direkt heraufbeschwören. Das Vorhandensein der sowjetischen Atommacht hat die Wertlosigkeit der Bundeswehr bedingt, sie zur Erfolglosigkeit verurteilt.

„Welchen Nutzen besaß sie, außer den Karrieren, die sie den Offizieren eröffnete? Wer wagte zu behaupten, daß sie den Krieg

vermieden hat, daß er seit 1955 ausgebrochen wäre, wenn Deutschland nicht nacheinander drei, sieben und dann zwölf Divisionen aufgestellt hätte? Wer würde behaupten, daß es ohne ihre Bildung zur großen Weltkatastrophe gekommen wäre? Man weiß genau, daß das falsch ist, daß keiner der beiden Großen den anderen — oder einen seiner Verbündeten — angreifen konnte, ohne nicht selber sofort vernichtet zu werden, welches auch das verschiedene Gewicht der sich gegenüberstehenden konventionellen Streitkräfte sein mochte" (S. 384). Wie unbestreitbar diese Sätze auch sind, in der Bundesrepublik werden sie noch immer von einer schäumenden Propaganda überspült, die weismachen will, daß allein die Bundeswehr die Welt vor einer Katastrophe bewahrt hätte und weiter bewahren würde. Nach Jules Moch ist das eine trügerische Legende, und wir können ihm nur zustimmen. Aber er ist auch der Ansicht, daß wir noch nie der Gefahr eines sowjetischen Angriffs ausgesetzt waren. Militärisch ist er heute wie gestern unmöglich, selbst wenn man, was fragwürdig genug ist, einen Angriffswillen voraussetzte: „Gewiß konnte der Krieg 1950 ausbrechen, aber nicht zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten oder ihren Verbündeten" (S. 37). Das sind keine Schlüsse, die sich aus propagandistischen Überlegungen ergeben; sie werden leidenschaftslos-kühl ausgesprochen aus reiner Tatsachenkenntnis. Es wird deutlich, daß die Gegenthese mit den Tatsachen kollidiert und sie ideologisch schminkt.

Diese Analyse ist um so bemerkenswerter, als Moch selber die von ihm enthüllten Illusionen und Gefahren einst selbst nicht genügend erkannte, gehörte er doch Regierungen an, die die Weichen zur deutschen Wiederaufrüstung mitstellten. Er bemühte sich letztlich erfolglos, auf abschüssiger Bahn zu bremsen, doch vermied er den Kampf auf grundsätzlicher Ebene. Die Gefahr der amerikanischen Argumentation ahnend, griff er diese nicht in ihrem Kern an, da er die Aufrüstung (damals!) für nötig hielt. Den deutschen Militarismus wollte er nur in kleinen Dosen zugestehen. Die Deutschen sollten nur in kleinen Formationen zusammengefaßt werden, sie sollten keinen Generalstab und kein Verteidigungsministerium besitzen. Man weiß, was daraus wurde. Die USA nützten jedes französische Zugeständnis aus, um kurz darauf ein noch größeres zu verlangen. Der Gegner, einmal an die Wand gedrückt, wurde immer mehr erpreßt. Übrigens handelte es sich um eine Erpressung in des Wortes wahrer Bedeutung. Der amerikanische Generalstabschef erklärte offen: „Die Lage ist einfach. Wir zahlen und wir handeln. Wenn wir nicht handeln, zahlen wir auch nicht mehr". Ein anderer Offizieller sagte: „Wir retten die freie Welt gegen ihren Willen, indem wir Deutschland aufrüsten". Und ein dritter: „Man muß realistisch sein, die einzige jetzige Gefahr ist die sowjetische". Nun wissen wir aus Mochs Beweisführung, daß dieser Realismus eine Täuschung war: die Gefahr war nicht dort, wo er sie zu sehen glaubte. Moch erkannte, wo sie heraufzog: Die Wiederaufrüstung „erlaubt Deutschland, eventuell eine Politik der Revanche und der Grenzrevision durchzuführen; sie droht sowjetische Reaktionen heraufzubeschwören ...". Genau das trat ein. Moch wußte auch, daß ein großer Teil des westdeutschen Widerstandes gegen die Aufrüstung weniger auf einer prinzipiellen Ablehnung beruhte als auf dem Wunsch, „ihre Annahme möglichst teuer zu verkaufen". Und er gab sich hinsichtlich der demokratischen Überzeugung des deutschen Partners keiner Illusion hin, die „optimistischen Ansichten" der Amerikaner teilte er nicht. Doch gerade die hohe Intelligenz des französischen Staatsmanns läßt das Scheitern seines Weges der halben Zugeständnisse und des halben Widerstandes um so offenkundiger werden. Nachträglich erhebt sich die Frage, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, den Kampf grundsätzlich zu führen, statt kleine Rückzugsgefechte zu liefern. Aber dem stand das NATO-Bekenntnis im Wege. Wer das Ziel wollte, mußte auch die Mittel, so sehr sie ihm widerstrebten, mit in Kauf nehmen. Mochs Geschichte der deutschen Aufrüstung ist nicht zuletzt die Geschichte der Anwendung dieser einfachen, so oft schädlichen Regel. Der Autor plädiert für die Rückkehr zum „gesunden Menschenverstand", nachdem man ihm so augenscheinlich den Rücken gekehrt hat. Doch unterläßt er es leider, die präzisen Mittel anzugeben, wie der hochbrisanten Lage zu entrinnen sei. Wie soll man die notwendige deutsche Abrüstung herbeiführen? Wie soll man sich gegenüber der NATO verhalten? Wie gegenüber verdünnten Zonen? Darüber hätte man gern mehr erfahren. So richtig die allgemeine Feststellung ist, daß „das Vorhandensein deutscher Streitkräfte die bestehenden Spannungen er-

höht", so unumgänglich ist es, sie in präzise praktische Schritte umzumünzen. Sie fehlen leider in diesem Buch, das dennoch wertvoll genug ist. Von berufener Seite, die keine billige Anpöbelung verdächtigen kann, wird an Tatsachen erinnert, werden Wahrheiten aufgezeigt und Gefahren genannt, deren Verschleierung stipendierten Agenten täglich obliegt.

Heinz Abosch

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Ernst Bloch zu ehren. Beiträge zu seinem Werk. Herausgegeben von Siegfried Unseld. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 417 S., Ln. 28,— DM. — Aufsätze für diese Festschrift zum 80. Geburtstag von Ernst Bloch am 8. Juli 1965 schrieben u. a. Theodor W. Adorno, Iring Fetscher, Hans Heinz Holz, Siegfried Kracauer, Werner Maihofer, Hans Mayer, Paul Tillich und Fritz Vilmar.

Raymond Aron, Die industrielle Gesellschaft. 18 Vorlesungen. Aus dem Französischen übertragen von Gernot Gather. Fischer Bücherei, Frankfurt, 270 S., kart. 3,80 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens, Bd. 636).

Thomas Sartory, Fragen an die Kirche. Probleme des Christen in der Gegenwart. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 206 S., kart. 2,80 DM (DTV Bd. 302). — Hervorgegangen aus einer Sendereihe des „Südwestfunks", in der der Autor eingegangene Hörerkorrespondenz zum Thema „Fragen an die Kirchen" beantwortete.

Friedrich Heer, Offener Humanismus. Scherz Verlag, München, 410 S., Sonderausgabe, Ln. 9,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Hans Kühner, Neues Papstlexikon. Von Petrus bis Paul VI. Fischer Bücherei, Frankfurt, 184 S., kart. 2,60 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens, Bd. 682). — Mit einem Index theologischer und kirchengeschichtlicher Begriffe, Bibliographie und Register.

Paul Sethe, Die großen Tage. Von Mirabeau zu Bonaparte. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 293 S., kart. 3,80 DM (DTV Bd. 313).

Renate Riemeck, Mitteleuropa — Bilanz eines Jahrhunderts. Verlag Die Kommenden, Freiburg/Br., 224 S., Paperback 14,80 DM.

Fall 7. Das Urteil im Geiselmordprozeß, gefällt am 19. Februar 1948 vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika. Herausgegeben von Martin Zöller und Kazimierz Leszczynski. Mit einer Einleitung und einer Chronik über den Volksbefreiungskampf in Jugoslawien, Griechenland und Albanien von Martin Zöller. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (Ost), 250 S., Ln. 15,25 DM. — Nach den Bänden über den SS-Einsatzgruppenprozeß (Fall 9) und den OKW-Prozeß (Fall 12) setzt der Verlag die erstmalige Veröffentlichung ausgewählter Gerichtsakten aller zwölf sog. Nachfolgeprozesse fort, die im Anschluß an den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß von amerikanischen Militärtribunalen gegen weitere Personengruppen aus verschiedenen Bereichen von Staat und Wirtschaft des Dritten Reiches geführt wurden.

André Maurois, Die Geschichte der USA von Wilson bis Kennedy. Im Anhang 21 Gespräche mit führenden Persönlichkeiten Amerikas. Rowohlt Verlag, Reinbek, 402 S., br. 4,80 DM (Rororo Bd. 753—55).

Aktuelle Themen

Joachim Voß, ABC der Europa-Verträge und -Vereinbarungen. Wilhelm Goldmann Verlag, München, 280 S., kart. 4,80 DM (Goldmanns Gelbe Taschenbücher, Bd. 1475/6).

Dieter Wolfram, Die Assoziierung überseeischer Gebiete an die EWG. Eine Untersuchung der völkerrechtlichen Problematik. Carl Heymanns Verlag, 112 S., kart. 13,— DM (Schriftenreihe Annales Universitatis Saraviensis, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, Heft 6).

Jürgen Baumann, Der Aufstand des schlechten Gewissens. Ein Diskussionsbeitrag zur Verjährung der NS-Gewaltverbrechen. Verlag Ernst und Werner Gieseking, Bielefeld, 24 S., br. 2,— DM.

Versprochen und gebrochen. Was brachte der vierte Deutsche Bundestag? Ein Beitrag zur Diskussion von Helmut Rödl. Monitor-Verlag, Düsseldorf, 56 S., br. 1,— DM.

Erich Müller-Gangloff, Mit der Teilung leben. Eine gemeindeutsche Aufgabe. List Verlag, München, 188 S., kart. 2,80 DM (List Taschenbücher, Bd. 299).

Dietrich Schwarzkopf/Olaf von Wrangel, Chancen für Deutschland. Politik ohne Illusionen. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 328 S., Paperback 14,80 DM.

Rolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Ich habe im Fremdwörterbuch nachgeschlagen, um zu sehen, was man in unserer Sprache für das Wort „Fairneß" anzubieten hat. Die Ausbeute ist weniger als dürftig. „Anständigkeit" und „ritterliches Verhalten" sind die peinlichen Notbehelfe, das Wort „Fairneß" ersetzen zu wollen.

Es ist kein Kalauer: Wer deutsch spricht, muß auf „Fairneß" verzichten! Wer deutsch denkt, kann nicht „fair" denken, er muß „anständig, redlich, ritterlich, einwandfrei" sinnen.

Kein Anlaß ist geeigneter, diese tragische Tatsache zu betrachten, als ein Wahlkampf in unserem Lande. Die Lupe kann man beiseitelegen.

Vor einem Monat ließ ich mich an dieser Stelle über die Reaktion auf den „Pinscher"-Fauxpas aus und bemühte mich, zu beweisen, daß so eine Verächtlichmachung in unserem Volke vorwiegend Zustimmung findet. Ich habe nicht die Absicht, mich mit dem, was ich Ihnen heute anbiete, zu wiederholen.

Ich will linguale Wahlplattheiten nicht noch mehr auswalzen. Ich möchte mich auf die sorgfältig abgewogene, am Schreibtisch wohlüberdachte Infamie einiger niederträchtiger Werbeleute beschränken.

In der Nummer 34 der millionenauflagenstarken illustrierten Zeitschrift „Stern" findet man — dem oberflächlichen Beschauer kaum als Anzeige offenbar — auf Seite 46 über dem Bild des gerade seinem Laster frönenden derzeitigen Bundeskanzlers den Text: Sie wählen zwischen Brandt und Professor Ludwig Erhard.

Diese bübische Bosheit verschlug mir — dem doch immerhin um Aufmerksamkeit bemühten und somit recht hartgesottenen Leser — fast den Atem.

In diesem kurzen lapidaren Satz steckt ein solches Quantum an christpolitischer Intoleranz, er ist so arglistig mit Hinterhältigkeit gepfropft, daß ihm meines Erachtens die Krone der Verschlagenheit gebührt.

Man mag vom Podium herunter seinen Gegner als einen Hundsfott einstufen. (Gegen leidenschaftlichen Eifer hilft zuweilen auch guter Vorsatz nicht.) Unterstellungen, Beleidigungen, Beschimpfungen unterlaufen vielleicht auch dem charakterlich integeren Pulteiferer. Bei dem von mir hier angeprangerten Satz handelt es sich aber um etwas ganz anderes. Der Gegner wird geringschätzig ohne Vornamen zum Adreßbuchmassemensch gestempelt, während man sich selbst schillernd mit Titel und Vollnamen produziert. Hier wird mit heimtückischer Suggestion gearbeitet. Frei von Anstand, Ritterlichkeit und Gerechtigkeitssinn.

Allerhöchste Alarmstufe ist geboten, wenn solch mißachtender Zynismus mit Szepter und Krone honoriert wird!

Es gibt viele Möglichkeiten, Herrn Willy Brandt anzugreifen, und Wahlkämpfe sind keine günstige Gelegenheit, Mimosen zu züchten, doch so eine Scheinharmlosigkeit wie diese ist eine die Würde des Menschen antastende Diffamation, denn sie zielt auf eine unsachliche Herabsetzung des Menschen Brandt.

Wenn Herr Professor Erhard Herr Professor Ludwig Erhard ist, so ist auch der Bäckermeister Emil Kunze nicht nur „Kunze". Alles andere ist herabsetzendes Herr-zum-Lakai, Generaldirektor-zum-Chauffeur-Denken.

Wie nahe wir noch den „Vergangenheiten" sind und wie gering die Chance ist, daß wir uns einer Zukunft nähern, die „Vergangenheiten" unähnlich ist, erkennt man nicht nur an diesem Symptom, dem kleinen Diffamationstrick, sondern auch daran, daß kaum jemand über solche Intoleranz stolpert.

Es war nicht unabsichtlich, daß ich einen Fall zwischen den beiden großen politischen Interessenverbänden herauspickte und die Verleumdungen großen Stils und nach Tausenden zählenden Entehrungen gegenüber den bewundernswert eifrigen Deutschen-Friedens-Unionisten zum Beispiel unerwähnt ließ.

Zu sagen, daß man als Außenseiter Mensch zweiter Sorte ist, hieße in unserem Lande, Binsenweisheiten auszuplaudern.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Dokumente zur Genfer Abrüstungskonferenz

Am 17. Juli 1965 nahm die Achtzehn-Staaten-Abrüstungskonferenz nach mehrmonatiger Unterbrechung ihre Beratungen in Genf wieder auf. Die Konferenz verhandelt auf der Grundlage eines erneuerten Mandats der alle Mitgliedstaaten umfassenden Abrüstungskommission der Vereinten Nationen. In einer Resolution vom 15. Juni 1965 empfahl die Kommission zum Abschluß ihrer Tagung in New York (1.) „vordringlich die Frage einer Ausdehnung des Geltungsbereichs des Vertrages über das Teilverbot der Kernwaffenversuche auf die unterirdischen Versuche" zu behandeln und (2.) „besondere Priorität auch der Erörterung der Frage eines Vertrages oder einer Konvention zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen" einzuräumen.

Vorschläge der DDR für einen Kernwaffenverzicht und Rüstungsstopp in Deutschland

Memorandum an die Genfer 18-Staaten-Abrüstungskonferenz in Genf v. 9. August 1965

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses veranlaßt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, erneut ihre Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, die Bemühungen um Abrüstung und Entspannung nach Kräften zu unterstützen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß bereits wiederholt ihren Standpunkt zu wichtigen Fragen der Abrüstung zur Kenntnis gebracht. Dabei hat sie ihre Bereitschaft bekräftigt, einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa beizutreten, einen Vertrag über den umfassenden Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen abzuschließen und einen Rüstungsstopp sowie Maßnahmen zur Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen in beiden deutschen Staaten zu vereinbaren.

Die Regierung der DDR betonte gegenüber dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß, daß sie es für möglich hält, daß die Kontrolle der Abrüstung auf dem Gebiet der Kernwaffen und der konventionellen Streitkräfte in beiden deutschen Staaten durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus Vertretern der Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO ausgeübt wird. Ferner ersuchte sie den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß, zu prüfen, ob er sich mit dem Vorschlag an die Vollversammlung der Vereinten Nationen wenden könnte, den Kernwaffen besitzenden Staaten zu empfehlen, ihre Kernwaffen schrittweise von deutschem Boden zurückzuziehen — soweit sie Kernwaffen dort stationiert haben — und die Verpflichtung zu übernehmen, beide deutschen Staaten als dauernd kernwaffenfreie Gebiete zu achten, gegen die in keinem Falle Kernwaffen eingesetzt werden dürfen.

Im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses lenkt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Aufmerksamkeit erneut gerade auf die Frage des Kernwaffenverzichts beider deutscher Staaten. In jüngster Zeit hat sich das Streben der westdeutschen Regierung nach Kernwaffen weiter verstärkt und strebt einem gefährlichen Höhepunkt zu. Kennzeichnend hierfür war insbesondere eine Erklärung des Außenministers der westdeutschen Bundesrepublik, Dr. Gerhard Schröder, vom 3. Juli 1965. Aus ihr ging klar hervor, daß die westdeutsche Regierung nicht bereit ist, auf den Erwerb von Kernwaffen zu verzichten. Herr Schröder versuchte vielmehr, ein Recht der westdeutschen Bundesrepublik auf den Erwerb eigener Kernwaffen zu begründen, wenn sie nicht über eine multilaterale Atomstreitmacht der NATO Zugang zu Kernwaffen erhalte. Er betonte die absolute Vorrangigkeit der Verwirklichung der Pläne zur Mitverfügung Westdeutschlands an Kernwaffen vor Vereinbarungen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Gleichzeitig machte Herr Schröder die Befriedigung der revanchistischen Ansprüche auf die Deutsche Demokratische Republik zur weiteren Voraussetzung für jede westdeutsche Zustimmung zu Abrüstungsvereinbarungen, insbesondere auch zu einem Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Damit wird die Entscheidung über die Verbreitung oder Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu einem Druckmittel für die Erzwingung einer Veränderung des Status quo in Europa und der Herrschaftsansprüche über andere Staaten gemacht.

Ähnliche Erklärungen wurden in der Folge von anderen maßgeblichen Vertretern der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik abgegeben. Sie können nur geeignet sein, eine Vereinbarung über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu blockieren und der westdeutschen Regierung einen Weg zu Kernwaffen offenzuhalten, sei es über multilaterale Vereinbarungen der NATO oder über den direkten Erwerb. Die Erklärung der westdeutschen Regierung, sie könne auf den Erwerb eigener Kernwaffen nur verzichten, wenn die westdeutsche Bundeswehr über multilaterale Organisationen der NATO Verfügungsgewalt über Kernwaffen erhält, widerlegt eindeutig die Behauptungen, solche Projekte wie MLF und ANF wären mit einem Abkommen über eine Nichtweitergabe von Kernwaffen vereinbar. Vielmehr bestätigen sie die wiederholten Feststellungen der Regierung der DDR, daß sowohl die MLF als auch die ANF im Widerspruch zu einem Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen stehen. Ein Festhalten an diesen Projekten bei dem gleichzeitigen Bestreben, Verhandlungen über die Nichtweitergabe von Kernwaffen zu führen, läuft also auf eine Irreführung der Völker hinaus.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik macht in diesem Zusammenhang auf einige alarmierende Tatsachen aufmerksam:

— die westdeutsche Armee ist bereits heute die stärkste konventionelle Landarmee in Westeuropa. Sie stellt das stärkste NATO-Kontingent und verfügt über zahlreiche Kernwaffeneinsatzmittel.

— neben den USA ist die westdeutsche Bundesrepublik derjenige westliche Staat, auf dessen Territorium heute die meisten Kernwaffen lagern.

— westdeutsche Offiziere haben maßgebliche Kommandopositionen der NATO inne, die ihnen bereits jetzt einen erheblichen Einfluß auf die nukleare Einsatzplanung der NATO gewährleisten. Angesichts der gegenwärtigen Lage sind neue Anstrengungen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu einem dringlichen Problem des Kampfes der Völker um Abrüstung und Frieden geworden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich veranlaßt, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß das Drängen der westdeutschen Regierung nach Kernwaffen und die forcierte Aufrüstung Westdeutschlands die europäische Sicherheit gefährden, alle Bemühungen um die Abrüstung außerordentlich erschweren und der Annäherung und schließlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten immer neue, größere Hindernisse in den Weg legen.

Ausgehend von ihrer Verantwortung für den Frieden im Herzen Europas bekräftigt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik unterbreiteten Vorschläge, daß beide deutsche Staaten

- auf die Produktion, den Erwerb und die Anwendung von Kernwaffen sowie auf die Erlangung der Verfügungsgewalt über sie in jedweder Form verzichten;
- einen Rüstungsstopp vereinbaren.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, sofort entsprechende Verhandlungen über diese Vorschläge aufzunehmen. Sie ist überzeugt, daß ihre Verwirklichung durch beide deutsche Staaten zu einer fühlbaren Entspannung in Europa führen und Abrüstungsschritte im Weltmaßstab erleichtern würde.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt außerdem vor, daß beide deutsche Staaten einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa beitreten. Dieser Vorschlag entspricht den Überlegungen und Bemühungen vieler europäischer Staaten, z. B. der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der skandinavischen Staaten, wie auch den Ansichten vieler anderer Staaten, die sich für ähnliche Lösungen in anderen Teilen der Welt ausgesprochen haben, so z. B. in der Kairoer Deklaration nichtpaktgebundener Staaten vom 10. Oktober 1964.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bringt ihren Willen zum Ausdruck, die Verhandlungen des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses nach Kräften zu unterstützen, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Vorschläge zur Erleichterung der Arbeit des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses beitragen können. Sie ersucht den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß, insbesondere angesichts der besonderen Bedeutung, die ein Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen für Fortschritte bei der Lösung der Abrüstungsfrage hätte, die Bestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Sicherung des Friedens im Herzen Europas auf jede ihm mögliche Weise zu unterstützen.

Nach: Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst.

Entwurf eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen

Vorgelegt vom Vertreter der Vereinigten Staaten in Genf am 17. August 1965

Die vertragschließenden Parteien

— aus dem Wunsche heraus, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu fördern,

— insbesondere aus dem Wunsche heraus, sich aller Schritte zu enthalten, die das Wettrüsten ausdehnen und intensivieren würden,

— in der Überzeugung, daß die weitere Ausbreitung von Kernwaffen diese Ziele in Frage stellen würde,

— unter Hinweis darauf, daß die Resolution 1665 (XVI) der Vollversammlung der Vereinten Nationen alle Staaten auffordert, in diesem Sinne zusammenzuarbeiten,

— aus dem Wunsche heraus, wirksame Abkommen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur Verminderung der Rüstungen, insbesondere der nuklearen Arsenale, zu erzielen,

— unter Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zu erzielen,

kommen wie folgt überein:

ARTIKEL I — 1. Jede der diesem Vertrag angehörenden Atommächte verpflichtet sich, keinerlei Kernwaffen in die nationale Verfügungsgewalt irgendeiner Nichtatommacht weiterzugeben, weder direkt noch indirekt durch ein militärisches Bündnis, und jede Atommacht verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu treffen, die zu einer Vermehrung der Gesamtzahl von Staaten oder anderen Organisationen führen könnten, die unabhängig in der Lage sind, Kernwaffen zur Anwendung zu bringen.

2. Jede diesem Vertrag angehörende Atommacht verpflichtet sich, keiner Nichtatommacht bei der Herstellung von Kernwaffen behilflich zu sein.

ARTIKEL II — 1. Jede diesem Vertrag angehörende Nichtatommacht verpflichtet sich, Kernwaffen weder herzustellen, noch die Weitergabe solcher Waffen in ihre nationale Verfügungsgewalt weder direkt noch indirekt durch ein militärisches Bündnis anzustreben; sie verpflichtet sich, keine weitere Maßnahme zu treffen, die zu einer Vermehrung der Gesamtzahl von Staaten oder anderen Organisationen führen könnte, die unabhängig in der Lage sind, Kernwaffen zur Anwendung zu bringen.

2. Jede diesem Vertrag angehörende Nichtatommacht verpflichtet sich, Unterstützung bei der Herstellung von Kernwaffen weder anzustreben, noch entgegenzunehmen oder selbst solche Unterstützung zu leisten.

ARTIKEL III — Alle Vertragspartner verpflichten sich, zur Erleichterung der Anwendung der Sicherheitsbestimmungen der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) oder gleichwertiger internationaler Sicherheitsbestimmungen für alle friedlichen nuklearen Projekte zusammenzuarbeiten.

ARTIKEL IV — In diesem Vertrag bedeutet:

a) ‚Atommacht' ein Staat, der mit dem Datum vom ..... unabhängig in der Lage ist, Kernwaffen zur Anwendung zu bringen.

b) ‚Nichtatommacht' jeder Staat, der nicht eine Atommacht ist.

ARTIKEL V — 1. Dieser Vertrag soll allen Staaten zur Unterzeichnung offen stehen. Jeder Staat, der diesen Vertrag nicht vor dem Inkrafttreten gemäß Paragraph 3 dieses Artikels unterzeichnet hat, kann ihm jederzeit beitreten.

2. Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation durch die Signatarstaaten. Die Ratifikationsurkunden und Beitrittsurkunden sollen bei den Regierungen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt werden, die hiermit zu den Depositarregierungen bestimmt werden.

3. Dieser Vertrag soll mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden von ..... Regierungen, einschließlich derer des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika, in Kraft treten.

4. Für Staaten, deren Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages hinterlegt werden, soll er mit dem Datum der Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunden in Kraft treten.

5. Die Depositarregierungen sollen unverzüglich alle Signatarstaaten und beigetretenen Staaten von dem Datum jeder Unterzeichnung, dem Datum der Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde und Beitrittsurkunde zu diesem Vertrag sowie dem Datum seines Inkrafttretens unterrichten.

6. Dieser Vertrag soll gemäß Artikel 102 Charta der Vereinten Nationen von den Depositarregierungen registriert werden.

ARTIKEL VI — 1. Dieser Vertrag soll auf unbegrenzte Zeit in Kraft bleiben, wobei jede vertragschließende Partei das Recht hat, von dem Vertrag zurückzutreten, sofern sie zu der Entscheidung gelangt, daß außerordentliche Ereignisse, die im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieses Vertrages stehen, die höchsten Interessen ihres Landes gefährdet haben. Sie soll alle anderen Signatarstaaten sowie die beitretenden Staaten und den Sicherheitsrat der Vereiniten Nationen drei Monate im voraus von einem solchen Rücktritt in Kenntnis setzen. Eine solche Mitteilung soll eine Erklärung über die außerordentlichen Ereignisse, die nach ihrer Ansicht die höchsten Interessen gefährdet haben, einschließen.

2. ..... Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages kann eine Konferenz der vertragschließenden Parteien zu einem Zeitpunkt und an einem Ort, die durch Zustimmung von zwei Dritteln der vertragschließenden Parteien festgesetzt werden, einberufen werden, um die Durchführung des Vertrages zu überprüfen.

ARTIKEL VII — Dieser Vertrag, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Text in gleicher Weise authentisch sind, soll in den Archiven der Depositarregierungen hinterlegt werden. Ordnungsgemäß beglaubigte Kopien dieses Vertrages sollen den Regierungen der Signatar- und der beitretenden Staaten von den Depositarregierungen übersandt werden.

Zum Zeugnis dessen haben die Unterzeichneten, ordnungsgemäß bevollmächtigt, diesen Vertrag signiert.

Gegegen in dreifacher Ausfertigung zu ..... am ..... Tage des ..... eintausendneunhundertfünfundsechzig.

Nach: United States Information Service

Bemerkungen

Bernt Engelmann, geb. 1921 in Berlin, lebt in Rottach-Egern, war sieben Jahre lang als Korrespondent und Redakteur beim „Spiegel" tätig und unter Eugen Kogon Mitarbeiter der Fernsehsendung „Panorama". Buchveröffentlichungen: „Meine Freunde – die Millionäre" (Schneekluth Verlag, Darmstadt, 7. Auflage); „Deutschland Report" (Exlibris, Berlin, 3. Auflage). Soeben erschien bei Schneekluth sein neuestes Buch „Das eigene Nest".

Reinhard Opitz, geb. 1934 in Beuthen/OS, lebt als freier Publizist in Köln.

Der Aufsatz von Reinhard Opitz in diesem Heft ist (zum Preis von 1,50 DM) auch als Sonderdruck lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn, Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, W. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Gertrud Bienko
Carl Bioice, San Francisco
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragner Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann, Wien
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Oswald A. Kohut
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs, Warschau
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. Daniil Melnikow, Moskau
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wyne Morse, Portland/USA
Kalixte Mukendi
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Partin Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin, Brüssel
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann, Hempstead/USA
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. Dr. Todor Vladigerov, Sofia
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg. New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill, Straßburg
Günther Weisenborn
Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Bernt Engelmann, geb. 1921 in Berlin, lebt in Rottach-Egern, war sieben Jahre lang als Korrespondent und Redakteur beim „Spiegel" tätig und unter Eugen Kogon Mitarbeiter der Fernsehsendung „Panorama". Buchveröffentlichungen: „Meine Freunde – die Millionäre" (Schneekluth Verlag, Darmstadt, 7. Auflage); „Deutschland Report" (Exlibris, Berlin, 3. Auflage). Soeben erschien bei Schneekluth sein neuestes Buch „Das eigene Nest".

Reinhard Opitz, geb. 1934 in Beuthen/OS, lebt als freier Publizist in Köln.

Der Aufsatz von Reinhard Opitz in diesem Heft ist (zum Preis von 1,50 DM) auch als Sonderdruck lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn, Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.